

die Vielfalt macht's

LANDKREIS BÖBLINGEN



Soziales

Erster Integrationsplan

„...gemeinsam Gesellschaft gestalten“



In Kooperation mit dem Arbeitskreis Integration:

Altan, Melahat	NIKA Netzwerk Interkulturelle Arbeit
Binninger, Ulrike	Gemeinde Nufringen, Bürgermeisterin
Breidbach, Wolfgang	DRK Kreisverband Böblingen
Bonnet, Christiane	VHS Herrenberg
Ekiz, Saban	Stadt Herrenberg, Lokaler Aktionsplan
Gehring, Birgit	Landratsamt Böblingen, Altenhilfefachberatung
Gonther-Belge, Thomas	Landratsamt Böblingen, Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen
Gündogdu, Müserref	NISA Frauenverein, Vertretung Ehrenamt
Hell, Günther	Landratsamt Böblingen, Sonderprojekte
Hohberg, Martina	Stadt Böblingen, Integrationsbeauftragte
Izuora, Ulrike	Stadt Sindelfingen, Integrationsbeauftragte
Jung-Ticiu, Renate	IN VIA, Jugendmigrationsdienst
Kalmbach-Heinz, Heidi Dr.	Landratsamt Böblingen, Gesundheitsamt
Kalup, Susanne	Bildungsforum Landkreis Böblingen (bis 30.09.2013)
Kaufmann, Tasneem	Gemeinde Aidlingen, Vertretung für die Gemeinde
Kruckenbergl-Link, Birgit	Stadt Herrenberg, Gleichstellungsbeauftragte
Lehnhardt, Gerhard	Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten gGmbH
Martin, Elisabeth	Landratsamt Böblingen, Sozialplanung
Nasdal-Offner, Christina	Stadt Holzgerlingen, Hauptamt
Pfendtner, Petra	Sozialtherapeutischer Verein Holzgerlingen
Röhm, Rolf	Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten gGmbH
Schmidt-Steiger, Erika	Stadt Leonberg, Integrationsbeauftragte/Bildung
Schubert, Elmar	Caritas Schwarzwald Gäu
Thies, Melitta	Landratsamt Böblingen, Gleichstellungsbeauftragte
Trede-Kritikakis, Sarah	Bildungsforum Landkreis Böblingen (bis 30.09.2013)

Stand „Erster Integrationsplan“ für den Landkreis Böblingen:
Fassung vom 17.11.2014; redaktionell überarbeitet am 14.11.2014.

Impressum:

Herausgeber:
Landratsamt Böblingen
Parkstraße 16
71034 Böblingen

Internet: www.landkreis-boeblingen.de
Telefon: 07031/663-1715
E-Mail: e.martin@lrabb.de

Bearbeitung:

Elisabeth Martin, Stabsstelle Sozialplanung und Controlling

Benjamin Steuer, Berufspraktikant des Instituts für Soziologie der Eberhardt-Karls Universität
Tübingen (Statistische Ausarbeitung, Recherche und Zusammenstellung des Textmaterials)

Die Mitglieder des Arbeitskreises Integration

Weitere Stellen der Landkreisverwaltung (Präventionsbeauftragter, Forum Ernährung und Hauswirtschaft, JobCenter,
Wirtschaftsförderung)

Wir danken Herrn Dr. Bürger vom Kommunalverband für Jugend und Soziales für die zur Verfügung gestellten Grafiken
zum Thema Jugendhilfe (Kapitel 2.8.2), und allen weiteren Einrichtungen und Institutionen, die für Auskünfte zur Verfü-
gung standen und ihre Anregungen eingebracht haben.

Kreistagdrucksache Nr. 234/2014

zur Vorberatung im Sozial- und Gesundheitsausschuss am 24.11.2014 und
zur Beschlussfassung im Kreistag am 15.12.2014.

Inhalt

1	Ein Integrationsplan für den Landkreis Böblingen	1
1.1	Ausgangssituation	1
1.2	Ziel des Integrationsplans und Vorgehen	4
1.3	Was verstehen wir unter Integration?	5
2	Zentrale Handlungsfelder	6
2.1	Aufbrechen und Ankommen – „Hier bin ich“	9
2.1.1	Interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltungen	10
2.1.2	Einbürgerung	14
2.2	Wohnen – „Wohnen und Wohlfühlen“	19
2.2.1	Wohnen – Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen	20
2.2.2	Wohnen im Alter	23
2.3	Sprache – „Vielsprachigkeit als Ressource“	27
2.3.1	Erwerb der deutschen Sprache	28
2.3.2	Sprachbarrieren überwinden	30
2.4	Bildung und Arbeit – „Sapere aude – Wage zu denken!“	33
2.4.1	Bildung für Chancengleichheit	34
2.4.2	Bildung im frühkindlichen und schulischen Bereich	35
2.4.3	Berufliche Bildung	38
2.4.4	Erwachsenenbildung	41
2.4.5	Arbeit	43
2.4.6	Wirtschaftsförderung	47
2.5	Gesundheit – „Natürlich gesund“	49
2.5.1	Zugang zum Gesundheitssystem	50
2.5.2	Gesundheitsvorsorge	52
2.5.3	Ernährung	54
2.5.4	Pflege	56
2.6	Gesellschaft – „Freude am Gestalten“	61
2.6.1	Institutionalisierte Vernetzung	62
2.6.2	Politische und gesellschaftliche Teilhabe	64
2.7	Religion – „Dialog statt Diagnose“	69
2.7.1	Interreligiöse Gespräche	70
2.7.2	Muslimische Krankenseelsorge	73
2.8	Leben und Freizeit – „Hier spielt das Leben“	75
2.8.1	Sicherheit	76
2.8.2	Aufwachsen – Hilfen für Kinder und Jugendliche	79
2.8.3	Öffentlichkeitsarbeit	82

2.8.4	Kunst und Kultur.....	85
2.8.5	Bewegung und Sport.....	88
3	Anhang.....	89
3.1	Datenmaterial.....	89
3.2	Graphische Darstellung der Großen Kreisstädte.....	91
3.3	Graphische Darstellung der Kommunen	92

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Vergleich der 4 Landkreise mit den bundesweit höchsten Ausländerquoten	2
Tabelle 2:	Aktivitäten Frauen.....	68
Tabelle 3:	Aktivitäten Männer	68
Tabelle 4:	Aktivitäten Jugendliche	68
Tabelle 5:	Religionszugehörigkeit in den Städten und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern.....	71
Tabelle 6:	Entwicklung der Bevölkerung und der Straftaten bzw. Herkunft der Tatverdächtigen im Landkreis Böblingen von 2000 bis 2011	77
Tabelle 7:	Eckwerte (EW) der Hilfefähigkeiten je 1000 Minderjährige ohne Migrationshintergrund (o. MH) versus mit Migrationshintergrund (m. MH) im Jahr 2011	81
Tabelle 8:	Bevölkerungszusammensetzung in den Kommunen im Landkreis Böblingen	89
Tabelle 9:	Entwicklung der Bevölkerungsstruktur mit Ausländeranteil 2000 bis 2012	90
Tabelle 10:	Entwicklung der Einbürgerungen im Landkreis Böblingen von 2000 bis 2012	90

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Böblingen von 2000 – 2012 mit Ausländeranteil	2
Abbildung 2:	Ausländerquote	3
Abbildung 3:	Quoten mit/ohne Migrationshintergrund	3
Abbildung 4:	Zentrale Handlungsfelder – Querschnittsthemen und Themen in bestimmten Lebenslagen	7
Abbildung 5:	Entwicklung der Einbürgerungsverfahren seit dem Jahr 2000	15
Abbildung 6:	Altersstruktur der Einbürgerungsbewerber	15
Abbildung 7:	Einbürgerungen und Mehrstaatigkeit	16
Abbildung 8:	Einbürgerungen im Interkommunalen Vergleich im Jahr 2011	16
Abbildung 9:	Aufgaben einer/s Kulturvermittlerin/s	46
Abbildung 10:	Erhebungen des Robert-Koch-Institutes zur Kinder- und Jugendgesundheit	54
Abbildung 11:	Migrationshintergrund im Vergleich bei BewohnerInnen und Pflege-/Betreuungspersonal in den Altenpflegeheimen	57
Abbildung 12:	Statistische Erfassung von Kriminalität in Baden-Württemberg 2012.....	76
Abbildung 13:	Anteil der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung unter 18 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs nach Zensus 2011 in %	79
Abbildung 14:	Zur Bedeutung eines Migrationshintergrundes (MH) Minderjähriger für die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung.....	80

1 Ein Integrationsplan für den Landkreis Böblingen

1.1 Ausgangssituation

Das Thema „Integration“ ist in aller Munde. Zu vielen verschiedenen Lebensbereichen berichtet die Presse mit dem Blick auf die Menschen, die als Ausländer oder mit einem Migrationshintergrund in Deutschland leben. Ob es um Kinder oder Schüler geht, um Jugendliche in Ausbildung, um den Fachkräfte-Mangel auf dem Arbeitsmarkt oder die Situation von alten Menschen, die pflegebedürftig werden: stets werden die Besonderheiten, die Schwierigkeiten oder auch Wünsche beschrieben, was notwendig ist, damit ein gutes Miteinander gelingen kann.

Seit Mai 2011 ist in Baden-Württemberg das eigens eingerichtete Ministerium für Integration für die Themenbereiche rund um die Integration zuständig. Von hier gehen Impulse aus, um die Situation für Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

Die Begegnung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund passiert in den alltäglichen Lebenszusammenhängen vor Ort in den Städten und Gemeinden. Seit vielen Jahrzehnten gibt es gewachsene Beziehungen zwischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Auch viele Strukturen wurden eingerichtet. Zum Beispiel gibt es umfangreiche Angebote für Sprachkurse, um neu zugewanderten Menschen über die Sprachbarriere hinwegzuhelfen.

Besondere Anstrengungen im kommunalen Bereich braucht es dann, wenn Integration nicht reibungslos gelingt, gelingen will oder gelingen kann.

Dies ist das oberste Ziel des Integrationsplans, nämlich festzustellen, ob und in welchen Zusammenhängen Integration im Landkreis Böblingen eventuell nicht optimal funktioniert. Dabei ist Integration im Landkreis Böblingen wahrhaftig kein neues Thema.

Die Region Stuttgart mit ihren umliegenden Landkreisen war in den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts die Region, die am stärksten von Einwanderern profitierte. Überall im Land warb die aufstrebende Industrie um die sogenannten „Gastarbeiter“. Insbesondere im Landkreis Böblingen fanden tausende von Menschen Arbeit. Die damalige Entwicklung schlägt sich bis heute in der Bevölkerungszusammensetzung nieder.

Im Vergleich der Landkreise stand der Landkreis Böblingen bundesweit bis zum Jahr 2008 mit der Kennzahl „Ausländerquote“ mit 14,7 % an zweiter Stelle. Lediglich der hessische Landkreis Groß-Gerau hatte mit 17,1 % einen höheren Anteil an ausländischen Mitmenschen. Auf Rang 3 und 4 folgten jedoch gleich zwei weitere Landkreise aus der Region Stuttgart, nämlich Ludwigsburg und Esslingen (s. Tabelle 1).

Im Gegensatz zu Groß-Gerau sank die Ausländerquote im Landkreis Böblingen in den Folgejahren kontinuierlich. Bis 2011 waren es circa 1 %, in absoluten Zahlen 3.773 weniger Ausländer. Im Vergleich dazu erhöhten sich die Anteile in den benachbarten Landkreisen. Im Jahr 2009 verzeichnete der Landkreis Ludwigsburg und im Jahr 2011 der Landkreis Esslingen eine höhere Ausländerquote als Böblingen.

Tabelle 1: Vergleich der 4 Landkreise mit den bundesweit höchsten Ausländerquoten

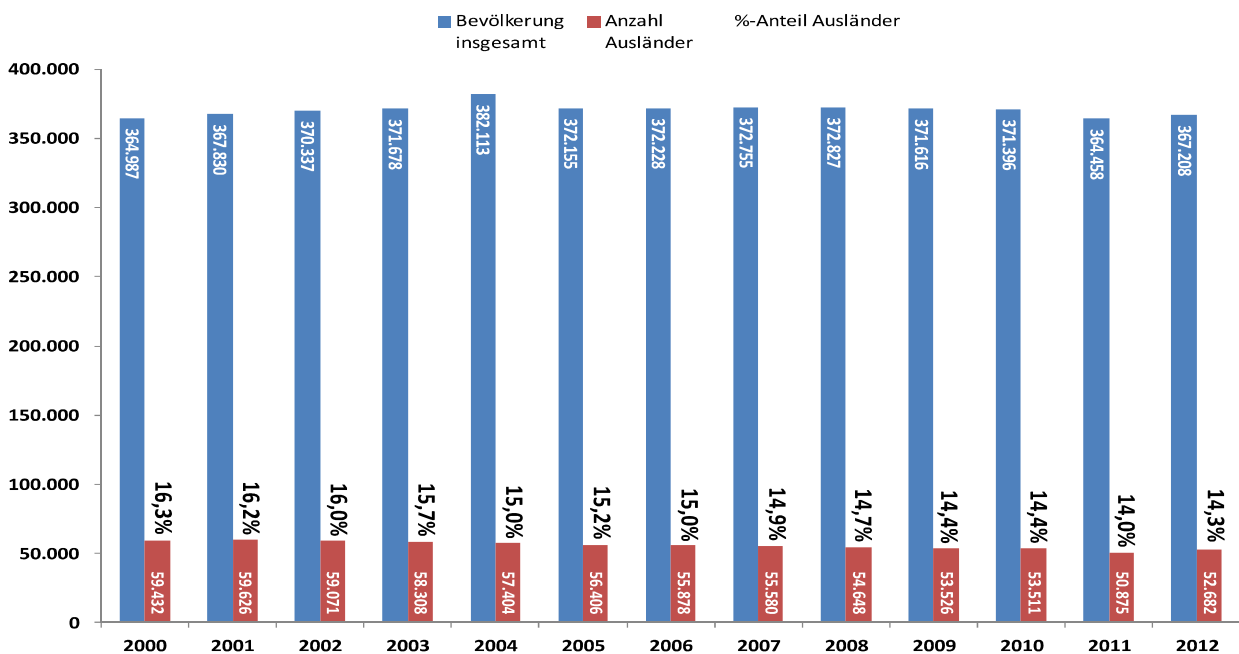
31.12.2008	Groß-Gerau	Böblingen	Ludwigsburg	Esslingen
Einwohner gesamt	253.576	372.827	515.898	514.646
"Deutsche"	210.180	318.179	440.605	445.264
Ausländer	43.396	54.648	75.293	69.382
Ausländerquote	17,11%	14,66%	14,59%	13,48%
31.12.2009	Groß-Gerau	Böblingen	Ludwigsburg	Esslingen
Einwohner gesamt	253.599	371.616	516.874	514.109
"Deutsche"	210.670	318.090	441.802	445.042
Ausländer	42.929	53.526	75.072	69.067
Ausländerquote	16,93%	14,40%	14,52%	13,43%
31.12.2010	Groß-Gerau	Böblingen	Ludwigsburg	Esslingen
Einwohner gesamt	254.887	371.396	517.985	514.830
"Deutsche"	211.679	317.885	442.556	445.556
Ausländer	43.208	53.511	75.429	69.274
Ausländerquote	16,95%	14,41%	14,56%	13,46%
31.12.2011	Groß-Gerau	Böblingen	Ludwigsburg	Esslingen
Einwohner gesamt	255.965	364.458	521.014	517.205
"Deutsche"	212.014	313.583	443.671	446.333
Ausländer	43.952	50.875	77.343	70.872
Ausländerquote	17,17%	13,96%	14,84%	13,70%
	Rang 1	Rang 2	Rang 3	Rang 4

Böblingen liegt somit aktuell auf Rang 4 im bundesweiten Vergleich der Landkreise.

Der Bundesdurchschnitt lag 2011 bei 7,88 %¹. Demgegenüber hat der Landkreis Böblingen mit knapp 14 % weiterhin einen sehr hohen Anteil an ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern².

Daher ist eine gelingende Integration im Landkreis von sehr großer Bedeutung.

Die nachfolgende Graphik zeigt die konkrete Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Böblingen insgesamt und des enthaltenen Ausländeranteils in den Jahren 2000 bis 2012.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Böblingen von 2000 – 2012 mit Ausländeranteil


¹ Daten des Statistischen Bundesamtes

² In Deutschland lebende Ausländer: Alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen mit ihren Familien nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes.

Es zeigt sich, dass der Ausländeranteil schon seit dem Jahr 2000 stetig sinkt. Dies einer mangelnden Integration zuzuschreiben wäre fehl am Platz. Näherliegend könnte sein, dass sich die Arbeitsangebote rund um Stuttgart zwischenzeitlich anders verteilen.

Bei einem Anteil von circa 14 % ausländischen Mitmenschen werden die restlichen 86 % „Deutschen“ zugesprochen. In den **Statistiken der Länder und des Bundes** ist nicht eindeutig erfasst, wie viele von den „Deutschen“ zu den Menschen mit Migrationshintergrund, zu den Aussiedlern oder den Eingebürgerten³ zählen. Bundesweiten Schätzungen zufolge liegt der durchschnittliche Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland bei circa 19 %. In Baden-Württemberg beläuft er sich allerdings auf etwa 25 %.

Auf der **Ebene der Stadt- und Landkreise** gibt es in Deutschland keine standardmäßigen Auswertungen für die Gesamtgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund, dafür jedoch auf der **Ebene der Regierungsbezirke**. Der Regierungsbezirk Stuttgart, zu dem auch der Landkreis Böblingen zählt, liegt dabei mit 43,1 % im bundesweiten Vergleich auf Platz 1⁴.

Eine **Sonderauswertung für den Landkreis Böblingen** erfolgte im Jahr 2012. Die Software MigraPro⁵ wurde speziell für die Auswertung von Einwohnermeldedaten entwickelt. Im Zusammenhang mit dem Bildungsbericht sollte mehr über den Migrationshintergrund vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Erfahrung gebracht werden. Die Auswertung erfolgte jedoch für alle Altersgruppen. Außerdem wurden die Daten für alle Städte und Gemeinden im Landkreis herangezogen. 25 der 26 Kommunen gaben dafür eine Einverständniserklärung ab. Die detaillierte Verteilungsstruktur auf Gemeindeebene sowie die tabellarischen Quellen befinden sich im Kapitel 3. Für den Landkreis insgesamt ergab sich folgende Verteilung:

Abbildung 2: Ausländerquote

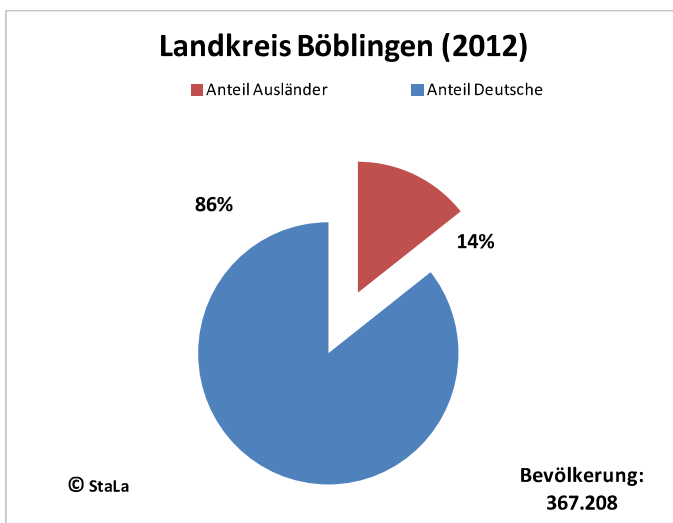
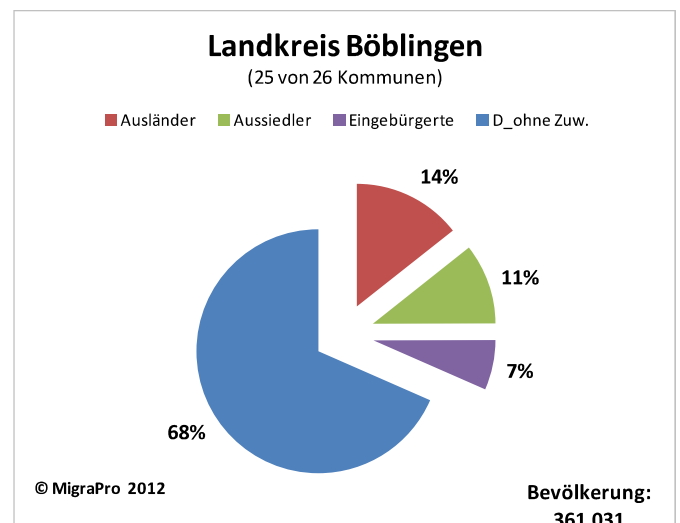


Abbildung 3: Quoten mit/ohne Migrationshintergrund



³ Eine ausführliche Definition der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ findet sich im Integrationsbericht 2013 der Stadt Böblingen.

⁴ Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes 2010

⁵ © Herr Utz Lindemann

Es besteht eine kleine Abweichung zwischen der Gesamtsumme der Bevölkerung nach den Daten des Statistischen Landesamtes (367.208) und den Einwohnermeldedaten der Gemeinden (370.096). Der Unterschied von unter 1 % ist mit Blick auf das Thema jedoch vernachlässigbar.

Festzustellen bleibt, dass zu den 14 % der ausländischen Bevölkerung weitere 11 % Aussiedler und 7 % Eingebürgerte hinzu zu addieren sind. Dadurch ergibt sich mit insgesamt 32 % Menschen mit Migrationshintergrund für den Landkreis Böblingen ein überdurchschnittlicher Wert im Landesvergleich.

Das Land Baden-Württemberg hat im Durchschnitt einen Anteil von 26 %. Im bundesweiten Ländervergleich ergeben sich nur für die Stadtstaaten Bremen (28 %) und Hamburg (27 %) höhere Werte.

Seit vielen Jahrzehnten leben die Menschen im Landkreis Böblingen friedlich miteinander. Eine bislang immer wieder gute wirtschaftliche Gesamtsituation für die Firmen im Landkreis hatte eine geringe Arbeitslosigkeit zur Folge. Dadurch ist der Lebensstandard relativ hoch, was das Zusammenleben insgesamt erleichtert. Dies wurde unter anderem durch die vielen zugewanderten Menschen erst möglich.

1.2 Ziel des Integrationsplans und Vorgehen

Auch bei einer insgesamt als gut zu bewertenden Lebenslage für die Bevölkerung gibt es natürlich Bereiche, die verbesserungswürdig sind. Daher ist es das Anliegen dieses ersten Integrationsplans für den Landkreis Böblingen herauszufinden, wo Ungleichgewichte ausgeräumt oder die Chancengleichheit verbessert werden können. Je ausgewogener die Verhältnisse innerhalb unserer Gesellschaft sind, um so eher können wir auf eine stabile und sichere Zukunft hoffen.

Herr Landrat Roland Bernhard beauftragte die Sozialplanung damit, diesen Integrationsplan zu erarbeiten. Dabei sollten zum Einen Zahlen, Daten und Fakten zusammengetragen werden. Zum Anderen sollten aber auch die politischen Gremien des Landkreises, die Kommunen des Landkreises sowie alle Einrichtungen und Institutionen in öffentlicher und freier Trägerschaft, die mit Fragestellungen zur Migration und Integration befasst sind, einbezogen werden. Nur mit einer breiten Beteiligung kann eine möglichst weite Gesamtschau erfolgen.

Der Bildungs- und Sozialausschuss beauftragte die Verwaltung in seiner Sitzung am 28.11.2011 (KT-Drs. 196/2011), den Integrationsplan zu erstellen.

Unter der Federführung der Sozialplanung konstituierte sich der „Arbeitskreis Integrationsplan“. Die Mitwirkenden sind im Impressum in der Umschlaginnenseite aufgeführt.

In 6 Arbeitssitzungen 2012 und 2013 wurde festgelegt, welche zentralen Handlungsfelder betrachtet werden sollten. Die Gruppe einigte sich auf 8 Themenbereiche. Dazu wurden insgesamt 24 Unterthemen gebildet. Bei der Auswahl stand jeweils die Frage im Vordergrund, ob auf kommunaler oder übergreifend auf Landkreisebene oder trägerübergreifend eine Steuerungs- und Wirkungsmöglichkeit besteht.

Zu jedem Thema gibt es eine Ausgangsthese. Wie das Wort schon sagt, handelt es sich um eine Behauptung. Darin wird beschrieben, wie das Thema aktuell wahrgenommen wird. Sicherlich kann der Integrationsplan es nicht leisten, hier umfangreiche Erhebungen mit anschließender Bewertung vorzunehmen.

Als zweiter Schritt folgt jeweils der Versuch, die Ist-Situation zu beschreiben und mit konkreten Beispielen zu unterlegen. In den Beispielen spiegelt sich natürlich die Zusammensetzung des Arbeitskreises wider. Sie sollen die Vielfalt der Angebote andeuten, wobei keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit besteht.

Schließlich ging es im Arbeitskreis darum festzustellen, ob es Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Wurden Ansatzpunkte gefunden, dann wurden Ziele formuliert. Um möglichst konkret zu werden, wurden Maßnahmen beschrieben, wie das Ziel erreicht werden könnte. Alle aufgeführten Ziele und Maßnahmen haben den **Charakter von Handlungsempfehlungen**.

Der Arbeitskreis versteht sich als Auftakt und Beginn eines dauerhaften Dialoges zwischen Akteuren und Beteiligten rund um das Thema Integration.

Das Ziel des Integrationsplans ist es deshalb auch, Impulse für weitere Gesprächsrunden zu geben und eine Art erste Checkliste mit Handlungsempfehlungen aufzustellen. Damit die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden, bedarf es allerdings weiterhin einer Begleitung. Vernetzung von Akteuren passiert nicht von alleine und ohne zielführendes Engagement mit verteilten Rollen. Auch dieser Punkt ist im Integrationsplan beschrieben (s. Kapitel „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ Ziel 2) und sollte in der Umsetzung an erster Stelle stehen. Nur so kann der weitere Prozess effektiv vorangetrieben werden.

1.3 Was verstehen wir unter Integration?

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat im März 2012 sein Jahreshandbuch 2012 herausgegeben unter dem Titel „Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen“.

Dort wird ein Verständnis zum Begriff Integration beschrieben (S. 55), dem sich der Arbeitskreis Integration anschließt.

Demnach ist Integration ein **interaktiver Prozess**,

- der dauerhaft und ergebnisoffen abläuft,
- der die beteiligten Menschen auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene meint und
- der die Teilhabe der Menschen in den ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Lebensfeldern zum Ziel hat.

Als interaktiver Prozess bezieht sich die Integration stets auf alle Beteiligten im Sozialgefüge. Das heißt, dass die einheimische Bevölkerung genauso gemeint ist wie die Eingewanderten, die Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie diejenigen ohne Migrationshintergrund.

Alle Mitglieder der Bevölkerung haben die Aufgabe, ihre Lebensführung an den Bedingungen der Bürgergesellschaft auszurichten. Das heißt aber nicht, diese Bedingungen als die

allein wahrhaftigen zu betrachten. Die Menschen, die aus anderen Kulturen stammen, haben die Freiheit, ihre sozialen Kontakte und kulturellen Wurzeln zu pflegen, grenzüberschreitend, global. Der globale Austausch wird zunehmend selbstverständlich. Das hat auch zur Folge, dass die eigenen Lebensumstände mit zunehmendem Wissen über andere Kulturen anders, kritischer und bewusster betrachtet werden können.

Der Austausch von Wissen und Lebenspraxis verändert unser Zusammenleben in diesem andauernden, interaktiven Prozess. Die Veränderung passiert nicht plötzlich, nicht augenfällig und plakativ. Vielmehr werden viele kleine Neuerungen irgendwann zu Selbstverständlichkeiten.

Der Integrationsplan für den Landkreis Böblingen will verschiedene ausgewählte Lebensfelder beleuchten und feststellen, wo Veränderungen zu einer Verbesserung führen könnten, so dass allen Beteiligten die gleichen Chancen zur Teilhabe offen stehen.

2 Zentrale Handlungsfelder

Der Arbeitskreis Integrationsplan hat acht zentrale Handlungsfelder ausgewählt, die nachfolgend näher betrachtet werden. Auf weitere mögliche Handlungsfelder wurde verzichtet. Auf Landkreisebene oder auf der Ebene der Städte und Gemeinden kann auf viele, bedeutende Themen kaum oder gar nicht hingewirkt werden. Dies wird in dem Jahresbericht 2012 des SVR sehr deutlich herausgearbeitet.

Die ausgewählten Handlungsfelder sind

1. Aufbrechen und Ankommen – „Hier bin ich“
2. Wohnen – „Wohnen und Wohlfühlen“
3. Sprache – „Vielsprachigkeit als Ressource“
4. Bildung und Arbeit – „Sapere aude – Wage zu denken!⁶“
5. Gesundheit – „Natürlich gesund“
6. Gesellschaft – „Freude am Gestalten“
7. Religion – „Dialog statt Diagnose“
8. Leben und Freizeit – „Hier spielt das Leben“

Die Reihenfolge der Themen orientiert sich danach, wie eine Person aus einem anderen Land in Deutschland Fuß fasst.

Zunächst bricht ein Mensch irgendwo auf und kommt in Deutschland an. Die Person braucht eine Unterkunft. Sie muss sich verständigen. Sie braucht Arbeit, bzw. als Kind, junger Mensch oder Erwachsener Zugang zu Bildung. Sie benötigt einen Zugang zum Gesundheitssystem und in die Gesellschaft hinein, Raum, um ihre Religion in Gemeinschaft ausüben zu können, und Möglichkeiten, um alle weiteren Aspekte des Lebens und der Freizeit zu gestalten.

⁶Quelle Internet Wikipedia: „Wage zu denken!“ – Das Zitat stammt aus den Briefen des Dichters Horaz und lautet dort: „Dimidium facti qui coepit habet: sapere aude.“ – „Wer begonnen hat, hat schon zur Hälfte gehandelt. Wage zu denken!“ Bekannt wurde dieses Zitat durch die Übersetzung von Immanuel Kant in seinem Essay Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung von 1784 als Leitgedanke der Aufklärung. Dort heißt es: „Habe den Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Manche der Inhalte, die für die Menschen in bestimmten Lebenslagen besonders wichtig sind, sind darüber hinaus auch als Querschnittsthema von Bedeutung. Dies soll Abbildung 4 verdeutlichen.

Abbildung 4: Zentrale Handlungsfelder – Querschnittsthemen und Themen in bestimmten Lebenslagen

Querschnittsthemen	Zentrale Handlungsfelder	Themen in bestimmten Lebenslagen
Interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltungen	Aufbrechen und Ankommen „Hier bin ich“	Einbürgerung
Wohnen – Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen	Wohnen „Wohnen und Wohlfühlen“	Wohnen im Alter
Sprachbarrieren überwinden	Sprache „Vielsprachigkeit als Ressource“	Erwerb der deutschen Sprache
Bildung für Chancengleichheit Wirtschaftsförderung	Bildung und Arbeit „Sapere aude – Wage zu denken!“	Bildung im frühkindlichen und schulischen Bereich Berufliche Bildung Erwachsenenbildung Arbeit
Zugang zum Gesundheitssystem Gesundheitsvorsorge Ernährung	Gesundheit „Natürlich gesund“	Pflege
Institutionalisierte Vernetzung Politische und gesellschaftliche Teilhabe	Gesellschaft „Freude am Gestalten“	
Interreligiöse Gespräche	Religion „Dialog statt Diagnose“	Muslimische Krankenseelsorge
Sicherheit Öffentlichkeitsarbeit Kunst und Kultur Bewegung und Sport	Leben und Freizeit „Hier spielt das Leben“	Aufwachsen – Hilfen für Kinder und Jugendliche

Im Übrigen erhebt dieser erste Integrationsplan für den Landkreis Böblingen keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder abschließende Darstellung. Vielmehr soll damit ein Einstieg für weitere Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Aufbrechen und Ankommen

„Hier bin ich“

Interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltungen

Ausgangsthese:

Deutschland ist aufgerufen, sich als Einwanderungsland zu begreifen. Der Nationale Integrationsplan und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)⁷ fordern einerseits, die Gleichstellung in der Bevölkerung zu fördern, und andererseits, bestehende Benachteiligungen zu beseitigen. „Vielfalt ist anerkannt“ lautet das Motto.

Dabei muss Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werden. Das heißt, die Vielfalt anzuerkennen richtet sich als Anforderung sowohl an die Zuwandernden als auch an die Aufnahmegesellschaft. Dies in den direkten Begegnungen und Kontakten mit den Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen, ist eine der Aufgaben in den Kommunen. Mit „interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ wird ein gewünschter Veränderungsprozess beschrieben. Zum Einen soll die interkulturelle Kompetenz des Verwaltungshandelns gestärkt werden. Zum Anderen soll sich die Vielfalt in der Bevölkerung auch sichtbar in der Personalstruktur der Verwaltung widerspiegeln.

Die Verwaltung kann sich konkret auf drei Ebenen öffnen: auf der Organisations-, der Personal- und der Angebotsebene. Auf der Personalebene könnte eine sichtbar stärkere Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund einen Kompetenzvorteil, nach innen wie nach außen, schaffen.

Ist-Situation:

Die Haltung einer Verwaltung, die sie gegenüber ihren Mitarbeitenden einnimmt und die auch zur Haltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst werden soll, wird durch das jeweilige Leitbild zum Ausdruck gebracht. Ob das Thema Integration darin deutlich verankert ist, wäre zu prüfen.

Im Verwaltungshandeln werden immer wieder Defizite in der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten erlebt. Dies sind zum Beispiel fehlende Sprach- und Verständigungsmöglichkeiten, Missverständnisse, die dadurch entstehen, dass das Verhalten des Gegenübers falsch interpretiert wird, fehlende Kenntnisse zum Mann-Frau-Verhältnis in anderen Kulturen und vieles andere.

⁷ Das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)** – umgangssprachlich auch **Antidiskriminierungsgesetz** genannt – ist ein deutsches Bundesgesetz, das Benachteiligungen aus Gründen der „Rasse“, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern und beseitigen soll. Zur Verwirklichung dieses Ziels erhalten die durch das Gesetz geschützten Personen Rechtsansprüche gegen Arbeitgeber und Private, wenn diese ihnen gegenüber gegen die gesetzlichen Diskriminierungsverbote verstoßen.

In der Landkreisverwaltung wird aktuell wieder damit begonnen, Fortbildungen für das Personal anzubieten, um die interkulturelle Kompetenz zu stärken. In einigen kultursensiblen Bereichen wird mit dem Satz „Gerne möchten wir Sozialpädagogen / Sozialarbeiter m/w mit Migrationshintergrund zur Bewerbung ermuntern.“ gezielt um Mitarbeitende mit Migrationshintergrund geworben.

Die Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verwaltung lässt sich nur schätzen. Eine Erhebung wäre nur mittels Befragung möglich. Es ist jedoch erkennbar, dass in den Betrieben und öffentlichen Ämtern des Landkreises Böblingen bereits viele Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt sind.

Beispielhafte Angebote:

Landratsamt	Einbürgerungsfeier, ein bis zweimal im Jahr Link: http://www.lrabb.de/Lde/3398120.html?QUERYSTRING=Einb%C3%BCrgerungsfeier
Bildungsforum des Landkreises (bis 30.09.2013)	Projekt: „Mit MigrantInnen für MigrantInnen – Interkulturelle Kooperation zur Verbesserung der Bildungsintegration“ (schriftliche Kooperationsvereinbarungen zwischen Landkreis und MigrantInnenvereinen)
Bondorf	Das Gemeinwesenreferat der Gemeinde pflegt eine Willkommenskultur in enger Kooperation mit dem „Runden Tisch Integration in Bondorf“ z. B. durch das Angebot der Formularhilfe, eines Basis-Sprachkurses, eines Willkommenscafés für Flüchtlinge u. a.
Stadt Sindelfingen	Seit 2011 regelmäßige interkulturelle Trainings für alle Mitarbeiter/-innen der Verwaltung und zielgruppenspezifische Trainings
Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH	Projekt „Einander sehen – Einander verstehen“ Fortbildungsangebot für Mitarbeiter/innen der GWW
Sozialtherapeutischer Verein e.V. Holzgerlingen	Ausbildung zum/r Kulturdolmetscher/in
Caritas Sindelfingen	Angebot Sprachmittler

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Das politische Leitziel „Integration und Gleichstellung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund“ ist in der Verwaltung verankert.

Maßnahme 1a: Leitbild – Vision: die Themen „Integration > Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ werden in den Leitbildern des Landkreises, der Städte und Gemeinden aufgenommen.

Maßnahme 1b: Top-down-Führungsverantwortung – die Führungskräfte bringen das Thema Integration regelmäßig in Zielvereinbarungen, Mitarbeitergesprächen etc. ein.

Maßnahme 1c: Die Verwaltung unterstreicht ihre interkulturelle Öffnung durch Unterzeichnung der Charta der Vielfalt⁸.

Ziel 2: Es bestehen verlässliche Strukturen, die das Thema Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankern.

Maßnahme 2a: Eine Koordinierungsstelle für Integration wird geschaffen, um die Schnittstellen zu anderen Aufgabenbereichen zu bündeln, z. B. die Aktivitäten der Landkreisverwaltung und der Integrationsbeauftragten in den Städten und Gemeinden.

Maßnahme 2b: Die Landkreisverwaltung prüft, ob innerhalb der Landkreisverwaltung ein Integrationsamt für den Landkreis eine zielführende Organisationseinheit sein könnte. Dazu werden auch Institutionen und Organisationseinheiten, die für und mit Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten, angehört (z. B. AK Integrationsplan).

Maßnahme 2c: Die Landkreisverwaltung prüft, ob die Einrichtung einer Stelle für interkulturelle Arbeit/einer Integrationsbeauftragtenstelle eine zielführende Organisationseinheit sein könnte. Dazu werden auch Institutionen und Organisationseinheiten, die für und mit Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten, angehört (z. B. AK Integrationsplan).

Maßnahme 2d: Um die Querschnittsaufgabe wirkungsvoll bearbeiten zu können, wird eine Stelle bzw. Organisationseinheit für Integrationsarbeit mit entsprechenden Kompetenzen und Haushaltsmitteln ausgestattet.

Ziel 3: Das Personalmanagement der Verwaltungen setzt das verbindliche Leitziel der interkulturellen Öffnung um.

Maßnahme 3a: Bei gleicher Eignung und entsprechender Qualifikation werden bewusst Menschen mit Migrationshintergrund/Migrationsgeschichte eingestellt.

Maßnahme 3b: Bei gleicher Eignung und entsprechender Qualifikation werden bewusst Menschen mit interkultureller Kompetenz/mehrsprachigem Hintergrund eingestellt.

Maßnahme 3c: Es wird erhoben, welche der Beschäftigten über sprachliche Kompetenz und interkulturelle Erfahrungen verfügen und wie diese eingesetzt werden können.

Maßnahme 3d: Fortbildungen und Schulungen werden als Top-down-Prozess zu interkultureller Öffnung und Bildung angeboten (Aufnahme von Schulungen im Ausbildungsplan, Schulungen für alle Ebenen im Landratsamt).

⁸ Die Umsetzung der Charta der Vielfalt hat zum Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Die Charta entspricht den Dimensionen der europäischen Rechtsprechung zur Anti-Diskriminierung und steht für die Botschaft „Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland“ (www.charta-der-vielfalt.de).

Maßnahme 3e: Bestehende Schulungsangebote anderer Anbieter werden in die Angebotspalette aufgenommen (z. B. GWW, Caritas, Sozialtherapeutischer Verein Holzgerlingen oder andere Anbieter im Kreis).

Ziel 4: Der Paradigmenwechsel von der „Ausländersozialarbeit“ (frühere, aber noch gängige Bezeichnung) zur Sozialarbeit auf der Basis interkultureller Orientierung und Öffnung ist vollzogen.

Maßnahme 4a: Alle Geschäftsfelder mit aufsuchender Sozialarbeit/Jugendarbeit werden auf die Umsetzung des Leitziels hin überprüft.

Maßnahme 4b: Zur Umsetzung beschriebener oder noch zu beschreibender Aufgaben in der Sozialarbeit werden sprachliche und interkulturelle Ressourcen festgestellt, genutzt und wirkungsvoll eingesetzt.

Ziel 5: Die Willkommenskultur ist sichtbar und spürbar.

Maßnahme 5a: Die Verwaltungen installieren im Foyer der Rathäuser bzw. des Landratsamtes einen Blickfang, der das „Willkommen in der Vielfalt“ zum Ausdruck bringt.

Maßnahme 5b: Die Willkommenskultur spiegelt sich in verschiedenen schriftlichen Medien wider: auf der Homepage, in einer Broschüre mit Infos für Neuzugezogene, in Medien in unterschiedlichen Sprachen u. a.

Ziel 6: Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wird regelmäßig und aktiv zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung der interkulturellen Öffnung betrieben.

Maßnahme 6: Über Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem in den Amtsblättern, wird offensiv über Themen zu Integration und Öffnung der Verwaltung informiert mit Best-Practice-Beispielen u. a.

Ziel 7: Die bestehende Integrationsarbeit im Landkreis ist transparent und für Interessierte einsehbar.

Maßnahme 7a: Eine Bestandsaufnahme zeigt auf, was bereits an Integrationsarbeit im Landkreis geleistet wird (Transparenz der bestehenden und geplanten Arbeit im Bereich interkulturelle Arbeit; Best-Practice-Beispiele für die Umsetzung).

Maßnahme 7b: Ein Nachschlagewerk wird publiziert mit den Einrichtungen und Angeboten zum Thema Integration und interkulturelles Leben im Landkreis Böblingen (s. Beispiel der Stadt München).

Einbürgerung

Ausgangsthese:

Die Einbürgerung ist ein bedeutender und weitreichender Schritt für jede Migrantin und jeden Migranten, spiegelt sie doch den integrativen Willen wieder. Sie ist ein wesentlicher Baustein des Integrationsprozesses und ermöglicht eine Gleichberechtigung der Migrantinnen und Migranten mit allen Rechten und Pflichten als deutsche Staatsbürger. So können Eingebürgerte auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene wählen, selbst für ein Parlament kandidieren und damit die Interessen der eingewanderten Menschen aktiv vertreten. Weitere Vorzüge sind die erworbene freie Berufswahl, deutliche Reiseerleichterungen oder der Erwerb der Freizügigkeit innerhalb der EU, um nur einige Privilegien zum nennen.

Der Integrationsprozess setzt sich jedoch über die Einbürgerung hinaus weiter fort. Zum Beispiel wird häufig die Aussage vorgebracht, dass die Gesellschaft den „neuen“ Staatsbürger trotz deutschen Passes weiterhin als Migranten wahrnehmen würde. Solche und ähnliche Äußerungen machen deutlich, dass nicht nur der sich integrierende Mensch Bestandteil des Prozesses ist, sondern auch die sogenannte Aufnahmegesellschaft. Sie muss mit einbezogen werden, um die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zum Einwanderungsland zu verinnerlichen.

Ist-Situation:

In den letzten Jahren ist ein leichter Anstieg der Einbürgerungszahlen zu verzeichnen (s. Abbildung 5). Dies ist auf gesetzliche Änderungen, aber auch auf die Aktivitäten des Landkreises Böblingen zurückzuführen. Die Verwaltung hat sich das Ziel gesetzt, die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu fördern und zu forcieren. Dies ist für den Landkreis insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels von Bedeutung.

Dieser Ansatz setzt sich in den Handlungen des Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesens fort. So werden Migrantinnen und Migranten schon im Vorfeld auf ein mögliches Einbürgerungsverfahren hingewiesen. Die Einbürgerungsbewerberinnen und -bewerber werden ausführlich beraten. Wichtige Informationen können schnell und einfach der landkreiseigenen Homepage entnommen werden.

Darüber hinaus werden jährlich Einbürgerungskampagnen initiiert mit dem Ziel, bei einem größeren Kreis eingewandeter Personen das Interesse für eine mögliche Einbürgerung zu wecken. Bei einer Einbürgerungskampagne werden Personen, die über die Einwohnermeldeämter mit ausländischer Herkunft registriert wurden, zentral angeschrieben. Ihnen werden die Vorteile einer Einbürgerung beschrieben und eine individuelle Beratung angeboten. Damit wird das Interesse geweckt, sich für die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden und sich nachhaltig in die Gesellschaft einzubringen.

Abbildung 5: Entwicklung der Einbürgerungsverfahren seit dem Jahr 2000

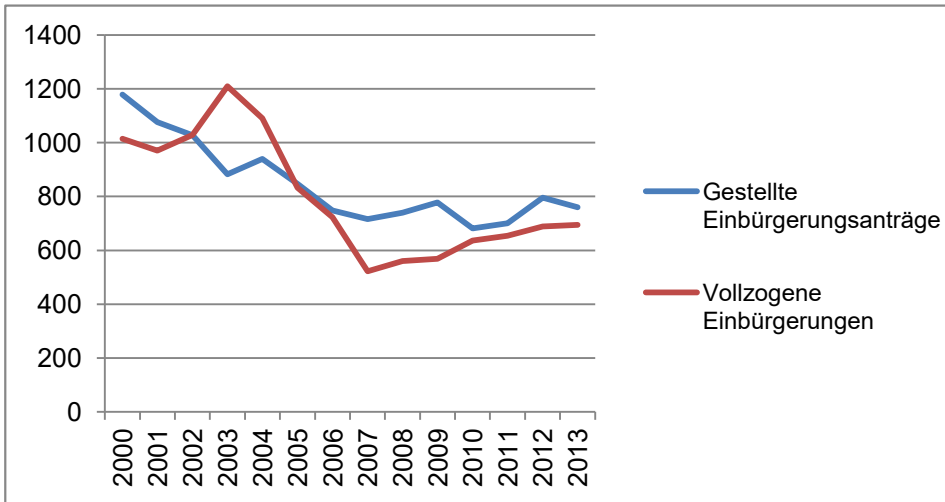
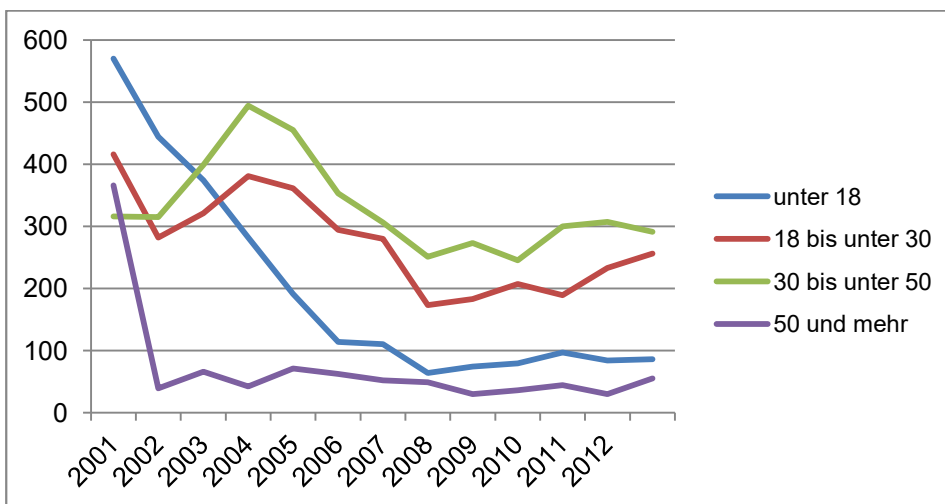


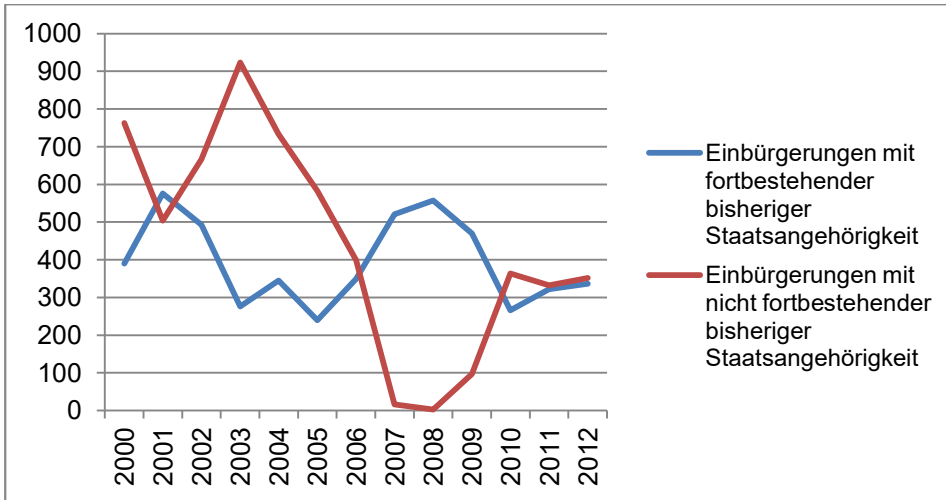
Abbildung 6: Altersstruktur der Einbürgerungsbewerber



Auch will die Landkreisverwaltung die Bedeutung einer Einbürgerung hervorheben und beschränkt sich deshalb beim Abschluss des Verfahrens nicht auf die bloße administrative Aushändigung der Urkunde. Vielmehr wird diese bedeutsame Handlung entsprechend zelebriert, indem der Landkreis Böblingen ein bis zwei Einbürgerungsfeiern im Jahr veranstaltet. Diese werden sowohl von den „neuen“ deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern als auch von den Medien und der Politik sehr aufmerksam wahrgenommen und als positiv empfunden.

Abbildung 7 verdeutlicht, wie sehr sich die Problematik der Mehrstaatigkeit auswirkt. Die Verpflichtung, die bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben, ist für viele Einbürgerungsinteressierte der schwerwiegendste Grund, die deutsche Staatsangehörigkeit nicht anzunehmen.

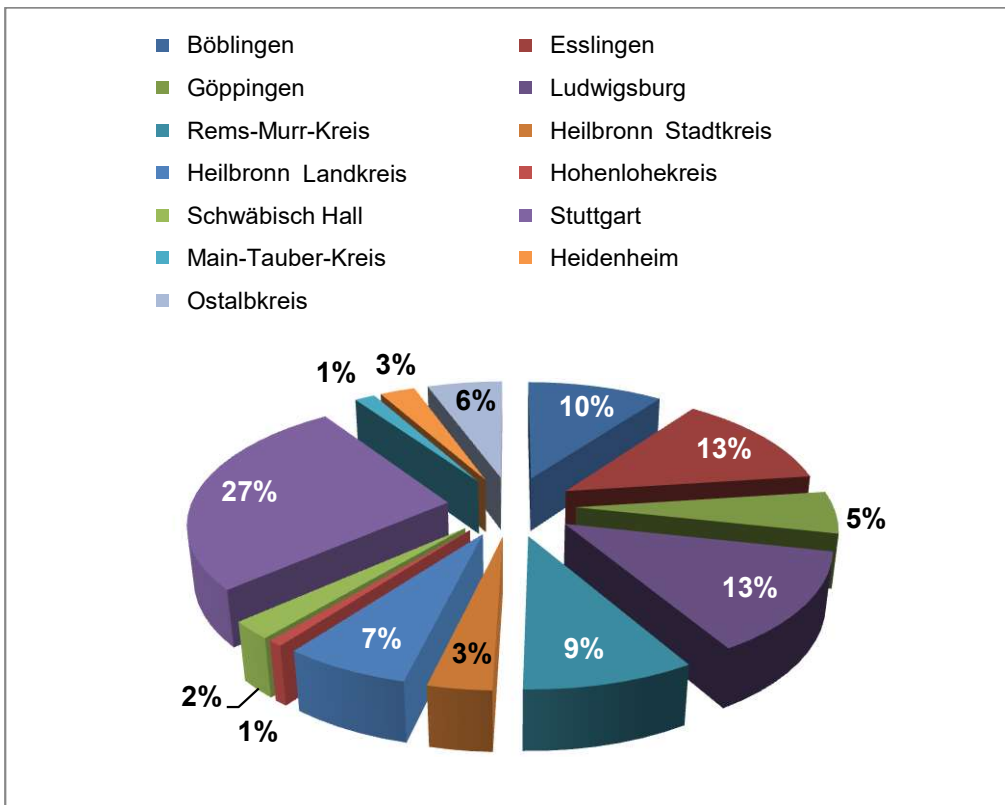
Abbildung 7: Einbürgerungen und Mehrstaatigkeit



Der interkommunale Vergleich innerhalb des Regierungsbezirkes Stuttgart bildet den Anteil der Einbürgerungen eines Stadt- bzw. Landkreises an der absoluten Größe aller Einbürgerungen im Regierungsbezirk ab.

Bei der absoluten Zahl der Migranten nimmt der Landkreis Böblingen bundesweit unter den Landkreisen einen Spitzenplatz ein (s. auch Seite 3). Daher steht er im Ranking der Einbürgerungen im Regierungsbezirk bei den Landkreisen an dritter Stelle und wird diesen aktiven Einbürgerungsprozess weiterhin erfolgreich fortsetzen.

Abbildung 8: Einbürgerungen im Interkommunalen Vergleich im Jahr 2011



Beispielhafte Angebote:

Landkreisverwaltung	Einbürgerungsfeier, ein bis zweimal im Jahr. Link: http://www.lrabbb.de/_Lde/3398120.html?QUERYSTRING=Einb%C3%BCrgerungsfeier
Landkreisverwaltung Sachgebiet Staats- angehörigkeitswesen	Einbürgerungskampagnen

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Die Zahl der Einbürgerungen steigt weiter an.

Maßnahme 1a: Durch regelmäßige Einbürgerungskampagnen werden potenzielle InteressentInnen individuell angeschrieben und beraten.

Maßnahme 1b: Ein Flyer zur Werbung für Einbürgerungen wird erstellt.



Wohnen

„Wohnen und Wohlfühlen“

Wohnen – Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen

Ausgangsthese:

Die Lebens- und Wohnsituationen der Menschen mit Migrationshintergrund sind häufig ungünstiger als die der Wohnbevölkerung insgesamt. Dabei müssen jedoch verschiedene Aspekte regional sehr differenziert betrachtet werden.

Im Jahresgutachten 2012 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen (SVR) ist dem Thema „Wohnen und öffentlicher Raum“ ein ganzes Kapitel gewidmet (SVR-Bericht 2012, Kapitel 5 Wohnen und öffentlicher Raum, ab S. 101).

Einige Thesen auf S. 110:

„5.5 Fazit: Handlungsspielräume noch nicht ausreichend genutzt

- Kommunen verfügen über verschiedene Instrumente, um in Fragen der Wohnraumversorgung oder der sozialräumlichen Verteilung von Personen mit wie ohne Migrationshintergrund korrigierend einzugreifen...
- Auch gezielte Informationen erscheinen notwendig, für potenzielle Mieter z. B. über den Wohnungsmarkt, für mögliche Wohneigentümer über Förderprogramme.
- Noch größere Spielräume bestehen auf kommunaler Ebene bei der Gestaltung des öffentlichen Raums...
- Viele Kommunen nutzen weder die ihnen zur Verfügung stehenden Daten, um sich ein Bild von der sozialräumlichen Verteilung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zu machen,
- noch beziehen sie bei der Entwicklung ihrer Wohnraumversorgungskonzepte Fragen der Segregation ein.“

Weitere Impulse folgen auf S. 114:

„6.5 Wohnungspolitik im Mehrebenensystem: die föderale Pyramide

- Der Wohnungsbau in kommunaler Trägerschaft hat dabei besondere Bedeutung, denn damit kann die Kommune unmittelbar für die Wohnversorgung und die sozialräumliche Gliederung Sorge tragen.
- Sie kann aber auch im Rahmen eines Quartiersmanagements unmittelbar vor Ort integrative Prozesse moderieren und steuern sowie versuchen, erkennbar desintegrative Tendenzen einzuschränken.
- Darüber hinaus kann sie über ihre schulbezogene Trägerschaft die Qualität von Schulen beeinflussen und damit Signale an umzugsbereite Familien senden.

- Und schließlich können Kommunen über ihre Investitionen in den öffentlichen Raum, in die Infrastruktur und den öffentlichen Personennahverkehr standörtliche Qualität erzeugen und erhalten.
- Dies erfordert auch etablierte Gesprächs- und Dialogforen der Kommunen mit privaten Investoren, um etwa im Rahmen städtischer Entwicklungs- und Aufwertungsprozesse frühzeitig die Interessen der unterschiedlichen Gruppen berücksichtigen und austarieren zu können.“

Ist-Situation:

Die Stadt Böblingen hat in ihrer Bestandsaufnahme „Zur Situation der Integration in Böblingen 2010“ im Kapitel 5 die „Bevölkerungssituation Böblingen“ detailliert dargestellt. Zur Weiterentwicklung einzelner Stadtteile werden in den Stadtteilarbeitskreisen die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger beteiligt.

Die Stadt Sindelfingen beschreibt beispielsweise in ihrem „Sozialbericht Sindelfingen 2010 – 1. Teil“ die Bevölkerungsstruktur.

Beispielhafte Angebote:

Stadt Böblingen	Stadtteilarbeitskreise
Stadt Sindelfingen	Stadtteilrunden
Stadtjugendring Sindelfingen u. a.	Soziale Quartiersarbeit (Eichholz, Viehweide)

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Die konkrete Wohn- und Versorgungssituation der Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung ist ermittelt.

Maßnahme 1a: Erhebung in den einzelnen Kommunen einschließlich qualitativer Aspekte, z. B. Hintergründe zur schlechteren Wohn- und Versorgungssituation.

Maßnahme 1b: In Wohnquartieren mit schlechteren Wohnverhältnissen werden die Bewohner über z. B. Ansprüche und Wünsche befragt (Kommunikationsplätze, Interkulturelle Gärten u. ä.).

Ziel 2: Wohnquartiere werden sozialraumorientiert geplant und aufgebaut.

Maßnahme 2a: Ein „Runder Tisch“ wird als Informations- und Austauschplattform eingerichtet, an dem die kommunalen Fachverantwortlichen, die örtlichen Wohnbaugesellschaften, die Freien Träger, ggf. private Investoren und andere relevante Akteure teilnehmen.

- Maßnahme 2b:** Bei der Entwicklung von Wohnquartieren werden neben dem Thema Migration auch andere Themen berücksichtigt, wie Barrierefreiheit, Inklusion, Familien- und Kinderfreundlichkeit etc. Die entsprechenden Abteilungen innerhalb der Verwaltungen werden beteiligt.
- Maßnahme 2c:** Die Verantwortlichen für die Planung beteiligen die Betroffenen oder deren Vertretungen, z. B. Migrantenorganisationen, systematisch im Planungsprozess.
- Maßnahme 2d:** Erforderliche Umzüge zur Verbesserung von Wohnverhältnissen erfordern ein langfristiges Anbahnungsmanagement. Dazu benennen die verantwortlichen Organisationseinheiten Ansprechpartner.
- Maßnahme 2e:** Informationen zu Fördermöglichkeiten und Finanzierungshilfen werden durch die zuständigen Ämter besser bekannt gemacht (in Vereinen, Moscheen etc.). Zugangsbarrieren werden gemindert, z. B. steht Infomaterial mehrsprachig zur Verfügung.
- Maßnahme 2f:** Verlagerung von der Komm-Struktur zur aufsuchenden Arbeit/mobilen Arbeit und auch Geh-Struktur (individuelle Bedarfe, Hausbesuche; Bsp. Demenzkampagne).
- Maßnahme 2g:** Wohnortnahe dezentralisierte Angebote sozialer Dienste und Einrichtungen werden geschaffen.
-

Wohnen im Alter

Ausgangsthese:

Die erste Generation der „Gastarbeiter“ befindet sich bereits im Rentenalter oder kurz davor. Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft müssen für den Personenkreis der Migranten neue Konzepte entwickelt bzw. vorhandene ausgebaut werden.

Ist-Situation:

Barrierefreie Wohnungen werden von Menschen mit Migrationshintergrund kaum bezogen. Finanzielle Hintergründe sind eine beispielhafte Ursache.

Stationäre Angebote der Altenhilfe werden von Menschen mit Migrationshintergrund ebenfalls wenig angenommen. Nach der aktuellen Befragung der Altenpflegeheime vom April 2013 sind bei insgesamt rund 2.700 Pflegeheimplätzen lediglich 265 (knapp 10 %) durch Personen belegt, bei denen ein Migrationshintergrund bekannt ist. Die geringe Zahl der Bewohner mit Migrationshintergrund in den Pflegeheimen ist aber nicht verwunderlich, da diese Personen vor allem in den großen Kreisstädten leben und im Falle einer Pflegebedürftigkeit meist noch in der Familie versorgt werden. Allerdings verändert sich dieses Bild, denn Erfahrungen zeigen: je länger die Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben, desto mehr gleichen die familiären Konstellationen denen der deutschen Bevölkerung. Die erhoffte Vorstellung der familiären Versorgung und Pflege wird durch die zukünftigen Lebensbedingungen und Lebensentwürfe der Kinder und Enkel in diesem Umfang nicht mehr stattfinden können. Das Thema Versorgung und Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund rückt somit immer mehr in den Fokus der Altenhilfe.

Beispielhafte Angebote:

Altenhilfefachberatung des Landkreises	Es werden Vorträge und Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Multiplikatoren organisiert.
DRK Wohnberatung	Beratung zum Thema Wohnanpassung für ältere und behinderte Menschen.
Kreissenorenrat	Aktuelle Themen im Zusammenhang mit Senioren werden aufgegriffen.
Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe	Kultursensible Pflege ist Inhalt der Ausbildung.
Sozialministerium i. V. m. Türkischer Gemeinde BW	Ausbildungshilfe für Frauen mit ausländischen Wurzeln als kultursensible Altenpflegerin.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

- Ziel 1:** Die konkrete Wohn- und Versorgungssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund ist ermittelt.
- Maßnahme 1:** Erhebung in den einzelnen Kommunen durch die jeweiligen Kommunen (s. Kapitel Wohnen – Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen, Ziel 1).
-
- Ziel 2:** Altersgerechte Wohnquartiere werden unter Berücksichtigung des Verbleibs in der eigenen Häuslichkeit und der außerhäuslichen Aktivitäten geplant und aufgebaut (s. Kapitel Wohnen – Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen, Ziel 2).
- Maßnahme 2:** Es werden entsprechende Angebote eingerichtet, damit alternden Menschen zum Erhalt der eigenen Häuslichkeit spezifische Informationen zu Wohnraumanpassung, Wohnumfeld, Infrastruktur etc. wohnortnahe Hilfen vermittelt werden können.
-
- Ziel 3:** Die Träger der Altenhilfe öffnen sich weiterhin und flächendeckend interkulturell und interreligiös durch interkulturelle Besetzung.
- Maßnahme 3a:** Mitarbeiter/innen der Pflegeeinrichtungen und -dienste werden regelmäßig weitergebildet in Bezug auf die unterschiedlichen Ethnien und deren Auswirkungen auf den beruflichen Kontext.
- Maßnahme 3b:** Es werden multikulturelle Teams gebildet.
-
- Ziel 4:** Innovative Wohnformen für ältere Migrantinnen und Migranten sind von der Altenhilfefachberatung in Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und Anbietern der ambulanten und stationären Altenhilfe und Altenpflege entwickelt, ggf. mit Fördermitteln umgesetzt und erprobt.
- Maßnahme 4a:** Die beteiligten Akteure prüfen den Bedarf an neuen Wohnformen.
- Maßnahme 4b:** Die beteiligten Akteure machen sich vor Ort in ausgewählten Ländern ein Bild von den dort praktizierten Wohnformen.
- Maßnahme 4c:** Die Beteiligten entwickeln, unter Einbeziehung vorhandener Best-Practice-Beispiele, innovative Konzepte für neue gemeinschaftliche Wohnformen wie z. B. Mehrgenerationenhäuser/Mietwohnzentrale (ähnlich Studentenwohnraumsuche), Wohnraum-Tauschbörse.
-
- Ziel 5:** Wohnberatung zur altersgerechten Gestaltung von Wohnraum wird unter Berücksichtigung des kulturellen und ethnischen Hintergrunds angeboten.
- Maßnahme 5a:** Der Kontakt zu bestehenden Migrantenselbstorganisationen und Multiplikatoren wird verstärkt, um den Zugang zu erleichtern.

Maßnahme 5b: Informationsmaterial steht mehrsprachig zur Verfügung; Muttersprachliche Medien werden dabei als Mittler und Multiplikatoren für die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen.

Maßnahme 5c: Handlungskompetenzen der Wohnberatung für die multikulturelle Zusammenarbeit werden geschult und weiterentwickelt.

Ziel 6: Informationsmaterial steht mehrsprachig zur Verfügung.

Maßnahme 6a: Materialien, die mehrsprachig zur Verfügung stehen sollten, werden ausgewählt, die Übersetzung beauftragt, das Produkt herausgegeben und den Zielgruppen zur Verfügung gestellt.

Maßnahme 6b: Es wird ein Verteiler konzipiert, damit Informationen bekannt werden.

Maßnahme 6c: Muttersprachliche Medien werden für die Öffentlichkeitsarbeit mit einbezogen.



Sprache

„Vielsprachigkeit als Ressource“

Erwerb der deutschen Sprache

Ausgangsthese:

Die deutsche Sprache zu erlernen, ist der wichtigste Schlüssel zur Integration. Je besser die Sprachkenntnisse bei den zugewanderten Personen sind, umso umfassender sind ihre Möglichkeiten zu kommunizieren. Sprachkenntnisse gelten daher als der bedeutendste Faktor, um zu erkennen, ob die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund tatsächlich erfolgreich ist.

Ist-Situation:

Um es Zuwanderern zu ermöglichen, die deutsche Sprache zu erwerben und damit einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Integration zu gehen, werden Integrations- und Sprachkurse angeboten. Im Jahr 2005 hat der Gesetzgeber die Integrationskurse im Zuwanderungsgesetz als Maßnahme verankert. Wie, für wen, in welchem Umfang etc. die Kurse durchzuführen sind, ist in der *Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler* (Integrationskursverordnung – IntV) festgelegt.

Bildungseinrichtungen wie Sprachschulen müssen als sogenannte Kursträger vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zugelassen werden. Zu den Kursträgern in der Region gehören beispielsweise die Volkshochschulen, der Caritasverband und die DAA Stuttgart GmbH sowie verschiedene weitere Unternehmen und Vereine.

Ziel ist es, die Beteiligungsquote nachhaltig zu steigern. Im Jahr 2010 lag der Bundesdurchschnitt zur Beteiligung an den Kursen bei 76,5 %.

Zitat: „Warum ca. 20 % Migranten nicht an den Integrationskursen teilnehmen, lässt sich nicht genau feststellen. Der Caritasverband berichtet, dass fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, große Entfernungen zu den Integrationskursorten und die Termine der Angebote, besonders bei beschäftigten Zuwanderern, mögliche Gründe für eine Nichtteilnahme an Integrationskursen sein könnten. Um die Teilnahmezahlen zu erhöhen, sollten die genannten Hindernisse beseitigt werden.“ (Quelle: Internet MiGAZIN Migration in Germany)

Im Landkreis Böblingen beläuft sich die Teilnahmequote an den Integrationskursen für Menschen mit Migrationshintergrund auf beinahe 100 %. Es kommt lediglich zu Verschiebungen des Teilnahmezeitpunkts durch beispielsweise Schwangerschaft. Das Angebot der Sprachkurse ist sehr umfangreich und wird Menschen mit Migrationshintergrund bei ihren ersten Anlaufstellen in der neuen Heimat präsentiert. Zu den bereits erwähnten Problemsituationen wurden bereits Maßnahmen ergriffen. Die Volkshochschule Böblingen startete 2007 ein fünfjähriges Projekt, um eine Kinderbetreuung zeitgleich zu den Integrationskursen anzubieten. Trotz guter Resultate wurden die hierzu nötigen Förderungen gestrichen.

Beispielhafte Angebote:

Volkshochschulen im Landkreis	VHS-Angebote
www.ich-will-lernen.de	Online-Sprachkurs und Suchfunktion für Sprachkurse in der Nähe
AWO	Adim Adim
Bondorf	Basis-Sprachkurs der Gemeinde in Kooperation mit der VHS
Caritas	Sprachkurse und Sprachcafés für Frauen
NIKA	Sprachpartnerinnen
BAMF	Register für Integrations- und Sprachkurse in der Umgebung

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Das qualitativ hochwertige Angebot der sprachlichen Bildung für Zugewanderte wurde allen Betroffenen präsentiert.

Maßnahme 1a: Zur Präsentation des bestehenden Angebots werden Lotsen oder andere Förderinstrumente gestellt.

Maßnahme 1b: Bildungsfernen Menschen mit Migrationshintergrund werden gezielt die bestehenden Angebote und die Vorteile durch die Sprachförderung präsentiert z. B. durch spezielles Marketing.

Ziel 2: Ausfälle an den Sprachkursen sind reduziert.

Maßnahme 2a: Zeitlich unabhängige Angebote wie z. B. Internetportale werden präsentiert, um erwerbstätigen Menschen und Menschen mit Hemmungen eine weitere Möglichkeit des Spracherwerbs anzubieten.

Maßnahme 2b: Durch Kooperationen mit nahegelegenen Kindertagesstätten eröffnen sich neue Teilnahmemöglichkeiten für Mütter.

Ziel 3: Sprachförderung wird als trägerübergreifende Querschnittsaufgabe wahrgenommen.

Maßnahme 3a: Kooperationen zwischen den Kursträgern mit Angeboten zur Sprachförderung von Erwachsenen und Trägern von KiTas und Schulen mit dem Bildungsauftrag zur Sprachbildung, Sprachbegleitung und Sprachförderung werden gestärkt.

Maßnahme 3b: Mehrsprachige und kultursensible Fachkräfte werden angeworben, geschult und ggf. gefördert. Diese werden dann u. a. in KiTas eingesetzt, um auch dort Sprachförderung zu leisten.

Sprachbarrieren überwinden

Ausgangsthese:

Sprache hat im Prozess der individuellen wie der gesellschaftlichen Integration eine herausgehobene Bedeutung, da sie mehrere Funktionen erfüllt. Sie ist sowohl Medium der alltäglichen Kommunikation als auch eine Ressource, insbesondere bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Zudem können Sprachen und Sprachakzente als Symbole von Zusammengehörigkeit oder auch Fremdheit wirken und zu Abgrenzungen oder Diskriminierungen führen.

Für eine gelingende Integration ist es unerlässlich, die deutsche Sprache zu erlernen. Verstehen und verstanden werden bedeutet für Menschen mit Migrationshintergrund, besonders in Problemsituationen, das gesamte Spektrum der Hilfestellungen in der Gesellschaft aufsuchen und wahrnehmen zu können. Aber auch im Alltag führen sprachliche Barrieren zu Missverständnissen und können Hemmungen erzeugen. Diese Hemmungen sind maßgeblich für eine verzögerte oder nicht gelingende Integration.

Ist-Situation:

Migrantinnen und Migranten ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen und wenigen oder keinen sozialen Kontakten zur deutschen Bevölkerung erhalten in den verschiedensten Situationen nicht die optimale Unterstützung.

Beispielsweise können schwangere Frauen oder Mütter mit kleinen Kindern schnell überfordert sein, wenn sie nicht den richtigen Zugang zum Gesundheitssystem finden. Auch zu Fragen der Pflege oder Erziehung von Kleinkindern fehlt ihnen häufig die Vorstellung, welche Möglichkeiten das deutsche System anbietet, um finanzielle oder pädagogische Unterstützung zu erhalten.

Bei älteren Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere bei Frauen, die nicht im Berufsleben standen oder früh ausgeschieden sind, bilden mangelnde Deutschkenntnisse gravierende Barrieren. Die erlernten Deutschkenntnisse verschlechtern sich im Ruhestand, wenn zu wenige Kontakte zu Deutschen bestehen. Bereits erworbene Kenntnisse werden wieder vergessen. Dadurch entstehen starke Rückzugstendenzen zur eigenen, ethnischen Bezugsgruppe. Bei alten Menschen kann es dadurch zu Vereinsamung kommen.

Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung benötigen zur Überwindung der Sprachbarrieren Informationsmaterial in einfacher Sprache. Die „1a Zugang Beratungsgesellschaft mbH“, ein Unternehmen der Stiftung Zenit und Partner der GWW, zielt auf die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung. Zudem entwirft 1a Zugang gemeinsam mit den Kunden bedarfsgerechte Strategien zur Qualifizierung des Personals und zur Integration von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In diesem Bereich ein beispielhaftes Projekt.

Beispielhafte Angebote:

Ehrenamtliche Dolmetscher, Kulturdolmetscher	Nach der Richtlinie des Landkreises erhalten diese eine Aufwandsentschädigung für Übersetzungsdienste bei unterstützenden Behördengängen ins Landratsamt, Dezernat Jugend und Bildung.
Bondorf	Formularhilfe für Menschen aller Nationalitäten, kostenloses Angebot, Unterstützung beim Verstehen und Ausfüllen von Formularen und Erledigen von Schriftverkehr durch Ehrenamtliche verschiedener Nationalitäten.
Caritas Sindelfingen	Sprachmittlerinnen: ein ehrenamtlicher Dolmetscher-Pool wird vorgehalten.
Angebote zur Beratung in der Muttersprache	Listen (momentan federführend bei der Psychologischen Beratungsstelle).
Beratungsdienste im Bereich Jugend und Soziales	Beratung mit Dolmetscherdiensten möglich (s. o.).
Patenschaften	z. B. bietet die Migrationsberatung des Caritasverbands als ehrenamtliches Projekt Sprachpatenschaften an.
Gemeinnützige Wohnstätten und Werkstätten GmbH	Schulungen bezüglich interkultureller Sensibilität.
Druckmedien	<ul style="list-style-type: none"> • Hebammenfaltblatt des Gesundheitsamtes, Sprachkenntnisse werden mit aufgenommen • Krisentelefon, auch in türkischer Sprache • Besuchsdienste für Muslime • Bildung und Teilhabe • Notizen zum Landkreis

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Informationsmaterial steht mehrsprachig zur Verfügung.

Maßnahme 1a: Auswahl von Materialien, die mehrsprachig zur Verfügung stehen sollten.

Maßnahme 1b: Gewinnung eines Übersetzungsdienstes.

Maßnahme 1c: Bestehende Listen mit Angeboten in Muttersprachen sind allgemein zugänglich (Listen der Psychologischen Beratungsstelle).

Maßnahme 1d: Bestehende Listen mit Angeboten in Muttersprachen werden interaktiv aktuell gehalten und erweitert (momentan Psychologische Beratungsstelle).

Ziel 2: Bildung eines ehrenamtlichen Dolmetscher-Pools für möglichst viele Sprachen.

Maßnahme 2a: Erarbeitung eines Konzeptes für einen Dolmetscher Pool.

Maßnahme 2b: Werbung zur Gewinnung ehrenamtlicher Dolmetscher/innen.

Maßnahme 2c: Bekanntmachen des Angebotes.

Maßnahme 2d: Einrichtung einer Vermittlungsplattform.

Ziel 3: Das Angebot ehrenamtlicher Kulturdolmetscher/innen und Sprachmittler/innen ist bekannt.

Maßnahme 3a: Bekanntmachung durch Pressearbeit.

Maßnahme 3b: Ausbau des Schulungsangebotes für Kulturdolmetscher/innen und Sprachmittler/innen.

Maßnahme 3c: Alle Anlaufstellen für Senioren (iav-Stellen, Pflegestützpunkt, Krisentelefon etc.) werden regelmäßig über den Stand des Dolmetscherpools informiert.

Ziel 4: Die Behörden, sowohl im Landratsamt als auch in den Gemeindeverwaltungen, greifen intern auf Sprachkenntnisse zurück bzw. leisten Amtshilfe, so dass bei Bedarf unmittelbar und mindestens zeitnah Sprachunterstützung angeboten werden kann.

Maßnahme 4a: Die Behörden erarbeiten jeweils für sich ein Konzept, wie vorhandene Sprachkenntnisse innerhalb der Beschäftigten genutzt werden können.

Maßnahme 4b: Ein behördenübergreifendes Konzept für Amtshilfen zwischen den Behörden wird vom Landratsamt erstellt.

Ziel 5: Die Behörden, sowohl im Landratsamt als auch in den Gemeindeverwaltungen, sind bezüglich interkultureller Sensibilität geschult.

Maßnahme 5: Ein Anbieter für Schulungen (z. B. Sozialtherapeutischer Verein Holzgerlingen oder Caritas) erarbeitet ein Schulungskonzept und bietet den Behörden eine entsprechende Schulung an. Die Behörden stellen entsprechende Fortbildungsbudgets zur Verfügung.

Ziel 6: Kreisweiter Ausbau der ehrenamtlichen Besuchsdienste von derzeit 11 aktiven Besuchsdienstgruppen für alte Menschen, die in 19 Kommunen aktiv sind, auf ein flächendeckendes Angebot in allen 26 Kommunen im Landkreis.

Maßnahme 6a: Bekanntmachung des Angebotes ehrenamtlicher Besuchsdienste durch Pressearbeit.

Maßnahme 6b: Beratung und Begleitung der ehrenamtlichen Besuchsdienste durch die Altenhilfefachberatung des Landratsamtes.

Bildung und Arbeit

„sapere aude – Wage zu denken!“⁹

⁹Quelle Internet Wikipedia: „Wage zu denken!“ – Das Zitat stammt aus den Briefen des Dichters Horaz und lautet dort: „Dimidium facti qui coepit habet: sapere aude.“ – „Wer begonnen hat, hat schon zur Hälfte gehandelt. Wage zu denken!“ Bekannt wurde dieses Zitat durch die Übersetzung von Immanuel Kant in seinem Essay Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung von 1784 als Leitgedanke der Aufklärung. Dort heißt es: „Habe den Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Bildung für Chancengleichheit

Ausgangsthese:

Bildung hat einen erheblichen Einfluss auf das Leben in der Gemeinschaft. Sie kann einer Benachteiligung aufgrund sozialer Herkunft, des Geschlechts oder nationaler und ethnischer Zugehörigkeit entgegen wirken. Sie fördert die soziale Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (s. Bildungsbericht „Bildung im Landkreis Böblingen 2012“ S. 8). „Erfolgreiche Etablierung in der Aufnahmegesellschaft ist wesentlich bildungsabhängig.“ (Wippermann/Flaig: Lebenswelten von Migranten und Migrantinnen, 2009 Sinusstudie)

Ist-Situation:

Im Oktober 2012 ist ein erster Bildungsbericht im Landkreis veröffentlicht worden. Er durchleuchtet die Bildungslandschaft, deckt Handlungsfelder auf und stellt differenzierte Handlungsempfehlungen heraus. Eine Besonderheit des Berichtes ist eine Datenauswertung zum Zuwanderungshintergrund.

„Ungeachtet eines höheren Anteils an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Landkreis Böblingen als im Landesdurchschnitt weisen die Analysen im Bericht gleichwohl kaum auf ausgeprägte Benachteiligungen dieser Kinder und Jugendlichen hin, sieht man von Einzelaspekten ab... Gleichwohl tragen offenbar vielfältige Aktivitäten im Kreis, zur besseren Integration von Schülern mit Migrationshintergrund und zu einer insgesamt positiven Entwicklung bei. Die wichtigste Handlungsempfehlung besteht für diese Gruppe also darin, diese Aktivitäten und Maßnahmen über die gesamte Lebensspanne der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verstärkt fortzusetzen.“ (Bildungsbericht S. 27 – 28)

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Die Handlungsempfehlungen des Bildungsberichtes aufnehmend wurde in einer Zukunftswerkstatt im Februar und Mai 2013 mit vielen schulischen und außerschulischen Akteuren ein Handlungskonzept Bildung erarbeitet mit konkreten Projekten und Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungsbereich. In seiner Sitzung am 23.09.2013 hat der Bildungs- und Sozialausschuss des Kreistages die ersten sechs priorisierten Maßnahmen beschlossen – darunter auch die Fortführung des Projekts „Mit MigrantInnen für MigrantInnen – Bildungsbeauftragte im Landkreis Böblingen“. Über die Umsetzung des Handlungskonzeptes im Rahmen des Landesprogramms Bildungsregion ist kreispolitisch noch zu entscheiden.

Bildung im frühkindlichen und schulischen Bereich

Ausgangsthese:

Frühe Sprachförderung stellt die entscheidenden Weichen für den Bildungsverlauf. Eine erfolgreiche Schulbiografie ist ein wesentlicher Faktor für den weiteren Berufsweg. Kinder mit Zuwanderungshintergrund werden beim Zugang zu Bildung benachteiligt.

Schulische Leistungen sind sowohl direkt als auch indirekt an sprachliche Kompetenzen gebunden. Entscheidend sind dabei heute fast ausschließlich Kompetenzen in der Landes- und Unterrichtssprache. (Esser, AKI Forschungsbilanz, 2006)

Bereits in der Grundschule bestehen Unterschiede im Kompetenzniveau zwischen Schülern mit und Schülern ohne Migrationshintergrund. Diese nehmen dann im Laufe des Sekundarbereichs noch einmal deutlich zu. Eine besondere Rolle bei der Erklärung der Unterschiede spielen der soziale Hintergrund der Schüler sowie das Ausmaß des Gebrauchs der deutschen Sprache in den Familien. Schüler, die zu Hause nicht die Unterrichtssprache sprechen, schneiden in der PISA-Studie deutlich schlechter ab als diejenigen, die zu Hause die Unterrichtssprache sprechen.

Eltern haben oft keine Möglichkeit, ihre Kinder bei Hausaufgaben und Schularbeiten zu unterstützen.

Ist-Situation:

Im ersten Bildungsbericht des Landkreises vom Oktober 2012 ergeben sich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund (MH) folgende Befunde:

Zum einen wurde eine Auswertung nach den Melderegistern vorgenommen. Danach liegt der Anteil der Kinder mit Zuwanderungshintergrund (Ausländer, Eingebürgerte, Aussiedler) bei den unter 3-Jährigen bei 48,6 % und bei den 3- bis unter 6-Jährigen bei 48,8 % (S. 41). Nach einer Befragung der Kindertagesstätten liegt dort der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unter 3 Jahren bei 32 %. Bei den 3 – 7 Jährigen sind es 38 % (S. 77).

Bei den Einschulungsuntersuchungen hat sich bei ausländischen Kindern und auch in der Gruppe der Kinder, die nicht Deutsch oder neben Deutsch eine weitere Familiensprache haben, ein intensiver Förderbedarf ergeben, der erheblich höher liegt als bei deutschen Kindern oder Kindern mit der Familiensprache Deutsch (S. 98). Dies zeigt sich auch nochmal besonders in den Großen Kreisstädten.

Bei den Übergängen auf weiterführende Schulen gehen die ausländischen Schüler (17 %) zu 48 % auf die Hauptschule (deutsche Schüler 16 %), zu 30 % auf die Realschule (dt. 35 %) und zu 22 % aufs Gymnasium (dt. 49 %, S.111).

Hinsichtlich der Schulabgangsquoten zeigt sich dann ein ähnliches Bild: 60 % der ausländischen Schüler machen den Hauptschulabschluss, 35 % einen mittleren Abschluss (S. 142). Der Prozentsatz der ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss hat sich seit Jahren reduziert, liegt aber immer noch bei 14 %.

Beispielhafte Angebote:

Sprachförderung in Kitas	Bildungsbericht S. 80 Tab. B2 – 9.
Sprachförderung und Hausaufgabenbetreuung	Renninger Agenda 21, Schüler der Friedrich-Schiller-Schule in Renningen.
Bildungsforum Landkreis Böblingen: Mit MigrantInnen für MigrantInnen	Schulung von 20 ehrenamtlichen Bildungsbeauftragten im Landkreis, die über ihre Vereine Menschen mit Migrationshintergrund in Fragen um Schule, Ausbildung, Beruf unterstützen können. Bis 30.09.2013 über Drittmittel koordiniert und gefördert.
Verein f. Jugendhilfe e. V.: „Storytelling“ erfolgreicher Migranten in Kooperation mit Integrationsbeauftragten BB/Sifi und Stadtjugendring	25 erfolgreiche MigrantInnen gehen in die Abschlussklassen von 15 Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien in BB/Sifi und berichten über ihren Werdegang.
Verein f. Jugendhilfe e. V.: Migranteltern für Ausbildung	Beratung von Eltern mit Migrationshintergrund zu schulischer und beruflicher Ausbildung, Vermittlung in Ausbildung.
Caritas Region Stuttgart: Azubi statt ungelernt	Beratung von Eltern mit Migrationshintergrund zu beruflicher Ausbildung, Vermittlung in Ausbildung. Bis 31.08.14.
Caritas Sindelfingen und Türkischer Elternbeirat: Elternnetz Sindelfingen	Stärkung von Eltern, damit diese ihre Kinder gut durch die Schule begleiten können; Multiplikatoren-schulung; Interkulturelle Fortbildung für Betreuungskräfte in der Flexiblen Nachmittagsbetreuung und der Ganztagsbetreuung.
Caritas Sindelfingen: Rucksack	Koordinierte Sprachförderung; wöchentliches Angebot für Mütter von Erstklässlern mit Migrationshintergrund. Die Mütter lernen ihre Kinder zuhause besser schulisch zu unterstützen und gemeinsam ihre Deutschkenntnisse zu verbessern.
Caritas Schwarzwald-Gäu: Elterncoaching	Kostenfreie Beratung für Eltern, deren Kinder im Berufswahlprozess sind oder einen Ausbildungsplatz suchen.
Caritas u.a.: Schulpatenprojekt	Begleitung von Schülerinnen und Schülern durch ehrenamtliche Patenschaften.
„Chai“-Beratungsstelle	Ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich Kirchheim Teck insbesondere zur Beratung in Fragen zur schulischen und beruflichen Integration.
Modellprojekt „FörMig“	„Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziele und Maßnahmen sind im Handlungskonzept Bildung beschrieben, unter anderem:

„Damit stellt sich die Frage

a) ob tatsächlich auch die Kinder, die vor allem eine Sprachförderung benötigen, erreicht werden und

b) ob die Angebote und Maßnahmen auch die erwarteten Wirkungen erzielen?

Es empfiehlt sich daher, eine Evaluation der Wirkungen der Angebote und der Sprachförderung insgesamt in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus sollten Möglichkeiten einer regelmäßigen Analyse der Bildungslaufbahnen insbesondere der Kinder mit intensivem Sprachförderbedarf geprüft werden.“ (S. 26)

Ziel 1: Die Deutsche Sprache wird so vermittelt, dass Bildungsangebote genutzt werden können.

Maßnahme 1a: Der Sprachstand im frühkindlichen Bereich wird im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen regelmäßig erfasst und aufbereitet. Dazu werden Standards entwickelt/weiterentwickelt.

Maßnahme 1b: Amt für Jugend und Bildung: jährlicher Bericht zum Thema Kindertagesbetreuung in Landkreis Böblingen in 2014 mit dem Schwerpunktthema sprachliche Bildung in Kindertageseinrichtungen.

Maßnahme 1c: Evaluieren der derzeitigen Sprachförderung u. a. mit den Fragestellungen: Erreichen die Angebote diejenigen, die den Bedarf haben? Erfüllen die Angebote die Ansprüche?

Ziel 2: Auf der Basis der erhobenen Daten wird ggf. ein Konzept entwickelt, um Sprachdefizite vorbeugend zu verhindern.

Maßnahme 2: Familien motivieren, ihre Kinder frühzeitig in die Kindertagesbetreuung zu geben. Die Einbindung der ehrenamtlichen Bildungsbeauftragten und ihrer Vereine scheint dabei erfolgversprechend.

Ziel 3: Die Zusammenarbeit mit den Eltern mit Migrationshintergrund ist verbessert.

Maßnahme 3: Eltern/Mütter in die vorschulischen und schulischen Bildungsangebote einbeziehen (z. B. durch Programme wie „Mama lernt Deutsch“).

Ziel 4: Schüler werden bei Schularbeiten unterstützt.

Maßnahme 4: Angebote wie z. B. Hausaufgabenbetreuung der AWO ausbauen.

Ziel 5: Informationen über das Bildungssystem werden in Familien mit Migrationshintergrund transportiert.

Maßnahme 5: Die Arbeit der ausgebildeten, ehrenamtlichen Bildungsbeauftragten weiterhin fördern und koordinieren. Dazu Bereitstellung der Mittel für Aufwandsentschädigung und Schulungen.

Berufliche Bildung

Ausgangsthese:

Berufliche Bildung umfasst zum einen den Übergang von der Schule/Ausbildung ins Berufsleben, zum anderen aber auch die Weiterbildung und Qualifizierung im Berufsleben. Der Bildungsbericht behandelt nur den Übergang Schule-Beruf.

Berufliche Schulen leisten einen bedeutenden Beitrag zur Durchlässigkeit des Bildungssystems. Sie eröffnen den jungen Menschen die Möglichkeit, einen Bildungsabschluss zu erlangen und damit Wege in das Berufsleben zu finden.

Ist-Situation:

Aus dem Bildungsbericht: „Die beruflichen Schulen im Landkreis leisten eine erfolgreiche Arbeit und tragen damit wesentlich zur Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt und damit auch in die Gesellschaft insgesamt bei... Als Problem kann der relativ hohe Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Berufsvorbereitung betrachtet werden. Dieser liegt bei fast 80 % und ist damit doppelt so hoch wie der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den beruflichen Gymnasien...“ (s. auch S. 159). „...Die betroffenen Jugendlichen sollten sehr viel früher eine Förderung erfahren, und zwar im frühkindlichen Bereich und im Schulalter, da Lernrückstände zu einem späteren Zeitpunkt sehr viel schwerer zu korrigieren sind...“ (S. 25).

„Im Hinblick auf die Aufnahme von am Ausbildungsmarkt benachteiligten Gruppen, kann der Landkreis Böblingen auf eine relativ erfolgreiche Integration ausländischer Jugendlicher und von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss verweisen. Mit einem Anteil von 13,2 % an den Neuzugängen in eine betriebliche Ausbildung im Jahr 2010 sind Jugendliche ausländischer Herkunft fast proportional zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten. Eine so positive Bilanz kann für das Land Baden-Württemberg nicht gezogen werden. ...Gleichwohl bedarf es weiterer Anstrengungen um Jugendlichen, die maximal einen Hauptschulabschluss aufweisen und/oder zugewandert sind, eine berufliche Zukunftsperspektive zu eröffnen, denn diese Gruppen müssen noch immer erhebliche und zeitraubende Umwege in die Ausbildung auf sich nehmen.“ (S. 21)

Der Anteil der Jugendlichen in dualer Ausbildung ist im Landkreis mit 13 % deutlich höher als in Baden-Württemberg mit 8 %. (S. 171/172)

Beispielhafte Angebote:

Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung der Agentur für Arbeit Böblingen	Durch Beratung, Information und Vermittlung in Ausbildung werden junge Menschen unter 25 J. (i.d.R. ab der Vorentlassklasse) bis zur Erreichung ihres Berufsziels unterstützt und begleitet (unter Einbindung der Eltern).
Bildungsforum Landkreis Böblingen: Mit MigrantInnen für MigrantInnen	Schulung von 20 ehrenamtlichen Bildungsbeauftragten im Landkreis, die über ihre Vereine Menschen mit Migrationshintergrund in Fragen um Schule, Ausbildung, Beruf unterstützen können. <i>Bis 30.9.2013 koordiniert und gefördert.</i> Übernahme von Schulungsmodulen zu Themen der Berufsorientierung und Berufswahl (schulische und betriebliche Ausbildung, weiterführende Schulen, Studium..) durch Beratungsfachkräfte der Agentur für Arbeit Böblingen.
Verein für Jugendhilfe e. V.: Storytelling BB/Sifi erfolgreicher Migranten	25 erfolgreiche Migranten gehen in die Abschlussklassen von 15 Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien in BB/Sifi und berichten über ihren Werdegang.
Verein für Jugendhilfe e. V.: Migranteneltern für Ausbildung	Beratung von Eltern mit Migrationshintergrund zu beruflicher Ausbildung, Vermittlung in Ausbildung in Kooperation mit der Berufsberatung der Agentur für Arbeit Böblingen.
Caritas Region Stuttgart: Azubi statt ungelernt	Beratung von Eltern mit Migrationshintergrund zu beruflicher Ausbildung, Vermittlung in Ausbildung. Bis 31.08.14.
NIKA – Netzwerk interkulturelle Arbeit	Elternarbeit im Übergang Schule Beruf mit den Netzwerkpartnern.
NIKA – Netzwerk interkulturelle Arbeit mit kaufmännischem Berufsschulzentrum	In Kooperation mit der IHK: Interkulturelle Bildung für Berufsschüler, Austauschprogramme.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Hier wird zusätzlich auf die Maßnahmen im vorigen Punkt verwiesen, da sie zum Teil bereits im schulischen Bereich angesiedelt sind.

Ziel 1: Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in berufsvorbereitenden Maßnahmen ist gesunken.

Maßnahme 1: Engere Begleitung bis in die Ausbildung hinein z. B. über Paten, ehrenamtliches Engagement, Berufsberater der Agentur für Arbeit, Berufseinstiegsbegleiter an Schulen, individuelle Beratung.

Ziel 2: Mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund qualifizieren sich in sozialen Berufen (z. B. Kindergarten oder Altenpflege, s. auch Kapitel 2.2.2 Wohnen im Alter) und in öffentlichen Verwaltungen (s. auch Kapitel 2.1.1 Interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltungen).

Maßnahme 2a: Der Aktionstag „Soziale Berufe“ hat am 22.6.2013 in der Kongresshalle Böblingen stattgefunden. Eine Fortsetzung dieses oder ähnlicher Projekte sollte angestrebt werden.

Maßnahme 2b: Schülerinnen und Schüler im Landkreis nutzen den jährlichen Girls`-/ Boys` Day Tag bzw. die Schulferienfirmenstage in den Sommerferien zur Information über berufliche Perspektiven in den Bereichen Erziehung, Soziales und Gesundheit.

Ziel 3: Bereits bestehende Projekte (s. o.) werden ausgebaut bzw. verstetigt, um Kontinuität und Erfolge zu sichern.

Maßnahme 3: Einbringung in den Haushalt, Bereitstellung von Mitteln und Personal bzw. neue Fördermöglichkeiten suchen und finden.

Erwachsenenbildung

Ausgangsthese:

Es existiert ein vielfältiges Weiterbildungsangebot für Erwachsene und Heranwachsende. Auch den Menschen mit Migrationshintergrund stehen diese Angebote, zumindest theoretisch, offen.

Die klassischen Angebote der Erwachsenenbildung sind von den Zugangswegen und Methoden her jedoch eher mittelschichtzentriert und erreichen daher etliche Menschen – darunter auch viele mit Zuwanderungshintergrund – nicht. Notwendig sind zusätzliche niedrighschwellige Angebote, die Mut machen, sich an das offizielle Bildungssystem für Erwachsene heranzuwagen. Mitunter sind auch Bildungsangebote in den Herkunftssprachen erforderlich, um für bestimmte Bevölkerungsgruppen Teilhabemöglichkeiten zu schaffen.

Insbesondere Eltern in besonderen Lebenslagen brauchen leicht zugängliche Angebote, die an ihre Bildungserfahrungen anknüpfen. Hier wird bei Befragungen stets ein hoher Bedarf signalisiert. Die Angebote aus dem Bereich „Stärke II“ sind Beispiele für niedrighschwellige Zugänge und zeigen erfolversprechende Wirkungen bei Eltern kleiner Kinder. Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund mit älteren Kindern oder ohne Kinder haben Bildungsbedarfe. Oft finden sie sich in der vorgefundenen Angebotsstruktur nicht zurecht oder vermuten, dass ihre Themen nicht abgedeckt sind.

Aufgrund der demografischen Veränderungen ist davon auszugehen, dass für Menschen in der nachberuflichen Phase Angebote entwickelt werden sollten.

Die Förderung von interkultureller Kompetenz als Fähigkeit, mit Menschen mit unterschiedlichen Wahrnehmungshintergründen, Lebenslagen und kulturellen sowie religiösen Ausrichtungen umzugehen, erfordert zusätzliche Formen der Erwachsenenbildung. Dies gilt auch für die Bevölkerung deutscher Herkunft, die sich durch die multikulturelle gesellschaftliche Entwicklung zuweilen unsicher fühlt.

Innerhalb der ehrenamtlichen Strukturen, wie z. B. den Projekten „Sprachpartnerin“ oder „welcome“, wird offenbar, dass interkulturelle Zusatzqualifikationen ein Schwerpunkt in der Ausbildung und Begleitung der Ehrenamtlichen sein muss, wenn als Zielgruppe die ganze Breite der Bevölkerung angesprochen werden soll. Gerade auch deutschstämmige Aktive profitieren von solchen Fortbildungen und können damit Multiplikatoren für ein interkulturelles Zusammenwachsen werden.

Auf dem Weg zu einer Gesellschaft, in der Sprachkompetenzen einen hohen Stellenwert besitzen, ist es gerade auch für junge Erwachsene wichtig, die Möglichkeit zu haben, anerkannte Bildungsabschlüsse in der Sprache ihrer Eltern zu erreichen.

Ist-Situation:

Im Landkreis gibt es bislang spezifische Angebote für Eltern mit Migrationshintergrund, Mütterkurse, Väterangebote, sowie die Kursmodule Kulturvermittler und interkulturelle Erziehungsmentorin von NIKA oder den Sprachmittlerkurs der Caritas. Elterncoachingangebote können in diesem Kontext, weitgefasst, auch als Bildungsangebote angesehen werden.

Weiterhin gibt es Angebote für MigrantInnenvereine oder ehrenamtlich aktive MigrantInnen, sich in ihrem Ehrenamt zu professionalisieren. Hierzu wurde von NIKA der Kulturvermittlerkurs entwickelt, der bereits einige Male für die Altenhilfe, innerhalb der GWW – Gemeinnützigen Werkstätten und Wohnstätten GmbH und für haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen in der Jugendhilfe durchgeführt wurde. Finanziert werden diese Kurse bislang ausschließlich über Landes- und Bundesfördermittel.

Beispielhafte Angebote:

Haus der Familie BB-Sifi	Angebote in türkischer Sprache.
NIKA – Netzwerk Interkulturelle Arbeit	<ul style="list-style-type: none"> - Kurs „Kulturvermittler“ in 6 ganztägigen Modulen - Kurs interkulturelle Erziehungsmentorin - Stärkekurse für Eltern mit Migrationshintergrund - Elternkurse an Schulen, Erziehungsmentorinnenausbildung - Sprachpartnerinnen
NIKA-Kurse in Herrenberg, Böblingen, Waldenbuch	Elternkurse für interkulturelle Familien.
Kreisjugendring, NIKA	Bildungsangebote für Ehrenamtliche in MigrantInnenvereinen.
VHS	Sprachkurse.
Haus der Familie BB-Sifi / NISA Frauenverein e. V. Sifi	Angebote in türkischer Sprache.
NISA Frauenverein e. V. Sifi	Monatliche Angebote in kulturellen und sozialen Bereichen.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Das Zusammenwachsen von unterschiedlichen Gruppen wird durch gezielte interkulturelle Bildungsangebote für Menschen im Ehrenamt gefördert.

Maßnahme 1: Interkulturelle Sensibilisierungskurse für Ehrenamtliche (auch aus traditionellen Vereinen) ermöglichen die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in den Strukturen bürgerschaftlichen Engagements.

Ziel 2: Kompetenzen der MigrantInnen werden sichtbar u. a. durch die Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppe an gesellschaftlichen Prozessen.

Maßnahme 2: Kulturvermittlerkurse für Ehrenamtliche mit und ohne Migrationshintergrund werden regelmäßig angeboten.

Arbeit

Ausgangsthese:

Ein zentrales Problem der Integration stellt die Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt dar. Dies wird unter anderem dadurch erschwert, dass die Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen international nicht gegeben ist. Schätzungen zufolge sollen bis zum Jahre 2025 in Deutschland 6 Millionen qualifizierte Arbeitnehmer fehlen, wodurch auch der Landkreis Böblingen beeinträchtigt wäre. Auch führen die strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes zu einem sinkenden Bedarf an geringqualifizierten Arbeitnehmern. Die Erwartungen an das Bildungsniveau sind daher grundsätzlich relativ hoch.

Da es sich bei der Anerkennung von Abschlüssen jedoch um eine nationale Angelegenheit handelt, müssen im Landkreis Böblingen andere Maßnahmen ergriffen werden, um einen Beitrag zur Integration von Arbeit suchenden Migrantinnen und Migranten zu leisten.

Ist-Situation:

Die Anzahl der Arbeitslosen im Landkreis Böblingen belief sich 2012 auf durchschnittlich 7.051 Personen. Davon werden in der Statistik des Landesamtes allein 32 % ausländischen Bürgern zugeschrieben. Darüber hinaus sind Menschen mit Migrationshintergrund nicht erfasst. Es ist faktisch belegt, dass z. B. in Sindelfingen 60 % der SGB-II-Bezieher ausländische Wurzeln besitzen. Dies ist ein überproportional hoher Anteil an den Leistungsempfängern.

Es wäre jedoch vorschnell zu behaupten, dass der höhere Anteil der Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund direkt einer nicht gelungenen Integration auf der Ebene der Arbeitsvermittlung zuzuordnen sei. Vielmehr sind die Gründe sehr vielschichtig. Unter anderem sind fehlende Sprachkenntnisse von großer Bedeutung. Kulturelle und religiöse Einstellungen spielen ebenfalls eine Rolle. So sind etwa Frauen ohne Zustimmung der Familie nicht zur Arbeit zu bewegen. Jedoch ist Arbeitsfreiheit auch die Freiheit, nicht zu arbeiten.

Diesen Tatsachen entgegenwirkend stellt die effektive Vernetzung der arbeitsmarktrelevanten Akteure vor Ort einen wichtigen Ansatzpunkt dar. Ein zentrales Thema ist der Übergang von der Ausbildung zum Beruf gerade junger Menschen mit Migrationshintergrund.

Desweiteren ist festzustellen, dass arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell öfter das Risiko der Selbstständigkeit eingehen. Dieser Hang zur Selbstständigkeit ist kulturell geprägt. Dabei starten sie häufig ohne oder nach nur kurzer Vorbereitungsdauer in die Selbstständigkeit, was zu Schwierigkeiten bei der Finanzierung führen kann. Förderungsmaßnahmen sind oft nicht bekannt.

Viele Punkte, die zu Schwierigkeiten in der Arbeitsvermittlung führen, haben keinen arbeits-spezifischen Charakter und sind in den anderen Kapiteln dieses Integrationsplanes bereits aufgeführt, z. B. wenn es um den Erwerb der deutschen Sprache geht. Es bleibt festzuhalten, dass der Landkreis Böblingen zum Thema Arbeit große Erfolge bei der Integration zu verbuchen hat.

Beispielhafte Angebote:

JobCenter Landkreis Böblingen	Zur Förderung wird die gesamte Bandbreite an arbeitsmarktpolitischen Instrumenten herangezogen. Die Förderung erfolgt entsprechend der individuellen Bedarfe: <ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung in Integrationskurse und • niederschwellige Sprachkurseangebote, • Angebote von weiterführenden und berufsbezogenen ESF-BAMF-Kursen. • Sozialpädagogische Begleitung in ausgewählten berufsbildenden Maßnahmen. • Kurs zur Vorbereitung auf die Schulfremdenprüfung zum/zur Erzieher/-in mit vorgelagertem Sprachkurs mit Abschluss C1. • Beratung bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen (Beratung nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz)
BAMF/ BMBF / www.anerkennen-in-Deutschland.de	Beratungsstellen zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse.
Integrationsbeauftragte Böblingen und Sindelfingen	IQ / Informationsveranstaltungen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.
RESQUE Plus	Best-Practice: Hilfe für Flüchtlinge und Bleibeberechtigte zur Qualifikation und Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt u. a. in Leipzig.
Deutsch-Türkisches Wirtschaftszentrum (Mannheim)	Best-Practice für nachhaltige kommunale Förderung lokaler ethnischer Ökonomie.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Impulse sind gesetzt, um Barrieren auf dem Arbeitsmarkt abzubauen.

Maßnahme 1a: Barrieren erkennen und Ziele setzen.

Maßnahme 1b: Öffentlichkeitswirksame Anreize, z. B. Preis ausloben „Integrationsfreundliches Unternehmen“.

Ziel 2: Kommunen als Arbeitgeber sind interkulturell offen.

Maßnahme 2a: Kommunen fungieren als Best-Practice und vermitteln Arbeitsplätze speziell für Menschen mit Migrationshintergrund.

Maßnahme 2b: Eröffnung neuer Arbeitsfelder im Rahmen kommunaler Projekte, z. B. Sprach- und Kulturmittler, Integrationslotsen, Gemeindedolmetscher.

Ziel 3: Die Infrastruktur staatlicher und privater Förderorganisationen ist bekannt.

Maßnahme 3a: Die verfügbaren Angebote transparent machen.

Maßnahme 3b: Allgemeine Informationen über zielgruppenspezifische Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmer/innen mit Migrationshintergrund bereitstellen.

Ziel 4: Interkulturelle Teams bringen Vorteile für die Wirtschaft.

Maßnahme 4a: Sensibilisierung der arbeitsmarktpolitischen Akteure für eine veränderte Nutzung interkultureller Kompetenzen.

Maßnahme 4b: Darstellung von Firmen über ihre konkurrenzfähigen Produkte, die in interkulturellen Teams entwickelt wurden.

Ziel 5: Das Modell „Einander sehen – einander verstehen“ ist arbeitgeberübergreifend bekannt und wird in anderen Institutionen und Unternehmen praktiziert.

Orientiert an den Projektschwerpunkten der GWW – Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH werden folgende Maßnahmen empfohlen:

Maßnahme 5a: Konzipieren und Durchführen einer Schulungsmaßnahme zum „Interkulturellen Öffnungsprozess“ für Führungskräfte, mit folgenden Zielsetzungen:

- Persönliche Wahrnehmung/gezielte Auseinandersetzung mit der Thematik.
- Sensibilisierung, Führungsverantwortung bewusst wahrnehmen.

Maßnahme 5b: Schulungseinheiten zur/m „Kulturvermittler/in“ für Mitarbeitende und Fachpersonal erstellen und konzipieren. Themengebiete sind auszugsweise:

- Interkulturelle Sensibilisierung.
- Kultursensible Wahrnehmung und Kommunikation.
- Interkulturelle Vorurteile.
- ➔ Freiwilligkeit und Motivation der Teilnehmenden sind von großer Bedeutung.
- ➔ Theorie und Praxisbezug müssen in gutem Verhältnis stehen.

Maßnahme 5c: Vernetzung unterschiedlicher Akteure im Spannungsfeld der multikulturellen Integration. Aktives Suchen nach Partnern und Möglichkeiten der Zusammenarbeit unterschiedlicher Organisationen und Kulturen.

Maßnahme 5d: Gezielte Gewinnung von Personal mit Migrationshintergrund.

Maßnahme 5e: Die Zielgruppen der jeweiligen Unternehmen werden erhoben. Daran ausgerichtet wird Informationsmaterial zum Unternehmen mehrsprachig zur Verfügung gestellt.

Abbildung 9: Aufgaben einer/s Kulturvermittlerin/s



Der Kurs zum/r Kulturvermittler/in wurde entwickelt und durchgeführt von NIKA – Netzwerk interkulturelle Arbeit – Sozialtherapeutischer Verein e. V.

→ vgl. „Projekt-Abschlussbericht: „Einander sehen – einander verstehen“ der GWW“.

Wirtschaftsförderung

Ausgangsthese:

Die Wirtschaftsförderung Landkreis Böblingen betrachtet die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger als elementaren Prozess für den Erhalt der außergewöhnlichen Wirtschaftskraft des Landkreises. Schon heute wäre der Erfolg der Unternehmen ohne ausländische Fachkräfte nicht aufrecht zu erhalten. So sind bei manch einem Global Player Mitarbeitende aus über 60 Nationen tätig und ermöglichen Leistungen und Produkte, die weltweit gefragt sind und in unserem Landkreis eine tragende Rolle spielen. Der nicht zu leugnende demografische Knick erfordert zweifelsfrei einen erhöhten Zuzug von Arbeitskräften, eben auch und gerade aus dem Ausland.

Nicht unterschätzt werden sollte, dass nicht nur die Fachkräfte in den High-Tech-Betrieben wichtig sind. Auch das Handwerk braucht seinen Nachwuchs und seine Spezialisten, um die Bedarfe der Wirtschaft und, damit einhergehend, der Gesellschaft zu erfüllen.

Ist-Situation:

In Stuttgart wird am 01.07.2014 das „Welcome Center Region Stuttgart (WCRS)“ eröffnet. Die Region Stuttgart startet damit ein Pilotprojekt, in dem auch für die Wirtschaftsförderung im Landkreis Böblingen eine große Chance gesehen wird.

Ziel des Welcome Centers der Region Stuttgart ist es, internationale Fachkräfte für die Region Stuttgart zu gewinnen. Die Mitarbeitenden unterstützen neu eintreffende Fachkräfte beim Ankommen und bei der Integration. Das Welcome Center wird als zentrale Anlaufstelle eingerichtet, um in der ganzen Region die Willkommens- und Anerkennungskultur bei Unternehmen und in den Kommunen zu stärken.

Das Welcome Center der Region wird mit den kommunalen sowie landkreisbezogenen Ämtern und Servicestellen ebenso kooperieren wie mit den Partnern der regionalen Fachkräfteteallianz, der Wirtschaft und den Hochschulen. Es bündelt die regionalen Angebote zur Integration, etwa die der Kommunen, und macht sie internationalen Fachkräften zugänglich. Auch eine Unterstützung der Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und Ausbau der Willkommenskultur wird im Angebot des WCRS sein.

Primäre Zielgruppe des Welcome Centers sind internationale Fachkräfte, Studierende und deren Familienangehörige sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU). So bietet sich zukünftig die Möglichkeit, der oben genannten Zielgruppe vom „ersten Schritt an“ professionelle Unterstützung zu gewähren. Fachkräfte können somit gewonnen, gebunden und gut integriert werden.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Internationale Fachkräfte beim Ankommen und bei der Integration unterstützen.

Maßnahme 1a: Mit dem Welcome Center Region Stuttgart (WCRS) Kontakt aufnehmen und Interesse bekunden.

Maßnahme 1b: Angebote des WCRS in Bezug auf die Bedarfe im Landkreis Böblingen prüfen und ggf. in Anspruch nehmen.

Maßnahme 1c: Angebote des WCRS im Landkreis Böblingen bekannt machen.



Gesundheit

„Natürlich gesund“

Zugang zum Gesundheitssystem

Ausgangsthese:

Bei Personen mit Migrationshintergrund bestehen erkennbare Versorgungsdefizite bei der Vorsorge, Diagnostik, Therapie, Pflege und Rehabilitation. Dies ist vor allem auf die sprachlichen Barrieren zurück zu führen. Erschwert wird die Situation jedoch auch durch andere institutionelle Erfahrungen und interkulturelle Differenzen.

Die Komplexität des deutschen Gesundheitswesens ist schwer durchschaubar, auch für die einheimische Bevölkerung, und kann nur über Information und Beratung zielführend genutzt werden.

Ist-Situation:

Die Einrichtungen des Pflege- und Gesundheitswesens sind nicht genügend auf diesen Personenkreis als Kunden eingestellt. Ein Teil der Menschen mit Migrationshintergrund besitzt wenig Wissen über die Möglichkeiten der Gesundheitsversorgung. Insbesondere Vorsorgemaßnahmen werden unterdurchschnittlich in Anspruch genommen.

Momentan steht kein Dolmetscher-Pool zur Verfügung, der den Betroffenen bei der Gesundheitsvorsorge behilflich sein könnte. Im Gesundheitsamt des Landkreises Böblingen bieten daher die Mitarbeitenden die nötige Hilfestellung bei Fragebögen etc. an. Das Robert-Koch-Institut stellt bereits viele Informationsmaterialien mehrsprachig zur Verfügung, die über lokale Institutionen verbreitet werden.

Das Gesundheitsamt vermittelt über verschiedene Informationsveranstaltungen, besonders an Schulen, die Möglichkeiten der Gesundheitsversorgung. Auch bei Stadtfesten und anderen Veranstaltungen werden Informationsmaterialien bereit gestellt.

Beispielhafte Angebote:

Beratungsstellen des Landkreises	Drogenberatung, Suchtberatung, psychologische Beratung, Selbsthilfegruppen, Ernährungsberatung, gesundheitliche Beratung.
Gesundheitskonferenz	Unter der Federführung des Gesundheitsamtes können spezifische Themen aufgegriffen werden.
Psychologische Beratungsstelle	Kontaktlisten fremdsprachiger Therapeuten, Ärzte, Rechtsanwälte wurden zusammengestellt.
Lebenshilfe-Vereine	Hilfen für Familien mit behinderten Kindern.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

- Ziel 1:** Betroffene erhalten die benötigte Information.
- Maßnahme 1a:** Vernetzung bestehender Informationsquellen.
- Maßnahme 1b:** Besonders die Strukturen des Gesundheitswesens werden den Betroffenen gezielt vermittelt, um deren Komplexität verständlicher zu machen. Ggf. wird ein mehrsprachlicher Wegweiser erstellt.
- Maßnahme 1c:** Durch gezieltes Marketing werden Menschen mit Migrationshintergrund für die Gesundheitsvor- und -fürsorge sensibilisiert. Dadurch soll die Nachfrage an Informationen gesteigert werden.
- Maßnahme 1d:** Interkulturell sensible Brückenpersonen werden geworben und mit der Aufgabe betraut, den Betroffenen aktiv Informationen zu übermitteln.
-
- Ziel 2:** Vernetzung zum Thema Sprache ist hergestellt.
- Maßnahme 2a:** Verknüpfung zur Liste der Dolmetscher herstellen.
- Maßnahme 2b:** Flyer mit Dolmetschenden für den Patienten/Klienten in verschiedenen Sprachen.
-
- Ziel 3:** Informationsmaterial steht mehrsprachig zur Verfügung.
- Maßnahme 3a:** Akquise eines Übersetzungsdienstes. Auswahl von Materialien, die mehrsprachig zur Verfügung stehen sollten.
- Maßnahme 3b:** Bestehende Listen mit Angeboten in Muttersprache werden allgemein zugänglich gemacht (Listen der Psychologischen Beratungsstelle).
- Maßnahme 3c:** Bestehende Listen mit Angeboten in Muttersprache werden interaktiv aktuell gehalten und erweitert (z. B. die Listen der Psychologischen Beratungsstelle).
-
- Ziel 4:** Bestehende Angebote repräsentieren sich auf lokalen „Plattformen“.
- Maßnahme 4:** Beratungsstellen (Sucht, Psychologie, Soziale Dienste, Lebenshilfen etc.) sind präsent z. B. auf Stadttealfesten.

Gesundheitsvorsorge

Ausgangsthese:

Für ausländische Personen und Personen mit Migrationshintergrund sind besonders niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsvorsorge erforderlich. Der medizinische Standard in Deutschland ist sehr hoch. Die Angebote sind stark ausdifferenziert und schwer durchschaubar. In den einzelnen Kulturkreisen sind die Kenntnisse darüber sehr unterschiedlich.

Ist-Situation:

Das Gesundheitsamt im Landratsamt Böblingen bietet verschiedene kostenlose Untersuchungen und Beratungen an. Druckmedien, insbesondere Flyer wurden in andere Sprachen übersetzt. Ehrenamtliche Dolmetscher erhalten eine Aufwandsentschädigung, wenn sie eine/n Klientin/en zum Gesundheitsamt begleiten.

An vier Schwangerenberatungsstellen im Landkreis (Träger sind neben dem Gesundheitsamt die freien Träger Caritas, Evangelischer Diakonieverband und pro familia) werden Beratungen zu den Themen Familienplanung, Schwangerschaft etc. angeboten. Bei der Caritas zum Beispiel haben ca. 80 % der Beratenen einen Migrationshintergrund.

Beispielhafte Angebote:

Schwangerenberatung im Gesundheitsamt	Beratung mit Dolmetscherdiensten möglich (s. o.).
Schwangerenberatung der freien Träger	Bei der Caritas u. a. auch auf Italienisch.
Hebammen	Hebammenfaltblatt des Gesundheitsamtes: Sprachkenntnisse werden mit aufgenommen.
Sprechstunde für sexuell übertragbare Krankheiten (STD)	In der Prostitution sind überwiegend Frauen anderer Nationen tätig. Sie werden im Gesundheitsamt regelmäßig untersucht und beraten. In der STD-Sprechstunde wird auch in englischer und französischer Sprache beraten. Übersetzungsangebote gibt es für spanisch, rumänisch und russisch.
Kreissenorenrat	Vorsorgemappe des Kreissenorenrates.
Beratungsangebote für alle Aspekte der Gesundheitsvorsorge	Sucht-, Drogenberatung, Psychologische Beratung, Selbsthilfegruppen, Ernährungsberatung...
Aufsuchende Sozialarbeit	Nach vorheriger telefonischer Kontaktaufnahme mit den jeweils zuständigen Sozialen Diensten.

Frühe Hilfen	Verschiedene Angebote für Eltern zur Unterstützung bei der Wahrnehmung von Erziehungsrecht und Erziehungsverantwortung im Hinblick auf die Entwicklung von Kindern in den ersten Lebensjahren.
Wellcome	Angebot für Familien, die in der ersten Zeit nach der Geburt eines Kindes Unterstützung wünschen oder unter besonderen Belastungen leiden (z. B. Mehrlingsgeburt, allein erziehend).

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Informationsmaterial steht mehrsprachig zur Verfügung.

Maßnahme 1: Auswählen von Materialien, die mehrsprachig zur Verfügung stehen sollten, übersetzen und bereit stellen.

Ziel 2: Die Situation für werdende Mütter und Väter wurde verbessert.

Maßnahme 2: Bekanntmachen der ehrenamtlichen Dolmetscherdienste.

Ziel 3: Das Fachpersonal ist kultursensibel.

Maßnahme 3a: Mehrsprachiges und kultursensibles Personal wird gezielt gesucht und beschäftigt.

Maßnahme 3b: Das bestehende Personal wird hinsichtlich interkulturell unterschiedlicher Wahrnehmungen des Krankheitsbildes geschult. Ebenso werden die interkulturellen Gepflogenheiten, z. B. die Krankenbesuche, berücksichtigt, um Missverständnissen vorzubeugen.

Maßnahme 3c: Das Fachpersonal wird hinsichtlich der Gendersensibilität geschult.

Ernährung

Ausgangsthese:

Für ausländische Personen und Personen mit Migrationshintergrund sind besonders niedrighschwellige Angebote bei der Ernährungsinformation erforderlich.

Ist-Situation:

Untersuchungen zufolge wird in Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Bildungsstatus und in Migrantengruppen weniger bewusst auf gesunde Ernährung geachtet als bei Familien mit höherem Bildungsstatus.

Häufig liegt die Ursache in tradiertem Essverhalten, unbekanntem Lebensmitteln auf dem deutschen Lebensmittelmarkt und Unkenntnis über die ernährungsphysiologische Bewertung auch von Convenience und Fast Food Produkten.

Abbildung 10: Erhebungen des Robert-Koch-Institutes zur Kinder- und Jugendgesundheit

Abbildung 10.3.3
Anteil an Kindern und Jugendlichen mit günstigem bzw. ungünstigem Ernährungsmusterindex nach Herkunft (Prozent, 95 %-Konfidenzintervalle)

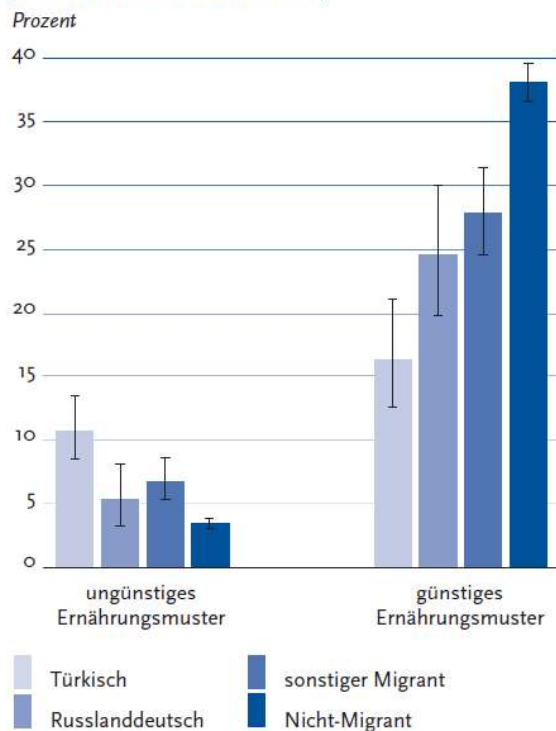
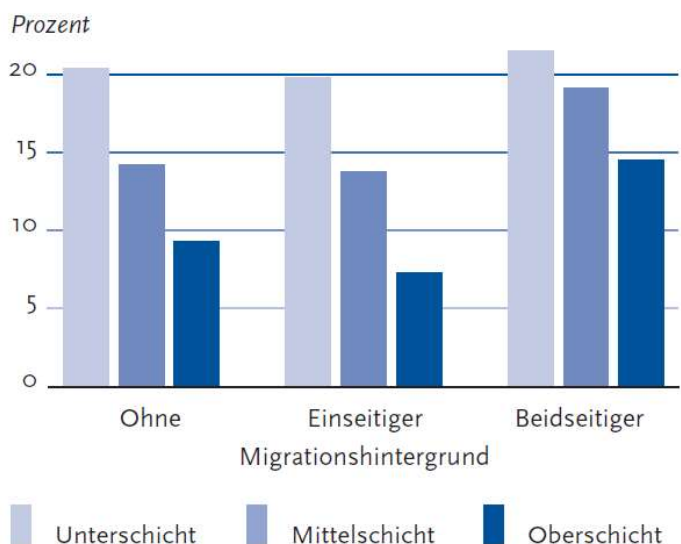


Abbildung 12.3
Übergewichtige nach Sozialstatus und Migrationshintergrund



Quelle: Robert-Koch- Institut: Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS) 2003 – 2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland

Beispielhafte Angebote:

'FORUM Ernährung und Hauswirtschaft' des Amtes für Landwirtschaft und Naturschutz	Landesprogramme BeKi – bewusste Kinderernährung und Blickpunkt Ernährung. Ernährungsinformationen werden schriftlich, teilweise auch in türkischer und russischer Sprache in Form eines Informationsblattes angeboten.
Ernährungsinformation in Bildungseinrichtungen	Durch Elternabende in Kindertagesstätten sowie Unterricht in Grundschulen werden auch die Kinder und Eltern der o. g. Bevölkerungsgruppen erfasst. Ebenso in den Infoveranstaltungen für Eltern von Kleinst- und Kleinkindern, die i. d. R. in Kooperation mit Hebammen, vhs und fbs angeboten werden.

Es bleibt festzuhalten, dass flächendeckend, über den ganzen Landkreis hinweg, Informationsveranstaltungen angeboten werden und Informationsmaterial zur Verfügung gestellt wird.

Sehr zurückhaltend ist die Nachfrage der bestehenden Angebote durch Menschen mit Migrationshintergrund. Auch hierbei spielen sprachliche Barrieren eine zentrale Rolle. Jedoch fehlt oft auch der Anreiz für eine Fortbildung im Ernährungs- und Hauswirtschaftsbereich. Daher gibt es die Überlegung, die Thematik der Ernährungsbildung und Haushaltsführung als Teilaspekt innerhalb der Sprachkurse zu gestalten. Abgesehen von diesen komplexeren Versuchen Menschen mit Migrationshintergrund für die Thematik zu gewinnen, muss ein leichter Zugang stattfinden. Daher formuliert sich das zentrale Ziel im Bereich der Ernährung wie folgt:

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Brückenpersonen bzw. Multiplikatoren aus den o. g. Bevölkerungsgruppen führen Informationsveranstaltungen und Unterricht zu Ernährung und Hauswirtschaft durch.

Maßnahme 1: Gewinnung von Brückenpersonen bzw. Multiplikatoren aus den o. g. Bevölkerungsgruppen. Ideal wäre eine türkischsprachige BeKi-Fachfrau.
Anmerkung: Dies wurde einmal versucht und ist damals gescheitert. Die fachlich qualifizierte Voraussetzung ist hoch angesiedelt.

Pflege

Ausgangsthese:

In der Pflege fehlt es für Menschen mit Migrationshintergrund einerseits an kultursensiblen Fachpersonal. Andererseits sind niedrighschwellige Angebote erforderlich, um der Zielgruppe Informationen rund um die Pflege zukommen zu lassen.

Ist-Situation:

Soziale Dienstleistungen, wie z. B. ambulante und stationäre Hilfs- und Betreuungsangebote, werden bisher wenig angenommen. Dies scheitert häufig an mangelnden Deutschkenntnissen und der geringen Kenntnis über die Angebote der Altenhilfe und des Sozialsystems.

Die ursprüngliche Absicht der jetzt alt gewordenen Migrantengeneration war es überwiegend, sich nur vorübergehend in Deutschland aufzuhalten. Das angedachte Ziel, den Lebensabend im Herkunftsland zu verbringen, wurde oder wird erst im Laufe der Zeit aufgegeben. Altenhilfe und Altenpflege sind vor diesem Hintergrund mit sprachlichen und kulturellen Barrieren konfrontiert.

Für die Versorgung älterer Migrantinnen und Migranten haben die Familien- und Nachbarschaftsbeziehungen eine besondere Bedeutung. Diese sollten daher als wichtige Säule der Altenhilfe angesehen und entsprechend eingebunden werden.

Die Öffnung der Altenhilfe hin zu einer migrantenorientierten Einrichtung ist ein Prozess, der zahlreiche Veränderungen in unterschiedlichen Arbeitsbereichen mit sich bringt, z. B. in der Mitarbeiterzusammensetzung, der Organisationsstruktur, der Kundenbetreuung oder der Öffentlichkeitsarbeit.

Ein bedeutender Schritt für die kultursensible Altenhilfe wurde 2002 durch die Neuregelung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Altenpflege erreicht. Sie sieht vor, ethnienspezifische und interkulturelle Aspekte sowie Glaubens- und Lebensfragen in die Pflegeausbildung zu integrieren.

Innerhalb der Gruppe der älteren Menschen mit Migrationshintergrund ist nicht nur zwischen den Nationalitäten sondern auch zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen zu unterscheiden. Neben den Sprachbarrieren stellt die strenge Glaubenspraxis, insbesondere bei Muslimen, eine Hürde dar, deren Überwindung spezielle Kenntnisse z. B. zu Speisen und deren Zubereitung erfordert.

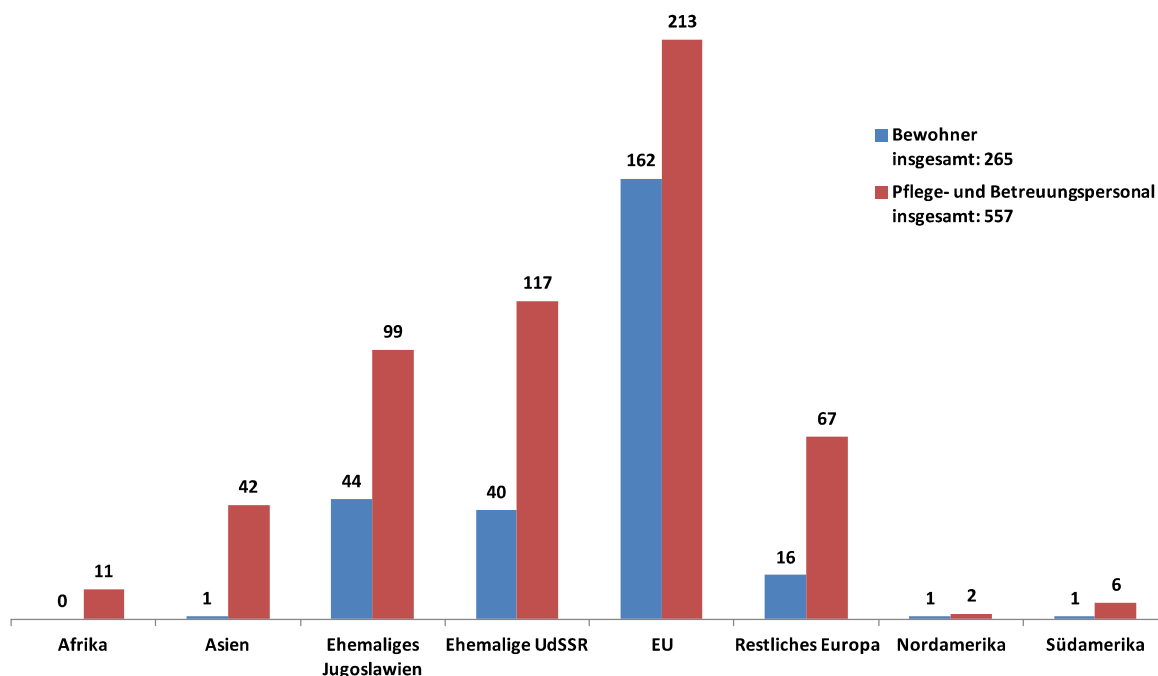
Im Rahmen der Kreispflegplanung wurde im Frühjahr 2013 eine Befragung der Altenpflegeheime durchgeführt. Dabei wurde auch nach der Belegung durch Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund und nach Personal mit Migrationshintergrund gefragt. Das Ergebnis war, dass ca. 10 % der Bewohnerinnen und Bewohner aus anderen Ländern kommen. Davon

kommen 61 % aus Ländern der Europäischen Union, darunter vor allem aus Polen, Rumänien, Ungarn und Tschechien. Viele Bewohner haben Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien (Länder, die vor dem 02.07.2013 der EU beigetreten sind) oder in Russland. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die ihre Herkunft in Europa, aber nicht in Ländern der EU haben, ist mit 16 Bewohnern gering. Die größte Gruppe dabei sind türkisch stämmige Menschen.

Zum beschäftigten Personal zeigte die aktuelle Befragung, dass schon heute in den Pflegeheimen auf eine große Anzahl und kulturelle Vielfalt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurückgegriffen werden kann: Von den 557 Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund kommen 38 % aus Ländern der EU, darunter vor allem aus Polen, Rumänien, Italien und Griechenland. Aus der ehemaligen UdSSR kommen ca. 21 %, aus dem ehemaligen Jugoslawien ca. 18 % des Pflege- und Betreuungspersonals mit Migrationshintergrund. Aus den restlichen Ländern, die in Europa liegen, aber nicht Mitglied der EU sind, kommen immerhin noch 12 %. Davon stammen 97 % beziehungsweise 65 Personen aus der Türkei.

Insgesamt steht jeweils mehr Personal des jeweiligen Landes zur Verfügung, als zu betreuende Menschen in den Pflegeheimen wohnen. Die Verteilung ist natürlich nicht entsprechend in jedem Heim gegeben. Über alle Einrichtungen betrachtet können die Pflegeheime aber auf ein großes Potenzial an Kulturvielfalt zurückgreifen.

Abbildung 11: Migrationshintergrund im Vergleich bei BewohnerInnen und Pflege-/Betreuungspersonal in den Altenpflegeheimen



Quelle: Kreispflegeplan Landkreis Böblingen, Fortschreibung 2020, Teilplan vollstationäre und teilstationäre Pflege, September 2013

Beispielhafte Angebote:

Krisentelefon im Landkreis Böblingen e. V.	Hilfe in schwierigen Pflegesituationen durch anonyme telefonische Beratung. Diese wird auch in türkischer Sprache angeboten.
Altenhilfefachberatung	Sie organisiert Vorträge und Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen.
AWO: ambulante Pflegeleistungen	Trotz aller Anstrengungen sind nur ca. 5 % der Klienten solche mit Migrationshintergrund.
DRK Wohnberatung	Individuelle Beratung zu Hause zu Möglichkeiten der Wohnungsanpassung.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Oberziel: Gewinnung von älteren Migrantinnen und Migranten als Kunden der Altenhilfe und Altenpflege und Sicherstellen von deren Versorgung.

Ziel 1: Die Einrichtungen und Dienste in der Altenhilfe und Altenpflege sind interkulturell qualifiziert, um sprachliche und kulturelle Barrieren abzubauen.

Maßnahme 1a: Die Einrichtungen und Dienste stellen bewusst Personal mit Migrationshintergrund ein.

Maßnahme 1b: Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund oder z. B. muslimischem Hintergrund für die Alten- und Krankenpflegeausbildung.

Maßnahme 1c: In der Aus- und Fortbildung sind Themen der kultursensiblen Altenhilfe und Altenpflege fester Bestandteil der Personalentwicklung.

Maßnahme 1d: Es werden gemeinsame Fortbildungen erarbeitet zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz hinsichtlich Kultur und Religion.

Ziel 2: Es wurden „Brückenpersonen“ bzw. Multiplikatoren gewonnen.

Maßnahme 2a: Weiterer Auf- und kreisweiter Ausbau der ehrenamtlichen Kulturdolmetscher/innen für Gesundheit und Soziales.

Maßnahme 2b: Weiterer Auf- und kreisweiter Ausbau der ehrenamtlichen Besuchsdienste für ältere Menschen mit Migrationshintergrund.

Maßnahme 2c: Soziale Netzwerke von Migranten, z. B. Vereine, Religionsgemeinschaften, als Schlüsselpersonen und Türöffner für Mittlerfunktionen zu den bestehenden Hilfs- und Betreuungsangeboten stärken und einsetzen.

Maßnahme 2d: Die Schulungen zum/r Seniorenbegleiter/in werden ausgebaut.

- Ziel 3:** Akteure der Altenhilfe und Wissensträger sind besser vernetzt.
- Maßnahme 3a:** In der Zusammenarbeit zwischen den Ansprechpartnern der Integrationsberatungsstellen der Städte und Institutionen Synergien nutzen, da sie sich mit der spezifischen Lebenslage der Zielgruppen gut auskennen.
- Maßnahme 3b:** Das Thema Altenhilfe und Migration in einem regelmäßigen Austausch thematisieren, z. B. im Nachfolgearbeitskreis des AK Integrationsplan.
-
- Ziel 4:** Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen werden gemeinsam durchgeführt.
- Maßnahme 4a:** Veranstaltungen werden im unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld durchgeführt, z. B. in Gemeinschaftsräumen in der näheren Umgebung, bei Vereinen, in Moscheen etc., damit Zugangsbarrieren niedriger sind.
- Maßnahme 4b:** Die zu den Veranstaltungen benötigten Unterlagen werden z. B. in türkischer Sprache angeboten.
- Maßnahme 4c:** Zu den Veranstaltungen werden Kulturdolmetscher/innen als Brückenpersonen hinzugezogen.
- Maßnahme 4d:** Ältere Migrantinnen und Migranten über persönliche Kontakte oder Vertrauensleute der eigenen Ethnie ansprechen und zur Teilnahme an Veranstaltungen motivieren.
- Maßnahme 4e:** Um die Familien- und Nachbarschaftsbeziehungen einzubinden ist es sinnvoll, nicht nur spezifische Themen für die ältere Generation anzubieten, sondern auch Themen, die für die jüngere Generation genauso ansprechend und interessant sind.
-
- Ziel 5:** Informationsmaterial über ambulante und stationäre Hilfs- und Betreuungsangebote im Landkreis steht mehrsprachig zur Verfügung.
- Maßnahme 5a:** Auswahl von Materialien, die mehrsprachig zur Verfügung stehen sollten.
- Maßnahme 5b:** Gemeinsames Erstellen von muttersprachlichem Informationsmaterial.
- Maßnahme 5c:** Die Kostengestaltung der Angebote wird transparent gemacht.
- Maßnahme 5d:** „Infopakete“ werden gezielt bekannt gemacht, z. B. über Besuchsdienste.
-
- Ziel 6:** Pflege-Einrichtungen öffnen sich interkulturell.
- Maßnahme 6a:** Das Essensangebot wird überprüft.
- Maßnahme 6b:** Religiöse Aspekte der Pflege werden betrachtet.
- Maßnahme 6c:** Männliches Pflegepersonal übernimmt die Pflege von Männern.

Gesellschaft

„Freude am Gestalten“

Institutionalisierte Vernetzung

Ausgangsthese:

Das Jahresgutachten 2012 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen (SVR) trägt den Titel: „Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen“

Ein wesentliches Fazit zieht der Bericht auf Seite 115 im Kapitel

„6.6 Fazit: institutionelle Vernetzung verbessern

...erforderlich ist vielmehr eine systematische, horizontale und vertikale Vernetzung, genauer: ressortübergreifende Integrationskommissionen, ein strukturierter und institutionalisierter Austausch zwischen den einzelnen auf einer föderalen Stufe angesiedelten Akteuren sowie ein strukturierter Informationstransfer zwischen den einzelnen föderalen Ebenen (Bade 2007: 312).“

Für das Thema Integration gibt es keinen einheitlichen Plan seitens des Bundes oder der Länder. Die bestehenden Strukturen sind historisch gewachsen und basieren auf den jeweiligen Strukturen vor Ort. Konzeptionen dazu wurden erarbeitet oder auch nicht.

Eine institutionalisierte Vernetzung ermöglicht einen gezielten Austausch. Dieser trägt dazu bei, dass zwischen den Akteuren eine weitere Auseinanderentwicklung eingedämmt wird.

Ist-Situation:

Die großen Kreisstädte im Landkreis Böblingen haben hauptamtlich Stellen eingerichtet, die sich mit unterschiedlichem Stellenumfang mit dem Thema Integration befassen:

Stadtverwaltung	Umfang	Bezeichnung	Organisatorische Zuordnung
Böblingen	50 %	Integrationsbeauftragte	Amt für Soziales, Familie und Senioren
Herrenberg	60 %	Gleichstellungsbeauftragte	Oberbürgermeister
Leonberg	80 %	Integrationsbeauftragte	Amt für Jugend, Familie und Schule
Sindelfingen	75 %	Integrationsbeauftragte	Amt für Soziale Dienste

Die Stadt Leonberg erhielt zu Beginn des Jahres 2014 eine Projektförderung des Integrationsministeriums, mit der die Teilzeitstelle bis Ende 2016 auf 80 % aufgestockt werden konnte.

In der Landkreisverwaltung gibt es zwei Sachgebiete, die sich speziell mit den Belangen von ausländischen Personen befassen:

- Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen
- Asylwesen, Flüchtlings- und Spätaussiedlerunterbringung

Eine Stelle, die sich gezielt mit Fragestellungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf Kreisebene befasst, gibt es momentan nicht.

Beispielhafte Angebote:

Stadt Herrenberg: Runder Tisch der Nationen	Netzwerk aus Bürgerinnen und Bürgern zum Austausch über Aktivitäten und Projekte zum interkulturellen Zusammenleben.
Runder Tisch „Integration in Bondorf“	Interessierte aus verschiedenen Bereichen (u. a. Vertreter der Gemeinde, Kirchen, Schule, Vereine, Bewohnerschaft) beschäftigen sich mit dem Thema Integration in Bondorf.
Vereine	Privat, örtlich, s. Liste für den Landkreis Böblingen.
Trägerangebote	AWO, Caritas, VHS, IN VIA Jugendmigrationsdienst, Verein für Jugendhilfe, Sozialtherapeutischer Verein etc.
Landkreisverwaltung	Willkommenstag für Eingebürgerte.
Netzwerk Sprache	Alle in Sindelfingen aktiven Träger von Integrationsangeboten treffen sich mit Vertretern von Schule und KITA.
INTA / I-Sifis	Zusammenschluss der Sachkundigen des Internationalen Ausschusses Sindelfingen.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Eine institutionalisierte Vernetzungsstelle gewährleistet den Austausch und Informationsfluss zwischen den Akteuren.

Maßnahme 1: Siehe Kapitel 1.1 „Interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltungen“ Ziel 2 mit den dazu aufgeführten Maßnahmen bzw. Einrichtung einer Stelle für Integrationsfragen auf Landkreisebene und Benennung einer/s Integrationsbeauftragten.

Ziel 2: Implementierung der Migrations- und Integrationsaufgaben als Querschnittsaufgabe in der kompletten Verwaltung.

Maßnahme 2: Befähigung der entsprechenden Mitarbeiter/innen zu interkultureller Kompetenz.

Weitere Ziele und Maßnahmen s. im Kapitel 1.1 Interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltungen.

Politische und gesellschaftliche Teilhabe/Inklusion

Politische Gremien, Bürgerbeteiligung und
Ehrenamtliches Engagement

Ausgangsthese:

In unserer pluralen Gesellschaft sind bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe wichtige Leitvorstellungen. Sie stehen dafür, dass die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen vertreten werden.

Solche Leitvorstellungen sind eine wesentliche Voraussetzung für das Fortbestehen und die Weiterentwicklung der Gesellschaft und damit auch für Themen wie Integration. Zivilgesellschaftliche und bürokratische Einrichtungen sind dabei in der Lage, sowohl Orientierungshilfen zu bieten, als auch die aktive Teilnahme zu fördern.

Ehrenamt und bürgerliches Engagement integriert, bildet und vernetzt. Durch eine aktive Teilnahme fällt es Menschen mit Migrationshintergrund leichter, ein Gefühl der Zugehörigkeit zu entwickeln. Durch den demographischen Wandel werden sich zukünftig aber immer weniger junge Menschen ehrenamtlich engagieren. Umso mehr gilt es, das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund zu aktivieren.

Insbesondere die Teilhabe von Frauen und Mädchen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist ein wichtiges Zeichen gelungener Integration, denn Migrantinnen spielen eine wesentliche Rolle im Integrationsprozess. Sie sind wichtige Bezugspersonen beim Spracherwerb, als Ansprechpartnerinnen für Kindertagesstätten, Schulen und das sozial Umfeld. Gleichberechtigung zu verwirklichen, mit allen Möglichkeiten für ein eigenständiges, selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben, ist ein Leitziel der Integrationsarbeit.

Ist-Situation:

Menschen mit Migrationshintergrund engagieren sich bereits in vielerlei Hinsicht, insbesondere in Vereinen mit Bezug zur Herkunftskultur. Sie sind, genau wie Migrantenorganisationen, in allen Bereichen zu finden, sei es in Bildung, Kultur, Sport, Politik oder in sozialen Gebieten. Allerdings engagieren sich Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg und im Bundesdurchschnitt im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund deutlich weniger ehrenamtlich. So auch im Landkreis Böblingen. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass in vielen Heimatländern der Migranten keine derart organisierte Form des bürgerschaftlichen Engagements vorzufinden ist wie zum Beispiel das Deutsche Rote Kreuz oder die freiwillige Feuerwehr. Deutsche Vereine erwarten häufig, dass der oder die „Neue“ von sich aus Eigeninitiative zeigt und auf den Verein zugeht, um Interesse zu bekunden. Da vielen Menschen mit Migrationshintergrund diese Strukturen nicht so geläufig sind, besteht hier Handlungsbedarf für mehr Teilhabe.

Migrantenselbstorganisationen bieten dazu Anlaufstellen für alle Menschen mit Migrationshintergrund und unterstützen diese bei der Integration. Die Stadt Herrenberg ist eine von rund 90 Kommunen bundesweit, die in das Förderprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ aufgenommen wurde. Der Lokale Aktionsplan prüft und genehmigt in einem Begleitausschuss Projekte zur Integration, Teilhabe und Partizipation nach den Vergabekriterien des Bundesministeriums und den Förderrichtlinien des Lokalen Aktionsplans.

Beispielhafte Angebote:

Bondorf	Runder Tisch Integration Bondorf, seit 2010, Vertreter von der Gemeinde, den Kirchen, von Vereinen und engagierte Bürger/innen initiieren Angebote (Elternkurs TIP, Sprachkurs „Deutsch als Fremdsprache“) und planen gemeinsame Veranstaltungen.
Stadt Böblingen	Integrationsrat Böblingen, ehrenamtliches Gremium, Interessenvertretung und Vermittler für Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Böblingen.
Stadt Herrenberg	Runder Tisch der Nationen.
Stadt Leonberg	Internationaler Rat, beratender Ausschuss des Gemeinderats, Interessenvertretung der Menschen mit Migrationshintergrund in Leonberg.
Stadt Sindelfingen	Internationaler Ausschuss, beratender Ausschuss des Gemeinderates.
Stadtteilvereine/-initiativen	Internationale Feste.
Modellprojekt BesT	In 15 Städten und Gemeinden, darunter Mötzingen, beginnt am 1. November 2013 das Modellprojekt „BesT – Bürgerengagement sichert Teilhabe“. Menschen mit Einschränkungen sollen dabei auf freiwilliger Basis unterstützt werden.
Projekt Heimat ist hier	Seminarreihe, die Menschen mit Migrationshintergrund zu ehrenamtlichem Engagement motivieren soll.
Modellprojekt „Willkommen“ der Lebenshilfe Tübingen e. V.	Zielsetzung: Mobile interkulturelle Beratung, individuelle Tandembegleitung, eine interkulturell zusammengesetzte Selbsthilfegruppe und Netzwerkarbeit an der Schnittstelle „Behinderung“ und „Migration“.
FSJ Projekt Zukunft	Best-Practice Projekt aus Hamburg, welches Jugendliche mit Migrationshintergrund und geringem Bildungsstand für Freiwilligendienste begeistern möchte, um deren Teilhabe zu gewinnen.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Ein internationaler Ausschuss zum Thema Integration auf Kreisebene ist eingerichtet.

- Maßnahme 1a:** Interessierte aus unterschiedlichen Gruppierungen und Institutionen werden angefragt und eingeladen.
- Maßnahme 1b:** Besonders Migranten- und Migrantinnenorganisationen werden um ihre Teilnahme gebeten.
- Maßnahme 1c:** Einbeziehung der Kreistagsfraktionen, Vertretung Kommunen, LIGA, Ehrenamt etc.
- Maßnahme 1d:** Der Internationale Ausschuss wird konstituiert und trifft sich in der Folge mindestens 1 Mal im Jahr, um auf der Basis des Integrationsplans den aktuellen Stand zu diskutieren und Vorschläge für die Weiterentwicklung zu machen.
- Maßnahme 1e:** Der Internationale Ausschuss wird zu Themen „zu Rate“ gezogen oder um Stellungnahme gebeten.

Ziel 2: Die Arbeit von gemeinnützigen Organisationen und die Mitwirkungsmöglichkeiten sind interkulturell offen und bekannt.

- Maßnahme 2a:** Bereitstellung von mehrsprachigen Informationsmaterialien.
- Maßnahme 2b:** Präsentation der Aktivitäten bei Informationsveranstaltungen bzw. Sprachkursen oder an Informationsständen, z. B. bei Stadtteulfesten.
- Maßnahme 2c:** Medien wie Lokalzeitungen, Stadtmagazine oder Rundfunk sowie muttersprachliche Medien werden für einen Beitrag gewonnen.
- Maßnahme 2d:** Freiwilligenagenturen können Angebot und Nachfrage zusammenbringen.
- Maßnahme 2e:** Aktives Herantreten der Organisationen an Menschen mit Migrationshintergrund.
- Maßnahme 2f:** Angebote sind dabei zielgruppenorientiert, z. B. Angebote speziell für Frauen, Bürgerschaftliches Engagement von Migranten in der Altenhilfe etc. (siehe dazu rückblickende Erkenntnisse des DRK weiter unten).

Ziel 3: Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund wurde gesteigert.

- Maßnahme 3a:** Aktuelle Angebote und Informationen werden der Zielgruppe (mehrsprachig) bereitgestellt und ggf. präsentiert.
- Maßnahme 3b:** Dazu werden Tandem-Modelle genutzt, um einen beidseitigen Interessenaustausch zu gewährleisten und die Bedarfslage zu ermitteln.
- Maßnahme 3c:** Die bestehenden Angebote werden der Bedarfslage angepasst und weiterentwickelt.

- Maßnahme 3d:** „Brückenpersonen“ werden in Kompetenzen geschult, die sie mit anderen Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund praktisch einsetzen können.
- Maßnahme 3e:** Interkulturelle Selbsthilfegruppen von und für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung werden eingerichtet.
- Maßnahme 3f:** Eine Koordinationsstelle wird eingerichtet.
- Maßnahme 3g:** Eine Vernetzung der noch abgegrenzten Arbeitsfelder „Migration“ und „Behinderung“ auf institutioneller sowie individueller Ebene wird vorangetrieben.
-

- Ziel 4:** Die Anzahl der ehrenamtlich engagierten Menschen mit Migrationshintergrund wurde gesteigert.
- Maßnahme 4a:** Persönliche Kontaktaufnahme und intensive Gespräche mit potentiell Engagierten.
- Maßnahme 4b:** Schlüsselpersonen mit ähnlichem soziokulturellem Hintergrund werden zur Gewinnung von Freiwilligen eingesetzt, da diese über einen leichteren Zugang verfügen.
- Maßnahme 4c:** Vielfältige Angebote sprechen vielfältige Zielgruppen an und steigern so die Chance, das Interesse Einzelner am Mitwirken zu wecken.
- Maßnahme 4d:** Einrichtung eines zentralen und festen Ortes als Anlaufstelle, sowohl als Projektort als auch zur Vernetzung weiterer Angebote.
- Maßnahme 4e:** Zielgruppe wird an der Gestaltung des Treffpunktes beteiligt, als Funktion der Teambildung und des langfristigen Engagements der Beteiligten.
- Maßnahme 4f:** Ein transparenter Entscheidungsprozess wird geschaffen, der alle Beteiligten mit einbindet. Schriftliche „Verträge“ können die Verbindlichkeit von Absprachen sichern.
- Maßnahme 4g:** Abseits der eigentlichen ehrenamtlichen Funktion werden Unterhaltungsaktionen geplant, um das Engagement langfristig zu sichern.
-

Träger wie das Deutsche Rote Kreuz, die stark im Bereich des Ehrenamtes aktiv sind, blicken aus heutiger Sicht auf umfangreiche zielgruppenspezifische Erkenntnisse zurück.

Für folgende Aktivitäten ließen sich nach den Erfahrungen des DRK **Frauen** schwerpunktmäßig gewinnen:

Tabelle 2: Aktivitäten Frauen

Kreative Tätigkeiten (Handarbeiten, Kunst, etc.)	Gesundheitsförderung	Tanz und Theater	Betreuung von Älteren
Angebote für Kinder (Freizeitangebote, Betreuung, etc.)	Berufliche Orientierung Bewerbungstraining	Sprachkurse	Musik und Gesang
Kochen	Praktische Lebensbewältigung	Frauengruppen	Eltern-AGs
Nachbarschaftshilfe	Vorstellen eigener Kulturen	Lesepatinnen	Hausaufgabenhilfe

Für folgende Aktivitäten ließen sich **Männer** schwerpunktmäßig gewinnen:

Tabelle 3: Aktivitäten Männer

Sportliche Aktivitäten	Handwerkliche Aktivitäten	Spielangebote
Technische Angebote	Berufliche Orientierung Bewerbungstraining	Musik
	Patenschaften	

Für folgende Aktivitäten ließen sich Jugendliche schwerpunktmäßig gewinnen:

Tabelle 4: Aktivitäten Jugendliche

Sport- und Spielangebote	Ausflüge	für Jungen: Handwerkliche Tätigkeiten
Computernutzung	Musik	für Mädchen: Kreative Tätigkeiten

Religion

„Dialog statt Diagnose“

Interreligiöse Gespräche

Ausgangsthese:

Im Landkreis Böblingen lebt ein hoher Anteil an Menschen mit nicht-christlicher Religionszugehörigkeit. Besonders hoch ist die Zahl der Muslime. Der Dialog mit den Islamgemeinden im Landkreis ist daher besonders wichtig und muss weiter gefördert werden. Die islamischen Gemeinden haben sich im Landkreis unterschiedlich verteilt. Der Christlich-Islamische-Dialog Sindelfingen, eines der ältesten Dialogforen in Baden-Württemberg, ist ein gutes Beispiel gelungener Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften.

Die folgenden Ziele und Maßnahmen sind an der islamischen Gemeinde orientiert. Dies ist lediglich der hohen Anzahl der muslimisch Gläubigen geschuldet und soll andere Religionszugehörigkeiten in keiner Weise diskreditieren.

Ist-Situation:

Die Religionszugehörigkeiten im Landkreis Böblingen sind nicht eindeutig erfasst. Eine Schätzung hierzu lässt sich aus dem Sozialbericht Sindelfingen ableiten. Diesem zufolge setzte sich die Bevölkerung in Sindelfingen im Jahr 2011 wie folgt zusammen:

Evangelisch:	29,0 %
Katholisch:	27,4 %
Sonstige/Ungeklärt:	1,7 %
keine Zugehörigkeit zu öffentlich-rechtlicher Religion	41,9 %

Der Anteil der evangelischen und katholischen Religionszugehörigkeiten ist im Verlauf der Jahre rückläufig. Der Anteil an nicht-öffentlich-rechtlichen Religionen hingegen nimmt zu. Die Ursache dafür ist einerseits die steigende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund. Andererseits spiegelt sich dabei die Zahl der Bewohner wieder, die aus der Kirche ausgetreten sind. Schätzungen zufolge sind dabei circa 60 % Menschen mit Migrationshintergrund.

Einer weiteren Schätzung zufolge liegt der Anteil der islamischen Bevölkerung bei 10 %. Sie stellt somit die größte „Minderheit“ dar.

Das Statistische Landesamt hat die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung im Landkreis Böblingen ausgewertet. Grundlage war die Frage nach der Religionszugehörigkeit im Zensus Fragebogen. Daher handelt es sich bei der Auswertung um eine reine Hochrechnung¹⁰. Diese Hochrechnung beinhaltet dabei nur Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern. Eine detaillierte Auswertung existiert bis dato nicht.

¹⁰ Um keine „Scheingenaugigkeit“ zu vermitteln, wurden die Ergebnisse vor Veröffentlichung auf volle zehn Personen gerundet. Die dargestellten Summenwerte wurden auf Basis der gerundeten Ausgangswerte ermittelt. Die Symbole "/" und "." bezeichnen einen gesperrten bzw. einen fehlenden Wert. Desweiteren wird auf die rechtlichen und methodischen Grundlagen des Zensusverfahrens verwiesen.

Tabelle 5: Religionszugehörigkeit in den Städten und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern

Kommune	Katholische Kirche	Evangelische Kirche	Sonstige Rel.Gesell.	Evangelische Freikirche	Keine Rel.Gesell.	Orthodoxe Kirchen	Summe
Böblingen, Stadt	12.730	14.300	3.010	510	12.460	1.440	44.450
Leonberg, Stadt	11.100	16.280	1.650	690	11.820	2.560	44.100
Renningen, Stadt	4.120	6.980	570	200	4.570	190	16.630
Rutesheim, Stadt	1.790	4.840	340	260	2.110	410	9.750
Sindelfingen, Stadt	16.490	17.230	4.450	540	17.810	3.410	59.930
Weil der Stadt, Stadt	5.180	7.140	620	/	4.690	570	18.200
Gärtringen	2.550	5.010	830	140	2.760	240	11.530
Herrenberg, Stadt	6.200	13.230	1.280	390	8.010	620	29.730
Holzgerlingen, Stadt	2.760	5.270	360	250	3.260	180	12.080
Landkreis Böblingen	88.980	144.830	18.620	4.730	94.120	10.280	361.560
Anteil im Lkr BB	24,6%	40,1%	5,1%	1,3%	26,0%	2,8%	100,00%

Quelle: Statistisches Landesamt

Da bei Stichprobenerhebungen gerade Minderheiten weniger ins Gewicht fallen, ist eine Interpretation nicht möglich. Letztlich bleibt die Erkenntnis festzuhalten, dass die islamische Gemeinde die größte „Minderheit“ darstellt.

Die drei größten islamischen Gemeinden des Landkreises bilden die DITIB, die IGMG und die VIKZ. Der DITIB Dachverband vereint bundesweit knapp 900 Ortsgemeinden und ist auch im Landkreis Böblingen die größte Gemeinde. Sie bietet den gläubigen Muslimen einen Ort zur Ausübung ihres Glaubens. Der Dialog mit dieser und anderen Gemeinden ist wichtig.

Beispielhafte Angebote:

CID – Christlich-Islamischer Dialog Sindelfingen	Dialogforum, das vor ca. 20 Jahren gegründet wurde. Vertreter aller Islamgemeinden und Kirchengemeinden. Koordination durch die Integrationsbeauftragte Sindelfingen.
	Dekalog des Friedens (Christen und Muslime) anlässlich der Terroranschläge des 11. Septembers.
	Infoveranstaltung am 3. Oktober 2013 „Erwerbsleben im Christentum und Islam“. Vergleich der beiden Sichtweisen im Dialog mit Interessierten. Ebenso ein Rundgang in Kirchen und Moscheen in Sindelfingen.
Viele weitere Veranstaltungen werden vom CID angeboten, um einen Austausch der Religionen zu gewährleisten. Die unterschiedlichen Sichtweisen und Erfahrungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen lernen sich kennen und reduzieren dadurch Defizite im Verständnis.	
Bondorf	2013 erstes offizielles gemeinsames Fastenbrechen Bondorfer Muslime und Nichtmuslime mit 90 geladenen Gästen.
Stiftung Weltethos	Interreligiöse Grundlagenforschung in Verbindung mit Gesprächen mit Religionsvertretern.
NISA Frauenverein e. V.	Hilfe zur Selbsthilfe für muslimische Frauen, Multiplikatoren- und Mittlertätigkeiten.

NIKA – Netzwerk interkulturelle Arbeit	Bietet viele Projekte für interkulturellen und interreligiösen Austausch, z. B. das interkulturelle und interreligiöse Fest.
--	--

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Interreligiöse Dialogforen sind auch in anderen Gemeinden eingerichtet.

Maßnahme 1a: Durch Kooperation mit dem CID (Best-Practice) werden in anderen Gemeinden Netzwerke geschaffen, um einen interreligiösen Austausch zu sichern.

Maßnahme 1b: Die Bevölkerungsstruktur wird ermittelt, um möglichst allen Gruppierungen die Möglichkeit der Teilhabe zu bieten.

Ziel 2: Ein interreligiöser Wegweiser für den Landkreis ist erstellt.

Maßnahme 2a: Durch Kommunikation zwischen den Religionen werden die Angebote gesammelt (CID Best-Practice) und zusammengefasst.

Maßnahme 2b: Fehlende Angebote werden ermittelt und Ideen gesammelt.

Maßnahme 2c: „Brückenpersonen“ tragen das bestehende Angebot an die Zielgruppen heran, ggf. mehrsprachig oder durch (Kultur-)Dolmetscher. Durch den kultursensiblen Zugang könnte das Interesse gesteigert werden.

Ziel 3: Integrationskurse werden bei Interesse einer Gemeinde vor Ort angeboten.

Maßnahme 3a: Räumlichkeiten werden zur Verfügung gestellt, um Interessierten vor Ort eine Unterstützung zu bieten.

Maßnahme 3b: Kultursensible Menschen werden gewonnen und/oder geschult, um Sprachkurse zu veranstalten.

Maßnahme 3c: In den Kursen werden kleinere spezifische Gruppen gebildet, um mögliche Hemmschwellen zu verringern, z. B. Kurse nur für Frauen, Mutter-Kind-Kurse etc.

Maßnahme 3d: Die Kurse können dazu genutzt werden, spezifische Angebote für die Zielgruppen bekannt zu geben.

Muslimische Krankenseelsorge

Ausgangsthese:

In unserer älter werdenden Gesellschaft gibt es auch in den muslimischen Gemeinden immer mehr Menschen ohne familiären Beistand. Es wird daher immer wichtiger, einen Pool von interreligiösen Fachkräften zu schaffen, die Menschen mit Migrationshintergrund bei Krankheit und im Pflegebereich zur Seite stehen können. Die Situation der muslimischen Gemeinden hat sich geändert. Auch sie brauchen künftig unabhängige Seelsorger.

Ist-Situation:

Christliche Seelsorger stoßen in der Krankenbetreuung bei muslimischen Menschen oft an ihre Grenzen. Aufgrund von interkulturellen, interreligiösen und sprachlichen Defiziten können sie den Kranken nicht im erforderlichen Maße beistehen. Ein vergleichbares Pendant zur christlichen Krankenseelsorge gibt es im Islam nicht. Auch die Imame der verschiedenen Gemeinden sind oft interkulturell und sprachlich nicht im Stande, die erforderliche Seelsorge zu leisten. Da viele Imame vom türkischen Staat entsandt werden und sich entsprechend dem deutschen Aufenthaltsgesetz nur wenige Jahre hier aufhalten, sind ihre Kenntnisse in deutscher Sprache und über deutsche Institutionen gering. Daher ist es für sie schwierig, die Bedürfnisse der hiesigen Muslime einzuordnen und bedarfsorientiert zu handeln. Eine speziellere Ausbildung unabhängig von der Gemeindefarbeit wäre notwendig. Dafür können allerdings viele Gemeinden die Mittel nicht aufbringen und benötigen Förderung.

Das Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog e. V. bietet Weiterbildungen zur islamischen Klinikseelsorge an. Seit 2014 werden, nach der Erprobung in anderen Regionen, auch für den Raum Stuttgart Fördermittel vom Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt, um die islamischen Klinikseelsorger/innen zu begleiten und das Angebot auszubauen.

Beispielhafte Angebote:

CID – Christlich-Islamischer Dialog Sindelfingen	Infoveranstaltung vom 9. Oktober 2012 "Das Krankenhaus ist ein fremdes Land". Informations- und Diskussionsveranstaltung über Seelsorge in den verschiedenen Kulturen.
Pilot-Ausbildungsgang „Islamische Seelsorge“	Von dem Bundesministerium des Innern, der Georges-Anwari- und der Dr.-Buhmann-Stiftung gefördertes Projekt zur Ausbildung kultursensibler Seelsorger. Best-Practice.
Initiative „Islamische Krankenhausseelsorge in der Metropolregion Rhein-Neckar“	Vom Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog e. V. angestoßenes Projekt, welches im Mai 2011 erstmals umgesetzt wurde. Best-Practice.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Die Krankenhauseelsorge ist flächendeckend interreligiös geöffnet.

Maßnahme 1a: Interreligiöse Sensibilisierung der Fachkräfte, um Fehlentscheidungen zu reduzieren, wie z. B. Zuweisung eines arabischen Imams an einen türkischen Patienten.

Maßnahme 1b: In Kooperation mit deutschen Krankenhäusern und der islamischen Fakultät Tübingen wird ein Leitbild der interreligiösen Kranken-Seelsorge entwickelt.

Maßnahme 1c: Einbindung der Moscheevereine in die Entwicklung des Leitbilds, um engagierte Menschen zu gewinnen und um Öffentlichkeit zu schaffen.

Maßnahme 1d: Orientiert an dem entworfenen Leitbild wird eine ehrenamtliche Ausbildung zur Krankenseelsorge flächendeckend gesichert (am Beispiel u. a. der Krankenseelsorge-Schulung der alevitischen Gemeinde Stuttgart e. V.).

Maßnahme 1e: Ein Erfahrungsaustausch mit Institutionen, die bereits Angebote der interreligiösen Seelsorge bieten, z. B. dem Mannheimer Institut, wird gestartet.

Ziel 2: Geeignete muslimische Menschen für die Seelsorgetätigkeit sind gewonnen.

Maßnahme 2a: Durch Informationsveranstaltungen wird die Philosophie und Praxis der Seelsorge in Deutschland präsentiert.

Maßnahme 2b: In Einzelgesprächen mit den BewerberInnen werden geeignete Personen nahe den Krankeneinrichtungen gefunden. Geeignet sind dabei muslimische Menschen, die mehrsprachig und interkulturell sensibel sind.

Ziel 3: Imame verschiedener Gemeinden sind besser in die Gesellschaft integriert.

Maßnahme 3a: Imame werden gezielt in der deutschen Sprache gefördert.

Maßnahme 3b: Die Ausbildung der Imame wird nicht nur auf die Gemeindegarbeit ausgerichtet, sondern enthält auch Aspekte der Seelsorge. Gegebenenfalls werden dafür gezielte Dialogforen eingerichtet, um einen Austausch der Seelsorger mit den Imamen zu gewährleisten.

Maßnahme 3c: Gewinnung von Sozialarbeitern durch die jeweilige Religionsgemeinschaft zur Entlastung der Imame in puncto Seelsorge.

Leben und Freizeit

„Hier spielt das Leben“

Sicherheit

Ausgangsthese:

„Sicherheit ist ein essentielles Grundbedürfnis eines jeden Menschen. Gerade neue Formen von Kriminalität und medial besonders beachtete Kriminalfälle können das Sicherheitsgefühl eines Einzelnen beeinträchtigen – selbst bei rückläufigen Fallzahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik.“ (Zitat aus dem Internetauftritt der Polizei)

Das Verständnis von Sicherheit geht mit dieser Aussage weit über die körperliche Ebene hinaus. Der Schutz von Körper und Geist sind wichtig. Aber um dem Sicherheitsbedürfnis von Menschen fremder Herkunft auf der Ebene der Gefühle zu begegnen, spielen neben den öffentlichen Darstellungen vor allem das Verhalten und der Faktor der Toleranz eine zentrale Rolle. Die Polizei als Repräsentant und Garant für Sicherheit stellt ihre Haltung dazu in den Medien dar, auch auf Türkisch und teilweise Arabisch.

Ist-Situation:

Im Bundesvergleich hatte Baden-Württemberg im Jahr 2012 die zweitniedrigste Straftatenhäufigkeit mit einem Wert von etwa 5.300 registrierten Straftaten pro 100.000 Einwohner (bundesweit 7.300 pro 100.000 Einwohner). Zur Bewertung der Sicherheit gibt es verschiedene Kennzahlen, wie die Abbildung 12 für Baden-Württemberg aufzeigt.

Abbildung 12: Statistische Erfassung von Kriminalität in Baden-Württemberg 2012



Es ist ersichtlich, dass zu den registrierten Straftaten nur in etwa 40 % auch eine tatverdächtige Person ermittelt wird.

Im Landkreis Böblingen liegt die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen insgesamt bei etwa 2.000 Personen pro 100.000 Einwohner (Baden-Württemberg ca. 2.120 pro 100.000 EW). Dabei unterscheidet die Kriminalstatistik nur tatverdächtige Deutsche im Vergleich zu tatverdächtigen, ausländischen Mitbürgern (s. Tabelle 6). Dies lässt keinen Rückschluss auf das Verhalten von Menschen mit Migrationshintergrund zu.

Die Statistik zeigt, dass zwei Drittel der vermeintlichen Straftäter Deutsche und ein Drittel Menschen mit ausländischer Herkunft sind. Erscheint der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen zunächst hoch, so müssten für eine qualifizierte Bewertung dieses Befundes verschiedene qualitative Aspekte herangezogen werden. Hinter den „ausländischen Tatverdächtigen“ stehen Dutzende von Nationen. Zum Beispiel wäre ein Vergleich mit den Deutschen nur zu ziehen, wenn die Tatverdächtigen einer bestimmten Nation ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung dieser Nation gesetzt würden.

Eine weitere qualitative Aussage wäre zur Art der Straftaten zu treffen. Die Statistik auf Landesebene besagt zum Beispiel, dass allein 23 % auf Verkehrsdelikte zurückzuführen ist.

Gemessen an der Gesamtbevölkerung im Landkreis Böblingen haben die Tatverdächtigen mit ausländischem Hintergrund lediglich einen Anteil von 0,66 %. Seit dem Jahr 2000 sinkt dieser Anteil stetig. Der Anteil der ausländischen Mitbürger, die tatsächlich verurteilt wurden, sank ebenfalls im Verlauf der vergangenen Jahre kontinuierlich.

Tabelle 6: Entwicklung der Bevölkerung und der Straftaten bzw. Herkunft der Tatverdächtigen im Landkreis Böblingen von 2000 bis 2011

Jahr	Bevölkerung gesamt	Anzahl Deutsche	Anteil Deutsche	Anzahl Ausländer	Anteil Ausländer
2000	364.987	305.555	83,72%	59432	16,28%
2001	367.830	308.204	83,79%	59626	16,21%
2002	370.337	311.266	84,05%	59071	15,95%
2003	371.678	313.370	84,31%	58308	15,69%
2004	382.113	324.709	84,98%	57404	15,02%
2005	372.155	315.749	84,84%	56406	15,16%
2006	372.228	316.350	84,99%	55878	15,01%
2007	372.755	317.175	85,09%	55580	14,91%
2008	372.827	318.179	85,34%	54648	14,66%
2009	371.616	318.090	85,60%	53526	14,40%
2010	371.396	317.885	85,59%	53511	14,41%
2011	364.458	313.583	86,04%	50875	13,96%

Jahr	Tatverdächtige gesamt	Anzahl Deutsche	Anteil Deutsche	Anzahl Ausländer	Anteil Ausländer
2000	6.802	4.271	62,79%	2.531	37,21%
2001	7.082	4.560	64,39%	2.522	35,61%
2002	7.536	4.870	64,62%	2.666	35,38%
2003	6.905	4.450	64,45%	2.455	35,55%
2004	8.503	5.573	65,54%	2.930	34,46%
2005	7.790	5.177	66,46%	2.613	33,54%
2006	7.286	4.919	67,51%	2.367	32,49%
2007	7.464	5.147	68,96%	2.317	31,04%
2008	7.231	4.951	68,47%	2.280	31,53%
2009	7.642	5.290	69,22%	2.352	30,78%
2010	7.179	4.871	67,85%	2.308	32,15%
2011	7.355	4.962	67,46%	2.393	32,54%

Insgesamt schneidet der Landkreis Böblingen mit keinem auffälligen Befund in der Kriminalitätsstatistik ab. Gezielte Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund spielt fast keine Rolle. Rechtsgerichtete Bewegungen finden im Landkreis wenig bis keine Ankerpunkte und stellen eine nicht erfasste Minderheit dar.

Weiter ist die hohe Sicherheit im Landkreis Böblingen verschiedenen Maßnahmen zu verdanken. Zum Beispiel stellt die Polizei gezielt Menschen mit Migrationshintergrund ein und fördert die interkulturelle Kompetenz der Beamtinnen und Beamten. Ziel ist es, in bestimmten Konfliktsituationen, in denen fremdländische Hintergründe eine Rolle spielen, angemessen und kultursensibel reagieren zu können.

Auch die Bemühungen des Landkreises tragen zur Gewaltprävention bei. So hat sich im Laufe der vergangenen 10 Jahre der Förderverein Sicherer Landkreis etabliert. In einer Kooperation zwischen dem Landratsamt Böblingen, der Polizeidirektion und vielen engagierten Menschen hat dieser gemeinnützige Verein bereits mehr als 220 Einzelprojekte gefördert. Hauptantragssteller waren Schulen und sonstige Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit, die Menschen schon in jungen Jahren für das Thema Gewalt sensibilisieren wollen. So haben sich auch Dauerangebote bewährt, welche unter anderem Schulungen zum Thema Gewaltprävention beinhalten. Ein gelungenes und langfristiges Projekt ist die „redbox“. Schüler der 7. Klasse werden durch diese „Box“ interaktiv an Themenfelder der Sicherheit herangeführt.

Beispielhafte Angebote:

Polizei	<p>Einstellung von Personal mit Migrationshintergrund.</p> <p>Eine Vielzahl an präventiven Angeboten an allen Kindergärten und Regelschulen, mit denen Migranten und Deutsche erreicht werden.</p> <p>Zum Thema muslimische Vereine und Vereinigungen sind an allen 4 Polizeirevieren des Landkreises gezielt polizeiliche Ansprechpartner und ein kreisweiter Koordinator für präventive Arbeit benannt. Die lokalen Ansprechpartner haben die Aufgabe, dauerhaft Kontakt zu den Vereinen zu halten und polizeiliche Präventionsangebote zu unterbreiten</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit im Internet zu „Polizei und Muslime“: http://www.polizei-beratung.de/startseite-und-aktionen/polizei-und-muslimische.html</p>
Sicherer Landkreis Böblingen e. V.	Fördert Einzelprojekte, z. B. „redbox“

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Im Bereich der Sicherheit und Prävention wurden bereits sehr viele Maßnahmen ergriffen. Darüber hinaus gehende Ziele und Maßnahmen werden daher an dieser Stelle nicht formuliert.

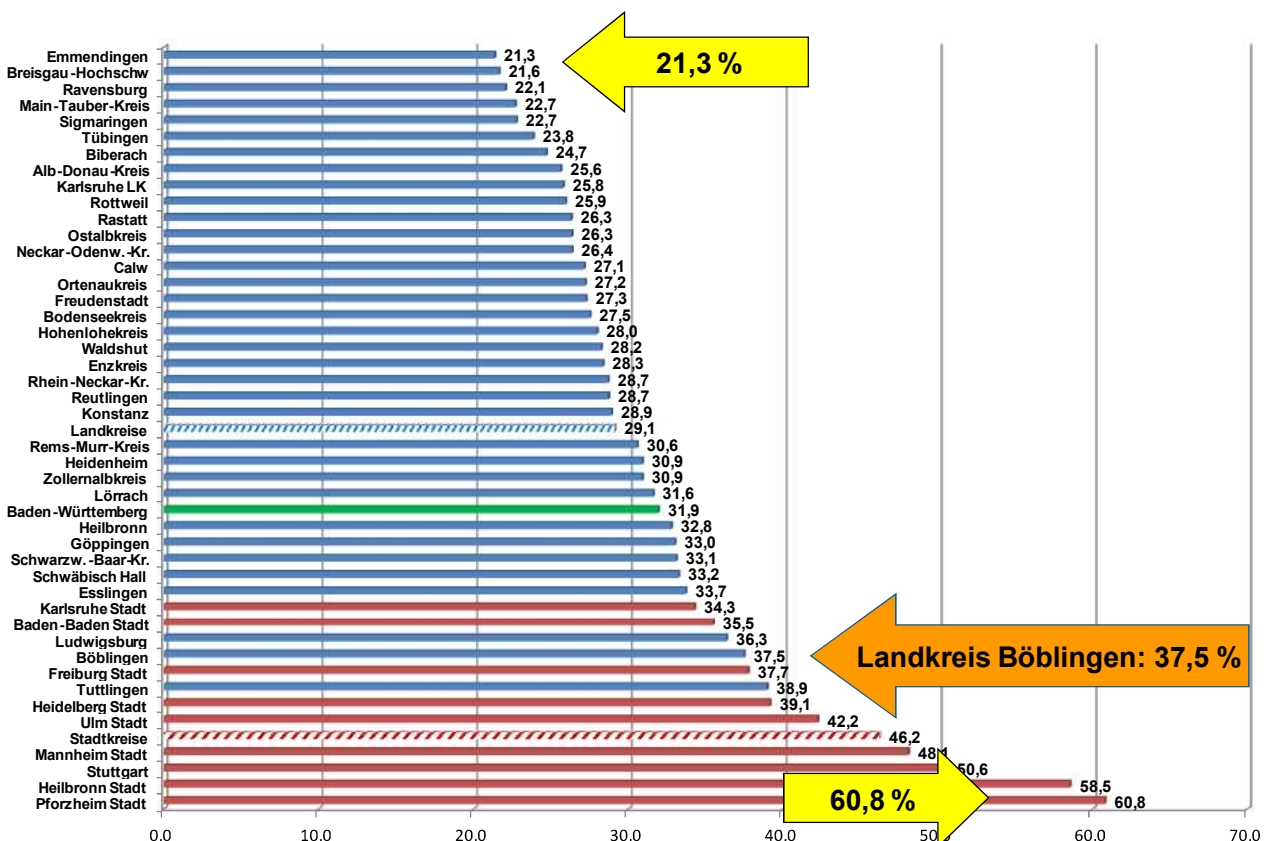
Aufwachsen – Hilfen für Kinder und Jugendliche

Ausgangsthese:

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wächst. Nach der Zensus-Erhebung im Jahr 2011 haben in Baden-Württemberg 31,9 % der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung unter 18 einen Migrationshintergrund.

Betrachtet man nur die Landkreise ohne Stadtkreise, dann liegt der Anteil mit 29,1 % etwas darunter. Der Landkreis Böblingen sticht dabei mit 37,5 % deutlich hervor (Abbildung 13) und liegt damit auf Platz 2 hinter dem Landkreis Tuttlingen (38,9 %).

Abbildung 13: Anteil der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung unter 18 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs nach Zensus 2011 in %



Es gibt verschiedene Aspekte, die wesentlich sein können, dass Kinder und Jugendliche eine Hilfe zur Erziehung erhalten. Nach dem Bericht des Landesjugendamtes im Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) „Bericht zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg 2013“ gehören dazu das Aufwachsen in sozial benachteiligten Lebensverhältnissen, das Aufwachsen in unterschiedlichen Familienkonstellationen, die Kindeswohlgefährdung, das Aufwachsen bei psy-

chisch kranken Eltern und das Aufwachsen als junger Mensch mit Migrationshintergrund (vgl. im Bericht Kapitel V.3 ab Seite 266). Demnach schlagen sich bei der Inanspruchnahme von stationären Erziehungshilfen vor allem die sozial benachteiligten Lebensverhältnisse nieder, d. h. die materielle Lebenslage der Kinder in den Herkunftsfamilien gemessen an der Arbeitslosigkeit. Und weiter ist es von großer Bedeutung, in welcher Familienform Kinder aufwachsen.

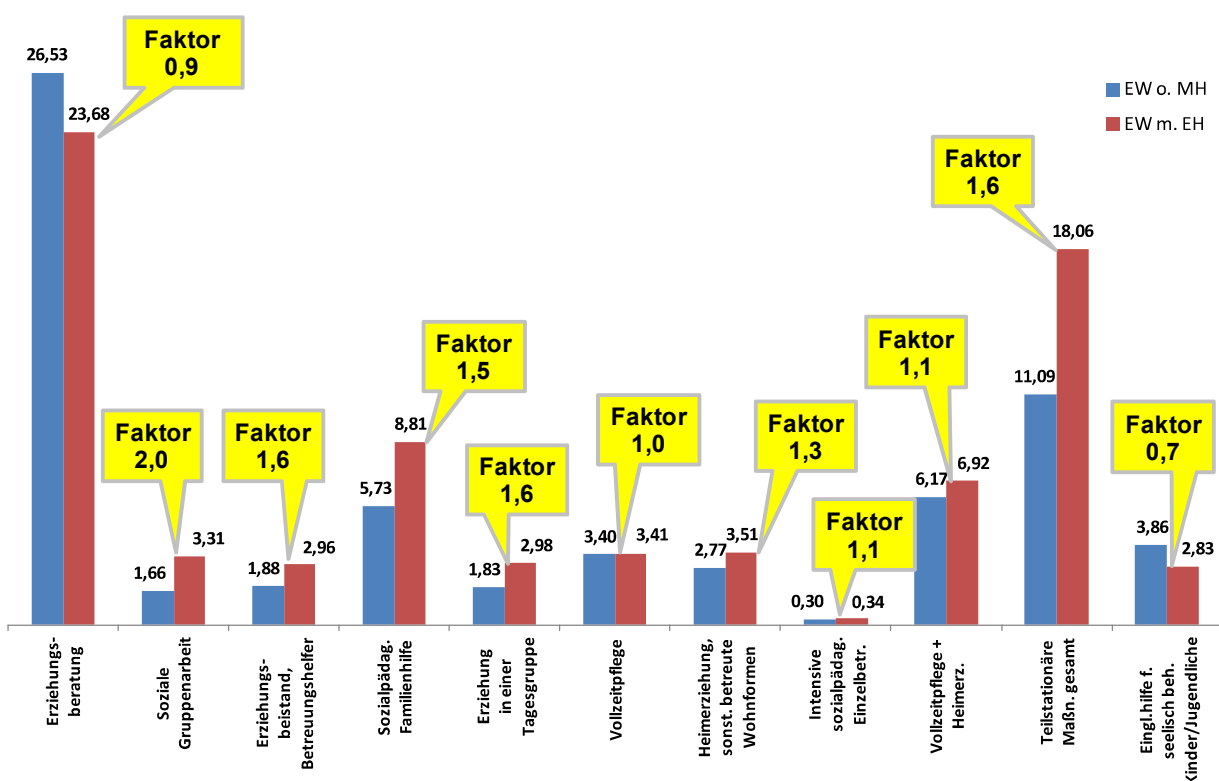
Ist-Situation:

Die Bedeutung des Migrationshintergrundes bei der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung wurde vom Landesjugendamt im Bericht 2013 erstmals untersucht und im Kapitel V.3.4 Junge Menschen mit Migrationshintergrund (S. 283 ff) dargestellt. Wesentliche Erkenntnisse daraus sind, dass die Minderjährigen mit Migrationshintergrund in fast allen Hilfearten etwa proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil repräsentiert sind.

Weiter kommt das Landesjugendamt zu dem Ergebnis, dass – **über alle Hilfearten** gesehen – die Minderjährigen mit Migrationshintergrund insgesamt die Hilfen zu Erziehung mit einem Faktor von 1,16 nur geringfügig stärker in Anspruch nehmen, als Minderjährige ohne Migrationshintergrund. Ein Faktor unter 1 bedeutet, dass die Hilfeform relativ weniger, ein Faktor über 1, dass die Hilfeform relativ stärker von Menschen mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen wird.

Betrachtet man die einzelnen Hilfearten für sich, sind Unterschiede zu erkennen (s. Abbildung 14). Bei den meisten Hilfearten liegt die Häufigkeit der Inanspruchnahme bei Minderjährigen mit Migrationshintergrund mit dem Faktor 0,7 bis 1,3 recht nahe an der Häufigkeit, mit der Minderjährige ohne Migrationshintergrund die Hilfen erhalten. Andere treten mit Werten von 1,5 bis 2,0 deutlicher hervor.

Abbildung 14: Zur Bedeutung eines Migrationshintergrundes (MH) Minderjähriger für die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung



Herunter gebrochen auf den Landkreis Böblingen stellt sich das Bild wie folgt dar:

Tabelle 7: Eckwerte (EW) der Hilfehäufigkeiten je 1000 Minderjährige ohne Migrationshintergrund (o. MH) versus mit Migrationshintergrund (m. MH) im Jahr 2011

Hilfeart	Baden-Württemberg			Landkreis Böblingen		
	EW o. MH	EW m. MH	Faktor	EW o. MH	EW m. MH	Faktor
Erziehungsberatung	26,53	23,68	0,9	24,53	26,16	1,1
Soziale Gruppenarbeit	1,66	3,31	2,0	0,85	1,98	2,3
Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer	1,88	2,96	1,6	1,08	2,84	2,6
Sozialpädag. Familienhilfe	5,73	8,81	1,5	6,23	11,84	1,9
Erziehung in einer Tagesgruppe	1,83	2,98	1,6	2,23	4,64	2,1
Vollzeitpflege	3,4	3,41	1,0	3,04	3,64	1,2
Heimerziehung, sonst. betreute Wohnformen	2,77	3,51	1,3	3,29	3,91	1,2
Intensive sozialpäd. Einzelbetreuung	0,3	0,34	1,1	0,31	0,25	0,8
Eingl.hilfe für seelisch beh. Kinder/Jugendliche	3,86	2,83	0,7	3,05	1,79	0,6

Die Tabelle zeigt, dass bezogen auf Baden-Württemberg die Faktoren zwischen 0,7 und 2,0 liegen. Im Landkreis Böblingen spreizt sich diese Spanne auf Faktoren von 0,6 bis 2,6.

Die Hintergründe, wie es zu den Unterschieden bei der Inanspruchnahme kommen könnte, liegen nach dieser ersten Erhebung noch im eher spekulativen Bereich. Der Bericht des Landesjugendamtes nennt einige Aspekte. Zum Beispiel kann der Zugang zu bestimmten Hilfearten für Familien und deren Kinder erleichtert werden, wenn die Beratungsangebote von Fachkräften aufgezeigt werden, die ebenfalls einen Migrationshintergrund haben. Auch gleichen sich die innerfamiliären Strukturen in den Familien mit Migrationshintergrund immer mehr denen der deutschen Familien an. Dabei ändert sich auch die Haltung und Offenheit, die Angebote tatsächlich in Anspruch zu nehmen.

Die Autoren Binder und Bürger kommen zu dem Schluss:

„Eine solche Entwicklung wäre dem Grunde nach durchaus positiv einzuordnen, weil den Hilfen zur Erziehung, wie eingangs erwähnt, auch wichtige Funktionen in Teilhabe- und Bildungsprozessen gerade von benachteiligten jungen Menschen innewohnen. Somit erhöhten sich die Chancen, diese Unterstützungen näher an eine Gruppe junger Menschen heran zu tragen, die stärker als andere von Beeinträchtigungen der Rahmenbedingungen für eine gelingende Sozialisation betroffen sind.“ (Fachartikel: Minderjährige mit Migrationshintergrund in erzieherischen Hilfen – Empirische Befunde und Perspektiven, 2014)

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Aus der Tabelle kann abgeleitet werden, dass im Landkreis Böblingen gegenüber dem Land die Jugendlichen eher einen Zugang zu den Hilfen zur Erziehung finden. Damit scheint die Versorgung gut zu gelingen. Da es sich jedoch um die erste Darstellung dieser Art handelt und die Thematik sehr komplex ist, wird im ersten Integrationsplan des Landkreises Böblingen an dieser Stelle auf Ziele und Maßnahmen verzichtet.

Öffentlichkeitsarbeit

Ausgangsthese:

Durch Öffentlichkeitsarbeit sowohl des Bundes als auch der Länder, Landkreise und Kommunen kann das Ziel der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf einer weiteren Ebene angegangen werden. Die öffentliche Stärkung von demokratischen Werten, Toleranz und gelebter Vielfalt ist eine fundamentale Maßnahme zur Bekämpfung von Diskriminierung und somit wichtiger Bestandteil der Integration.

Wie bereits in allen vorangegangenen Kapiteln angesprochen, ist es in jedem Bereich der Integration von hoher Bedeutung, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Informieren und informiert werden ist einer der zentralsten Teilaspekte gelingender Integration und muss somit ausgebaut werden. Die Sensibilisierung in den verschiedenen Handlungsfeldern steht dabei im Mittelpunkt und muss von der Gemeinde aktiv gefördert werden.

Ist-Situation:

Aktuell findet kaum Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Integration auf Landkreisebene statt. Sie wird lediglich punktuell betrieben. Es sollten jedoch Maßnahmen ergriffen werden, die das Thema Integration zu einem Dauerangebot in der Öffentlichkeitsarbeit werden lassen.

Beispielhafte Angebote:

Lebensspuren – Geschichte der „Gastarbeiter“ 1955 – 1973	Ausstellung in den Rathäusern Böblingen und Sindelfingen. Sehr umfangreiches Begleitprogramm, u. a. Lesungen, Führungen zu den Moscheen, Gespräche mit Gastarbeitern.
„Aufbrechen und Ankommen – Heimat ist Herzenssache“	Fotoausstellung mit Portraits von Menschen der ersten Einwanderergeneration; Konzeption Altenhilfefachberatung des Kreises in Kooperation mit der Gottlieb-Daimler-Schule Sindelfingen und der Stadt Sindelfingen.
„Die Welt bei uns im Landkreis Böblingen – Menschen bauen Brücken im globalen Wettbewerb!“	Ausstellung mit Begleitband zur Ausstellung 2007/2008, Kreisarchiv Böblingen in Kooperation mit der IHK Bezirkskammer Böblingen.
Bekanntgaben der Pressestelle des Landratsamts Böblingen:	Angebot des interkulturellen Besuchsdienstes für ältere Frauen zusammen mit der Altenhilfefachberatung zum Thema „Der bewusste Umgang mit den eigenen Ressourcen“.
	Projekt „Für andere eine Brücke sein“. Ehrenamtlicher Besuchsdienst für ältere muslimische Menschen in z. B. Herrenberg (Altenhilfefachberatung in Kooperation mit NISA).

	Informationsveranstaltung zum Thema Bewegung und Entspannung für ältere muslimische und nicht muslimische Frauen der DITIB.
	Informationsveranstaltung der DITIB Frauengruppe Herrenberg und der Altenhilfeberatung des LRABB zum Thema Demenz.
	Berichte in Zeitungen (u. a. Stuttgarter Zeitung und Böblinger Kreiszeitung) über bestehende Angebote von NISA u. Anderen.
	Bekanntgabe der Auftaktveranstaltung zu „Wohnen im Alter“. Kooperation u. a. der Goldberg-Seniorenakademie, des katholischen Bildungswerks BB und des Kreisseniorerats.

Es kann festgehalten werden, dass die Bevölkerung über aktuell bestehende Angebote regelmäßig informiert wird. Auch über Zeitungsartikel und andere Medien wird das Thema Integration in der Öffentlichkeit angesprochen. Wie bereits erwähnt sollten jedoch langfristige Plattformen eingerichtet werden, um das Thema Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ständig aktuell zu halten und die breite Bevölkerung dafür zu sensibilisieren.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Bestehende Medien zur Öffentlichkeitsarbeit werden regelmäßig überarbeitet. Auf eine größere Sensibilität bei der Berichterstattung im interkulturellen Kontext auch bei den lokalen Medien wird hingewirkt.

Maßnahme 1a: In der Presse wird regelmäßig über bestehende Angebote berichtet.

Maßnahme 1b: Informationsveranstaltungen finden im Landratsamt bzw. in den Kommunen statt mit Vertretern der Institutionen (z. B. Feste oder Begegnungen wie in Herrenberg).

Maßnahme 1c: In der Presse eine Artikelserie veröffentlichen (z. B. Vorstellung verschiedener Lebensgeschichten).

Maßnahme 1d: Über Besuchsdienste informieren.

Ziel 2: Themen (z. B. Arbeit) werden positiv dargestellt.

Maßnahme 2a: Kampagne in Kooperation Landratsamt mit Firmen.

Maßnahme 2b: CSR – community social responsibility.

Maßnahme 2c: Neuauflage Ausstellung der Kreisarchivarin (Dr. Hager/IHK).

Ziel 3: ÖA-Kampagne: Landratsamt und Wirtschaftsunternehmen....

Maßnahme 3a: ...stellen dar, was Firmen für Menschen mit Migrationshintergrund in der Firma tun/anbieten.

Maßnahme 3b: ...stellen dar, wie Menschen mit Migrationshintergrund in der Hierarchie angekommen sind.

Maßnahme 3c: Von der Verwaltungsspitze wird vermittelt, dass kulturelle Vielfalt gewünscht wird.

Ziel 4: Ein Wegweiser für Menschen mit Migrationshintergrund ist geschaffen.

Maßnahme 4a: Die bestehenden Angebote werden vollständig ermittelt und gesammelt.

Maßnahme 4b: Infomaterial wird mehrsprachig veröffentlicht und an den ersten Anlaufstellen von Menschen mit Migrationshintergrund an diese ausgehändigt. Für Menschen mit Behinderung sind diese Informationen auch in leichter Sprache zugänglich.

Maßnahme 4c: Defizite der Angebote werden ggf. unter Rücksprache mit den Betroffenen ermittelt und neue Angebote werden eröffnet und in das Informationsmaterial aufgenommen.

Ziel 5: Die öffentliche Wahrnehmung von Migranten wurde flächendeckend verbessert.

Maßnahme 5a: Lokale und regionale Medien präsentieren positive Berichterstattungen, um negativen Darstellungen entgegen zu wirken.

Maßnahme 5b: Einladung der einheimischen Bevölkerung zu gemeinsamen Projekten, Aktionen und Veranstaltungen.

Maßnahme 5c: Erstellung von Informations- und Werbematerial.

Kunst und Kultur

Ausgangsthese:

Interkulturelle Begegnung und Bildung ist ein wichtiger Teil des partnerschaftlichen Miteinanders in den Städten und Gemeinden des Landkreises. Der Zugang zu Musik, Theater, Literatur, Tanz, bildender und darstellender Kunst beteiligt einerseits am gesellschaftlichen Leben vor Ort und eröffnet andererseits die Einbeziehung der kulturellen Vielfalt der Menschen mit Migrationshintergrund und Zuwanderungsgeschichten.

Kulturelle Bildung richtet sich an alle Generationen und Nationalitäten und gestaltet den interkulturellen Dialog mit. Die Neugier auf die Vielfalt von Kultur und Kulturen fördert die Begegnungen und das Kennenlernen untereinander. Die Integrationspotenziale der kulturellen Bildung sollen aktiv und gezielt genutzt werden.

Ist-Situation:

Im Landkreis gibt es ein großes Angebot kultureller Vielfalt. Sie ist ein Spiegel des kulturellen Miteinanders. Weit über 100 verschiedene Nationalitäten leben im Landkreis. Alle profitieren von dieser Vielfalt, nicht nur durch kulturelle Bereicherung, sondern auch durch andere Sichtweisen und Erfahrungen. Sie reicht von Musik- und Straßenfesten über Tanzkurse (z. B. an VHS, in den jeweiligen internationalen Kulturvereinen) und Kulturzentren bis hin zu vielen verschiedenen Angeboten der Esskultur anderer Länder (Restaurants).

Angebotsformen in Kunst und Kultur sollten weiter geöffnet werden. Der Umgang mit z. B. Musik aus Afrika, Lateinamerika, Asien etc. insbesondere auch im Musik- und Instrumentalunterricht sollte selbstverständlicher werden und beginnt bereits im Kindergarten.

Beispielhafte Angebote:

NIKA	Väter-Ausstellung.
Böblingen	Internationales Kinderfest.
Böblingen	Afrika Festival.
Böblingen Treff am See	Mehrgenerationenhaus mit verschiedenen Angeboten.
Bondorf	Seit 2010 jährlich Aktionswochen „Verschiedene Kulturen – Gemeinsam (er)leben“.
Sindelfingen	Internationales Straßenfest.
Sindelfingen Interkulturell 2012	Veranstaltungsreihe verschiedener Träger in Kooperation mit der Stadt Sindelfingen.
Sindelfingen Eichholz	Quartiersarbeit des Stadtjugendrings in Kooperation mit dem Caritas-Zentrum Sindelfingen: 2009 bis 2013 Veranstaltungsreihe „Kultur und Kulturen“ im Eichholz.

Christlich-islamischer Dialog	Alljährliche Veranstaltungen des CID.
Leonberg	Internationales Fest der Kulturen.
Leonberg	Partnerstättetreffen im Wechsel mit Besuchen der Partnerstädte.
Leonberg	Kunst- u. Themenausstellungen: Künstler anderer Nationen; Themen wie Einwanderer nach Leonberg im Stadtmuseum.
Leonberger Schulen	Kostenfreie Musik AGs an Grundschulen.
Café Siesta Leonberg	Kindertanzgruppen.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Ziel 1: Andere Kulturen werden regelmäßig vorgestellt.

Maßnahme 1a: Geschichten von Migranten/innen erzählen, z. B. über Ausstellungen, Erzählcafé, Märchenerzählungen, Lesungen.

Maßnahme 1b: Interview-Abende.

Maßnahme 1c: In der Presse eine Artikelserie veröffentlichen (z. B. Vorstellung verschiedener Lebensgeschichten).

Maßnahme 1d: Kulturbörse: es stellen sich verschiedene Vereine, Kulturzentren etc. vor.

Maßnahme 1e: Theateraufführungen zu Integrations- und Migrationsthemen oder Gastspiele von Theatergruppen aus anderen Kulturkreisen.

Ziel 2: Förderung von Künstlern/Künstlerinnen anderer Kulturen.

Maßnahme 2: Kontaktaufnahme und Kontaktpflege mit Künstlern/Künstlerinnen anderer Nationen z. B. über die Partnerstädte; Ausstellungen, Lesungen, Theater.

Ziel 3: Qualifizierung in interkultureller Kompetenz.

Maßnahme 3a: Fortbildungen und Schulungen der Multiplikatoren/Multiplikatorinnen vor Ort: Haupt- und Ehrenamtliche der Kulturarbeit und der internationalen Vereine.

Maßnahme 3b: Förderung der interkulturellen Kompetenz von Lehrkräften und pädagogisch Tätigen auch in Kindertagesstätten, Schulen, Musikschule, Familienbildungsstätten.

Ziel 4: Ausbau des Literaturangebots der Büchereien in Fremdsprachen.

Maßnahme 4: Klärung des Bestandes der fremdsprachlichen Literatur für Kinder und Erwachsene im Landkreis; Landkreisweite Zusammenarbeit in der Beschaffung und Ausleihe; offensive Öffentlichkeitsarbeit.

- Ziel 5:** Rahmen schaffen für integrative Kulturarbeit durch niedrigschwellige Angebote.
- Maßnahme 5a:** Musische Förderung an Grundschulen und weiterführenden Schulen über spendenfinanzierte AGs an Grundschulen und Instrumentalklassen an weiterführenden Schulen.
- Maßnahme 5b:** Multikulturelle Hintergründe bewusst und die Kultur vor Ort vertraut machen, z. B. Klassenführung im Stadtmuseum.

Bewegung und Sport

Ausgangsthese:

Sport ist für sehr viele Menschen ein wichtiges Element, ihr Leben im Freizeitbereich aktiv zu gestalten. Jeder Mensch, der sich selbst sportlich betätigen will oder der Interesse und Spaß daran hat, sportliche Ereignisse zu verfolgen, findet hier individuelle Chancen und Möglichkeiten, soziale Kontakte zu knüpfen. Gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund spielt Sport eine wichtige Rolle. Die Herkunft der Menschen spielt eine geringere Rolle, als in vielen anderen Bereichen. Die Regeln in den Sportarten sind bekannt. Die Kommunikation läuft über Bewegung und nonverbale Signale. Auch in völliger Unkenntnis der fremden Sprache können Menschen miteinander Ballsport spielen oder andere Sportarten betreiben. Wenige sportspezifische Worte reichen bereits aus, um in einer Gruppe Anschluss zu finden. Sport fördert das Zugehörigkeitsgefühl und leistet damit einen wichtigen Teil für eine gelingende Integration.

Ist-Situation:

Integration wird in den Sportvereinen im Landkreis auf vielfältige Weise gelebt. Auch gibt es spezielle bundesweite Programme, die sich um Integration im Sport bemühen und über die Verbände auch in die einzelnen Vereine vor Ort getragen werden (Programm „Integration durch Sport“). Migrantensportvereine (z. B. in Renningen) stellen weitere Möglichkeiten dar, Sport in interkultureller Zusammensetzung zu betreiben.

Beispielhafte Angebote:

Sportkreis Böblingen e. V. in Kooperation mit dem Landessportverband Baden-Württemberg	Das Programm „Integration durch Sport“ versucht aktiv Menschen mit Migrationshintergrund in den Sport und dadurch in die Gesellschaft zu integrieren.
Night ball	Ein Sportprojekt, angestoßen durch das Landratsamt Böblingen, welches momentan in der Eigenverantwortung der Kommunen liegt.
ELAN II (Bruderhaus-Diakonie i. V. m. EIF)	Sportfest verschiedener Migrantensportvereine im Kreis Reutlingen als Best-Practice.
Alle Kids sind VIPs	Integrationswettbewerb an vielen Schulen.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Es kann festgestellt werden, dass das Handlungsfeld Sport weitgehend interkulturell geöffnet ist. Daher werden im Integrationsplan des Landkreises Böblingen an dieser Stelle keine Ziele und Maßnahmen formuliert.

3 Anhang

3.1 Datenmaterial

Beim nachfolgenden Datenmaterial handelt es sich um eine Sonderauswertung¹¹ über die Einwohnermeldedaten der Kommunen im Landkreis für das Jahr 2012 mit der Software MigraPro (vgl. Kapitel 1.1). Die Daten für Hildrizhausen wurden später erstellt und basieren auf den Daten von 2013. Im Datenmaterial fanden sich keine Werte zu Magstadt. Die Tabellenwerte und das Diagramm für diese Kommune beinhalten daher weniger detaillierte Auswertungen und basieren lediglich auf Datenmaterial des Statistischen Landesamtes. Die Daten der Einwohnermeldeämter weichen marginal von den Werten des Statistischen Landesamtes ab.

Tabelle 8: Bevölkerungszusammensetzung in den Kommunen im Landkreis Böblingen

Kommune	Anzahl Ausländer	Anzahl Aussiedler	Anzahl Eingebürgerte	Bevölkerung insgesamt	Ohne ZuWaHG
Aidlingen	773	621	418	8.808	6.996
Altdorf	284	344	252	4.534	3.654
Böblingen/Stadt	8.579	6.378	6.222	47.123	25.944
Bondorf	641	595	198	5.775	4.341
Deckenpfronn	193	226	118	3.200	2.663
Ehningen	875	694	390	7.906	5.947
Gärtringen	1.351	1.298	721	11.952	8.582
Gäufelden	963	1.016	271	9.174	6.924
Grafenau	624	490	477	6.448	4.857
Herrenberg	4.067	2.952	1.360	31.266	22.887
Hildrizhausen	392	248	157	3.499	2.702
Holzgerlingen	1.341	1.368	871	12.526	8.946
Jettingen	801	650	450	7.444	5.543
Leonberg	7.059	4.205	1.808	44.714	31.642
Mötzingen	491	298	135	3.636	2.712
Nufringen	426	433	286	5.402	4.257
Renningen	2.160	1.508	750	17.047	12.629
Rutesheim	1.200	791	338	10.226	7.897
Schönaich	1.338	863	458	9.682	7.023
Sindelfingen	12.274	9.549	5.960	60.145	32.362
Steinenbronn	950	634	229	6.063	4.250
Waldenbuch	1.063	681	204	8.450	6.502
Weil der Stadt	2.328	1.477	1.037	18.898	14.056
Weil im Schönbuch	1.027	832	391	9.676	7.426
Weissach	581	349	234	7.437	6.273
Magstadt	1.887			9.065	

¹¹ ©Utz Lindemann

Des Weiteren beinhalten nachfolgende Tabellen die Daten zur Bevölkerungsstruktur und der Einbürgerungen des Landkreises Böblingen auf Basis des Datenmaterials des Statistischen Landesamtes für die Jahre 2000 – 2012.

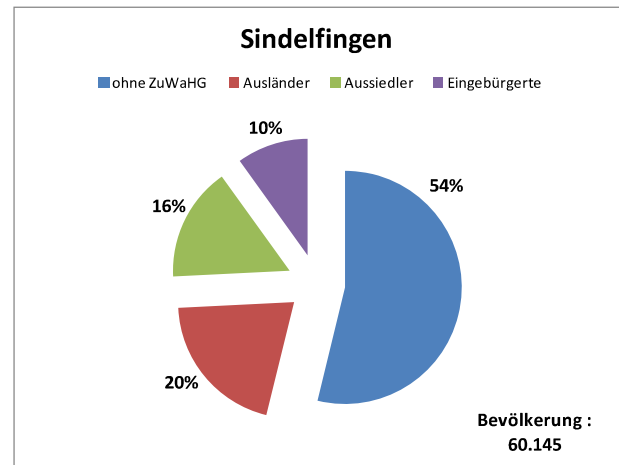
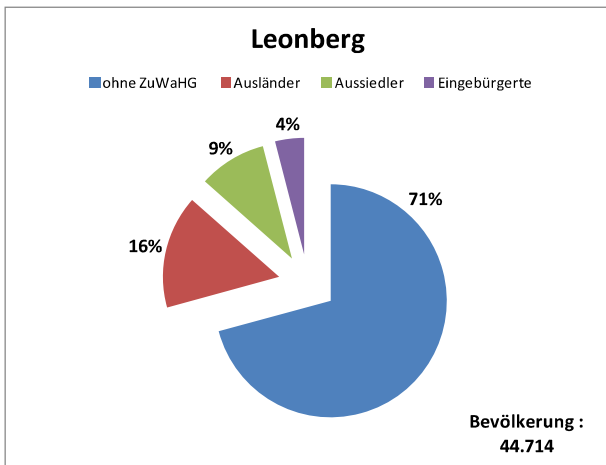
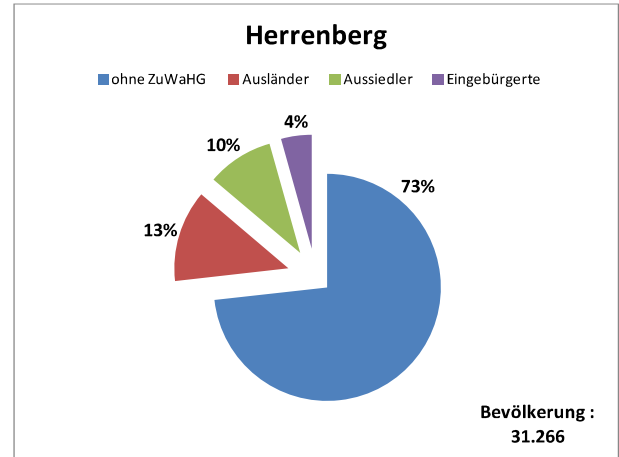
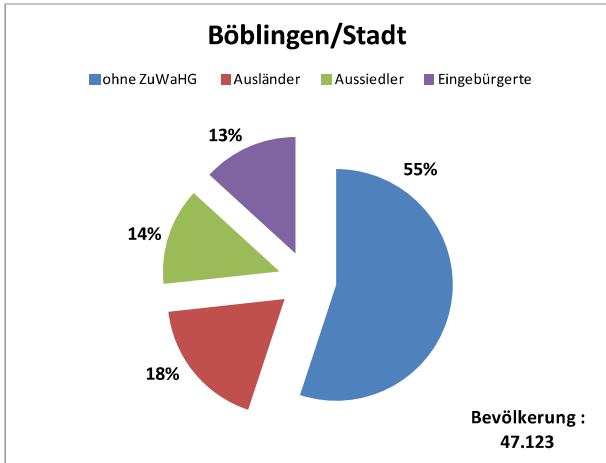
Tabelle 9: Entwicklung der Bevölkerungsstruktur mit Ausländeranteil 2000 bis 2012

	Bevölkerung insgesamt	Anzahl Ausländer	Anteil Ausländer	Anteil Deutsche
2000	364.987	59.432	16,28%	83,72%
2001	367.830	59.626	16,21%	83,79%
2002	370.337	59.071	15,95%	84,05%
2003	371.678	58.308	15,69%	84,31%
2004	382.113	57.404	15,02%	84,98%
2005	372.155	56.406	15,16%	84,84%
2006	372.228	55.878	15,01%	84,99%
2007	372.755	55.580	14,91%	85,09%
2008	372.827	54.648	14,66%	85,34%
2009	371.616	53.526	14,40%	85,60%
2010	371.396	53.511	14,41%	85,59%
2011	364.458	50.875	13,96%	86,04%
2012	367.208	52.682	14,35%	85,65%

Tabelle 10: Entwicklung der Einbürgerungen im Landkreis Böblingen von 2000 bis 2012

	Eingebürgerte insgesamt	unter 18	18 bis unter 30	30 bis unter 50	50 und mehr
2000	1.153	416	316	366	55
2001	1.080	444	282	315	39
2002	1.160	374	321	399	66
2003	1.199	282	381	494	42
2004	1.078	191	361	455	71
2005	823	114	294	435	62
2006	748	110	280	306	52
2007	537	64	173	250	49
2008	560	74	183	273	30
2009	567	79	207	245	36
2010	630	97	189	300	44
2011	654	84	233	307	30
2012	688	86	256	291	55

3.2 Graphische Darstellung der Großen Kreisstädte



3.3 Graphische Darstellung der Kommunen

